Nr. 179 ◆ 40. Jahrgang
Ausgabe A Nr. 89

Bezugspreis:
Für den Monat April 5800 M. voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutſchland, Danzig, Saar- und Memelgebiet ſowie Oeſterreich und Luxemburg 7800 M., für das übrige Ausland 9800 M. Poſtbezugspreis freibleibend. Poſtbeſtellungen nehmen an Belgien, Dänemark, England, Eſtland, Finnland, Frankreich, Holland, Lettland, Luxemburg, Oeſterreich, Schweden, Schweiz, Tſchechoſlowakei und Ungarn.
Der „Vorwärts" mit der Sonntagsbeilage „Volk und Zeit", der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt" und der Beilage „Siedlung und Kleingarten" erſcheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adreſſe:
„Sozialdemokrat Berlin"

Morgenausgabe

Vorwärts
Berliner Volksblatt
Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratiſchen Partei Deutſchlands

180 Mark

Anzeigenpreis:
Die einſpaltige Nonpareillezeile koſtet 1200 M. Reklamezeile 6000 M. „Kleine Anzeigen" das fettgedruckte Wort 375 M. (zuläſſig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 300 M. Stellengeſuche das erſte Wort 300 M., jedes weitere Wort 150 M. Worte über 15 Buchſtaben zählen für zwei Worte. Familien-Anzeigen für Abonnenten Zeile 300 M.

Anzeigen für die nächſte Nummer müſſen bis 4½ Uhr nachmittags im Hauptgeſchäft, Berlin SW. 68, Lindenſtraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenſtraße 3
Fernſprecher: Redaktion: Dönhoff 292—295
Verlag: Dönhoff 2506—2507

Mittwoch, den 18. April 1923

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenſtr. 3
Poſtſcheckkonto: Berlin 375 36 — Bankkonto: Direktion der Diskonto-Geſellſchaft, Depoſitenkaſſe Lindenſtraße 3

Ein neuer Gewaltakt.

Das Reichskommiſſariat für die beſetzten Gebiete aufgelöſt.

Koblenz, 16. April. (Mtb.) Wie wir erfahren, hat die Rheinlandkommiſſion dem Reichskommiſſar für die beſetzten rheiniſchen Gebiete mitgeteilt, daß ſie mit dem heutigen Tage ſeine Tätigkeit und die ſeiner Behörde im beſetzten Gebiet als beendet betrachtet und daß ſie ſeine und ſeiner Behörde Abreiſe aus dem beſetzten Gebiet erwarte.

Hierzu wird Mtb. noch mitgeteilt: Damit iſt die Tätigkeit des Reichskommiſſars für die beſetzten rheiniſchen Gebiete als beendet anzuſehen. Seit langem war bekannt, daß die Franzoſen und Belgier darauf bedacht waren, die ihnen unbequeme Einrichtung des Reichskommiſſariats in Koblenz zu beſeitigen. Schon einmal trat dieſer Wunſch mit aller Deutlichkeit in die Erſcheinung, als dem erſten Reichskommiſſar v. Stark durch die Botſchafterkonferenz das Agrément entzogen wurde. Der Reichsregierung war es damals gelungen, das Agrément für den neuen Reichskommiſſar Fürſten Hatzfeld zu erlangen. Seit dem Ruhreinbruch haben ſich die Verhältniſſe zwiſchen dem Reichskommiſſar und der Rheinlandkommiſſion immer mehr zugeſpitzt. Wenn auch angenommen werden mußte, daß demnächſt die Botſchafterkonferenz über eine Agrémentsentziehung Beſchluß faſſen würde, ſo haben die Franzoſen und Belgier ſich über die Entſcheidung der Botſchafterkonferenz hinweggeſetzt und bei ihrer jüngſten Beſprechung in Brüſſel ſich darüber geeinigt, daß der Reichskommiſſar ſofort zu beſeitigen ſei, um die Botſchafterkonferenz vor eine fertige Tatſache zu ſtellen. Ueber die Haltung Englands zu dieſem Vorgehen iſt noch nichts bekannt.

Durch WTB. wird mitgeteilt:

Fürſt Hatzfeldt hat ſofort Einſpruch erhoben unter Hinweis darauf, daß das Agrément zu ſeiner Ernennung nicht von der Interalliierten Rheinlandkommiſſion, ſondern von der Botſchafterkonferenz erteilt worden ſei, und daß er demgemäß der Rheinlandkommiſſion nicht das Recht zuerkennen könne, ſeine Miſſion für beendet zu erklären. Hierzu wird uns von zuſtändiger Stelle bemerkt: Es handelt ſich um einen neuen Gewaltakt der Rheinlandkommiſſion, der die Einrichtung des Reichskommiſſariats von Anfang an mißliebig war. Nachdem der unterdrückten rheiniſchen Bevölkerung durch dauernde Zeitungsverbote und ſonſtige Knebelung der Preſſe faſt vollſtändig die Möglichkeit genommen iſt, die Uebergriffe und die Gewaltakte der Beſatzungsbehörden und -truppen innerhalb des beſetzten Gebietes zur Sprache zu bringen, ſoll ihr jetzt auch noch der Weg abgeſchnitten werden, ihre Beſchwerden durch den beglaubigten Vertreter der Reichsregierung bei der Rheinlandkommiſſion vorzubringen. Die Einrichtung einer derartigen Vertretung bei der Okkupationsgewalt war zwar weder im Vertrage von Verſailles noch im Rheinlandabkommen ausdrücklich vorgeſehen. Doch entſpricht dieſe Einrichtung dem Herkommen bei vertragsmäßigen militäriſchen Okkupationen, wie denn auch im Hauptquartier des Feldmarſchalls Manteuffel ein Vertreter der franzöſiſchen Regierung in der Perſon des Grafen St. Vallier bis zum Schluß der Beſatzung beglaubigt geweſen iſt. Die Reichsregierung wird ſofort bei der Botſchafterkonferenz und bei den Regierungen in London und Brüſſel energiſchen Proteſt erheben. Fürſt Hatzfeldt verläßt einſtweilen entſprechend den ihm erteilten Inſtruktionen mit ſeinem geſamten Beamtenſtab das beſetzte Gebiet.

Der neue franzöſiſch-belgiſche Plan.

Paris, 17. April. (WTB.) Ueber die geſtern vormittag abgehaltene Beſprechung zwiſchen Poincaré und den franzöſiſchen Mitgliedern des Komitees, das von der franzöſiſch-belgiſchen Konferenz Ende voriger Woche zum Studium eines franzöſiſch-belgiſchen Reparationsplanes eingeſetzt worden war, Barthou, Mauclère, Peretti und Seydoux, berichtet Havas halbamtlich, man habe die Grundlagen für die demnächſtigen Studien über den franzöſiſch-belgiſchen Plan beſprochen. Es ſeien verſchiedene Berichte geprüft worden und namentlich diejenigen des Miniſteriums für Auswärtige Angelegenheiten, des Finanzminiſteriums und der Reparationskommiſſion. Es ſei beabſichtigt, dieſe zur Grundlage eines einheitlichen Projektes zu machen, das am Donnerstag in einer neuen Konferenz der gleichen franzöſiſchen Perſönlichkeiten aufgeſtellt werden ſolle, zu denen jedoch noch Finanzminiſter de Laſteyrie hinzukommen werde. Dieſes Projekt werde von Barthou ſeinem belgiſchen Kollegen Delacroix mitgeteilt und in der kommenden Woche von beiden beſprochen werden. Es habe den Anſchein, daß eine Verſtändigung zwiſchen Paris und Brüſſel leicht zu erzielen ſein werde. Soweit man ſchon jetzt ſagen könne, werde dieſer Plan nicht den durch das alliierte Zahlungsſtatut vom 5. Mai 1921 geſchaffenen Rahmen überſchreiten.

Deutſchland werde die Bons A und B in Höhe von 50 Milliarden Goldmark

zu begleichen haben, von denen 52 Proz. gleich 26 Milliarden an Frankreich, 8 Proz. gleich 4 Milliarden an Belgien, 22 Proz. an Großbritannien und 10 Proz. an Italien fielen. Die Bons C ſollen nicht ausgegeben werden, ſondern zur Kompenſation der alliierten Schulden dienen. Nach den Beſtimmungen des Zahlungsſtatuts vom 5. Mai 1921 ſtehe Deutſchland für die Bezahlung eine Höchſtfriſt von etwa 35 Jahren zur Verfügung, wobei es

jährlich annähernd anderthalb Milliarden

zu zahlen habe. Da ſich aber die Räumung des Ruhrgebietes im Verhältnis zu den deutſchen Zahlungen vollziehen ſolle, werde Deutſchland ein Intereſſe daran haben, ſich ſo raſch wie möglich, insbeſondere auch durch die Initiative zu einer internationalen Anleihe, ſeiner Verpflichtungen zu entledigen, um allmählich das von den Alliierten mit Beſchlag belegte Wirtſchaftspfand wieder in ſeine Hand zu bekommen. Das ſei das neue Faktum in dem franzöſiſch-belgiſchen Plane.

Dieſe wichtige Nachricht kommt mitten in die Reichstagsdebatte über den Ruhrkonflikt hinein und dürfte ihren weiteren Verlauf erheblich beeinfluſſen. Den Höhepunkt dieſer geſtern fortgeſetzten Debatte bildete eine Rede des volksparteilichen Führers Dr. Streſemann, die durch das Maß ihres realpolitiſchen Sinns überraſchte. Zwiſchen ihr und der Rede des Genoſſen Müller ergaben ſich zahlreiche Berührungspunkte, ja, man kann ſagen, daß Streſemann in ſeinen ſachlichen Ausführungen kaum noch die Mitte zwiſchen Roſenberg und Müller hielt, ſondern daß er ſich ſchon eher dem Zweiten näherte. Man gewann den Eindruck, daß die Regierung den ganzen Reichstag, abgeſehen von den Deutſchnationalen und den **Kommuniſten, hinter ſich haben wird, wenn ſie ſich entſchließt,** nach dem ſozialdemokratiſchen Vorſchlag zu handeln und mit einem klaren Vorſchlag zur Löſung der Reparationsfrage hervorzutreten.

Nun berichtet Havas von einem im Entſtehen begriffenen franzöſiſch-belgiſchen Reparationsplan. Während die Regierungen von Paris und Brüſſel bisher auf dem Standpunkt ſtanden, Deutſchland müſſe ein Angebot machen, gehen ſie jetzt dazu über, eigene Vorſchläge zu machen. Ob das ein Vorteil für Deutſchland iſt, möchten wir dahingeſtellt ſein laſſen, eigentlich müßte der deutſchen Regierung ſelbſt der Gedanke kommen, daß es beſſer wäre, die Verhandlungen in Fluß zu bringen, bevor man auf der anderen Seite in neuen Feſtlegungen erſtarrt.

Abgeſehen davon, ſcheint der franzöſiſch-belgiſche Vorſchlag nicht ſo zu ſein, daß man von deutſcher Seite die Diskuſſion über ihn von vornherein ablehnen müßte. Die genannte Geſamtſumme von 50 Milliarden erniedrigt ſich zunächſt um etwa 3 Milliarden, die von Deutſchland ſeit dem Mai 1921 geleiſtet worden ſind, bleiben alſo 47 Milliarden. Sollte England, wozu es unter Umſtänden bereit zu ſein ſcheint, auf ſeine 22 Proz. verzichten, ſo kämen weitere 11 Milliarden in Fortfall, und es blieben 36 Milliarden. Man würde damit und vielleicht auch auf andere Weiſe im Wege der Verhandlungen der Summe näher kommen, die auch von der deutſchen Regierung für möglich gehalten wird.

Es verſteht ſich weiter von ſelbſt, daß ſich die Frage der Jahreszahlungen anders regeln muß, wenn es gelingt, eine internationale Anleihe aufzubringen, und ohne dieſe iſt ja das Problem überhaupt nicht lösbar. Deutſchland würde dann aus dem Erlös der Anleihe ſofort eine größere Summe an die Entente abführen, und hätte dann die Jahreszahlungen für Verzinſung und Tilgung nicht mehr mit dieſer, ſondern mit ſeinem Privatgläubiger, dem Anleihekonſortium, zu vereinbaren.

Der belgiſch-franzöſiſche Vorſchlag ſpricht nicht von einem Moratorium. Daraus iſt zu ſchließen, daß er mit einer ſofortigen Flüſſigmachung der Ententeforderungen im Wege einer Anleihe rechnet. Würde aber Deutſchland aus der Anleihe gleich mehrere Annuitäten begleichen, dann könnte ſich Frankreich im Verhältnis zu den geleiſteten oder für die nächſte Zeit geſicherten Zahlungen ſofort von der Ruhr zurückziehen, ohne mit ſeinen Erklärungen in Widerſpruch zu geraten.

Wir ſagen nicht, daß die Dinge ſo ſind, ſondern nur, daß ſie in Verhandlungen von geſchickten und glücklichen Unterhändlern ungefähr ſo oder noch beſſer geſtaltet werden könnten. Aber je mehr ſich der franzöſiſch-belgiſche Vorſchlag befeſtigt, je mehr er in England, Italien und der übrigen Welt Zuſtimmung gewinnt, deſto ſchwerer wird es für die deutſche Regierung werden, noch etwas an ihm zu ändern.

Der deutſchen Reichsregierung ſind, ſollte man glauben, durch die Reichstagsdebatte und die jüngſten Ereigniſſe draußen Lichter genug aufgeſteckt worden. Möge ſie ſich den Vorwurf erſparen, daß ſie trotzdem blind ins Ungewiſſe getappt ſei!

Wer regiert in Italien?

Rom, den 14. April 1923.

Bei all dem Gerede von Diſziplin und Hierarchie, die „Italiens Wiedergeburt herbeiführen" ſollen, wird man nicht klug daraus, welcher Hierarchie und welcher Obrigkeit denn eigentlich die geforderte Diſziplin und Unterwerfung zukommt: der offiziellen Regierung oder den faſciſtiſchen Würdenträgern. Als Antwort auf dieſe Frage erhält man meiſt die Erklärung, daß faſciſtiſche Partei und Regierung eins ſeien, da ja der „Heerführer des Faſcismus" auch der Präſident des Miniſterrates iſt. Staat und Faſcismus ſeien heute ein und dasſelbe, die ganze Nation ſei, wie ſich ein römiſches Blatt der Automobilinduſtrie geſchmackvoll ausdrückt, „ein Monolith". All das klingt ſehr hübſch, entſpricht aber nicht der Wirklichkeit. Der Miniſterrat, dem trotz der Entmündigung der Volksvertretung noch eine gewiſſe Verantwortung geblieben iſt, handelt und benimmt ſich anders, als die faſciſtiſchen Würdenträger der Peripherie, die keinem Rede und Antwort zu ſtehen brauchen. Es gibt nun aber einen eigenartigen Vorgeſchmack der neuen Hierarchie, die über Italien hereinzubrechen droht, daß bei einem Konflikt zwiſchen faſciſtiſchen Parteibeamten und Miniſtern die Miniſter den kürzeren ziehen.

Es gehört bekanntlich zum Programm des Faſcismus, alle induſtriellen Betriebe und Unternehmungen des Staates der Privatinduſtrie auszuliefern. Zwar ſcheint dies in Widerſpruch zu ſtehen zu der patriarchaliſchen Auffaſſung des Arbeitsverhältniſſes, die keine wehrhaften Gewerkſchaften gegenüber dem Unternehmertum duldet, ſondern von den Unternehmern erwartet, ſie würden aus Vaterlandsliebe der wehrlos unterwürfigen Arbeiterſchaft gute Arbeitsbedingungen gewähren und ſo die Harmonie von Arbeit und Kapital verwirklichen. Aber die Utopie des Faſcismus, den Gegenſatz von Arbeitern und Unternehmern aufzuheben, läuft in der Praxis darauf hinaus, das freie Spiel der wirtſchaftlichen Kräfte zu proklamieren, nachdem man die Kräfte des wirtſchaftlichen Gegenparts der Unternehmer, die der Arbeiterbewegung, geknebelt und gelähmt hat. Und bei ſolcher ungehemmten Ausbeutungsmöglichkeit iſt freilich der privatkapitaliſtiſche Betrieb bei weitem rentabler, als es ein Staatsbetrieb je ſein könnte. Außerdem iſt das Aufgeben der Staatsbetriebe einfacher als ihre Neuorganiſation und die Beſchneidung der paraſitären Schößlinge wäre, und ſchließlich erweiſt man dem Privatkapital einen Gegendienſt für zahlreiche dem Faſcismus geleiſtete Dienſte.

Den Schwerpunkt dieſer „Rückkehr zur freien Wirtſchaft" bildet die Ueberlaſſung des Staatsbahnbetriebes an die Privatinduſtrie. Der Miniſterrat hat da Konzeſſionsbedingungen ausgearbeitet, wie ſie wohl eine Betriebsgeſellſchaft, der man freie Hand gelaſſen hätte, nicht günſtiger aufſtellen konnte. Die Strecken, die Baulichkeiten und das rollende Material werden der Geſellſchaft gratis zum Betrieb überlaſſen für einen Zeitraum von 30 Jahren, kündbar von beiden Seiten nach 15 Jahren. Dem Unternehmer wird ein gewiſſer Ertrag pro Kilometer garantiert, der von Fall zu Fall von Kommiſſionen feſtgeſetzt wird. Von dem Bruttoertrag ſind drei Fonds zu bilden, für die durch höhere Gewalt nötig werdenden Reparaturen, für die Erneuerung der Baulichkeiten und Strecken und für die des rollenden Materials. Die Tarife bleiben unverändert. Ihren Perſonalbedarf muß die Betriebsgeſellſchaft zu neun Zehnteln aus dem bisherigen Perſonal decken, wobei natürlich nicht ausgeſchloſſen iſt, daß ſie ihn auf die Hälfte vermindert. Dem Perſonal ſind auf fünf Jahre die Bedingungen ſeines heutigen Arbeitsvertrages zu gewähren. Vom Reinertrag iſt zunächſt das Aktienkapital zu verzinſen, bis zur Höhe von 7 Proz. Vom höheren Reinertrag, bis zu 10 Proz., hat der Staat die Hälfte, bis 12 Proz. $^{6}/_{10}$ und über 12 Proz. $^{3}/_{4}$ zu beanſpruchen. Die Betriebsgeſellſchaft hat alſo keinerlei Riſiko, braucht kein fixes Kapital, erhält umſonſt Anlagen für den Wert von vielen Milliarden; ſie geht alſo an die Sache mit recht anſehnlichen Kräften, die ſie frei entfalten darf.

Ohne daß die öffentliche Meinung dabei mitreden darf, werden alſo auf Grund dieſer Leitſätze Eiſenbahnen vergeben, und zwar natürlich zuerſt die, die den meiſten Profit abwerfen. So vergibt der Miniſter der öffentlichen Arbeiten in regelrechtem Vertrag gewiſſe ſehr rentable Strecken der Provinz Cremona, und gewährleiſtet der Betriebsgeſellſchaft den heutigen Bruttoertrag, der recht erheblich ſein ſoll. Indem er das tut, hat der Miniſter Carnazza zwar nach Recht und Geſetz gehandelt, aber er hat vergeſſen, daß es heute in Italien eine Inſtanz gibt, die über Recht und Geſetz ſteht, nämlich die faſciſtiſchen Würdenträger. Wie die offizielle Regierung, haben auch dieſe Würdenträger ihre Intereſſen zu wahren, die meiſt einen mehr lokalen Charakter haben. So hat der faſciſtiſche Kommiſſär für Cremona, ein gewiſſer Farinacci, die Annullierung des bereits abgeſchloſſenen, wenn auch nicht durch kgl. Dekret beſtätigten Vertrages gefordert und durchgeſetzt. Grund dieſer Forderung war, wie der Herr einem römiſchen Abendblatte mitteilt, daß die Abtretung der betreffenden **Strecken ohne vorherige Genehmigung des Miniſterpräſiden-**

ten erfolgt ſei, daß eine der höchſten faſciſtiſchen Autoritäten, der „Hohe Kommiſſär der Staatsbahnen" nichts von ihr gewußt habe und daß der Opponent, Farinacci ſelbſt, nichts vorher von ihr erfahren habe. Durch die Abtretung würden etwa 40 bis 50 Proz. der Eiſenbahner entlaſſen werden, und dieſe ſeien vorwiegend Faſciſten.

Durch dieſe ſchlagenden Gründe hat ſich Muſſolini bewogen gefühlt, einen bereits moraliſch verbindlichen Vertrag „einer neuen Durchſicht zu unterwerfen", alſo einen ſeiner Miniſter zu desavouieren, den Staat als Kontrahenten bloßzuſtellen und die ungeheuerliche Norm zu ſanktionieren, daß von derartig weittragenden finanziellen Maßnahmen die faſciſtiſchen Würdenträger vorher informiert werden müſſen, ſo daß man künftighin gut tun wird, mit dieſen Leuten zu beraten, wenn man Fingerzeige über bevorſtehende Hauſſe und Baiſſe an der Börſe haben will.

Aber dieſe Epiſode, in der kapitaliſtiſche Intereſſen, als deren berufener Schützer ſich der Faſcismus fühlt, gegen faſciſtiſche Parteiintereſſen prallen, hat eine ziemlich weittragende ſymptomatiſche Bedeutung. Durch die Maßnahme wären 40 Proz. faſciſtiſcher Eiſenbahner brotlos geworden! Deshalb will Farinacci für „ſeine" Provinz nichts von ihr wiſſen. Jedoch dieſelbe Maßnahme iſt man dem Privatkapital ſchuldig, wird ſie in ganz Italien durchführen — wie aber, wenn nun in jeder Provinz ein Farinacci erſteht, der ſeine faſciſtiſchen Eiſenbahner ſchützt? Aus irgendeiner Haut müſſen die Riemen ſchon geſchnitten werden: wenn nun das ganze Proletariat ſich unter die Banner des Faſcismus flüchtet, wo ſoll da der Lohn herkommen für die vom Bank-, Induſtrie- und Agrarkapital geleiſteten Dienſte?

Der Faſcismus hat eine kindliche Auffaſſung vom Regieren und ſucht die Löſung aller Fragen in neuen Verwünſchungen gegen die „Feinde des Vaterlandes", worunter man in Italien die Widerſacher der heutigen Regierung verſteht. Unſer Parteiblatt in Verona iſt beſchlagnahmt worden (obwohl es in Italien keine Präventivzenſur mehr gibt!), weil es einen Artikel mit der Ueberſchrift brachte: „Nieder der Faſcismus! Es lebe Italien". Dieſe Worte wurden vor einigen Tagen während einer der unzähligen faſciſtiſchen Weihen und Zeremonien von dem Ingenieur Roſſetti ausgerufen, dem Manne, der das öſterreichiſche Panzerſchiff „Viribus Unitis" verſenkte. Roſſetti erklärte nachher, der Kommandant des großen Kriegsſchiffes hätte ihn, den Feind, der ihm und ſeinen Panzer den Untergang gebracht, ritterlicher behandelt, als es die Faſciſten nach ſeinem Zwiſchenruf getan. Der Kommandant war freilich aus anderem Stoffe: er war bereit, für ſein Land zu ſterben und ſtarb wenige Augenblicke darauf für ſein Land; die Leutchen, die Roſſetti mit Fußtritten traktierten, verſtehen ſich darauf, von ihrem Lande zu leben.

Einſtweilen erklärt Muſſolini in einer ſeiner zahlloſen Reden, er wäre bereit, falls es nötig wäre, über den zerſetzten Körper der Freiheit vorzuſchreiten, worauf ein Witzblatt mit einer Karrikatur antwortet, die die ſchon zu Frikaſſee verarbeitete Freiheit darſtellt, mit der Unterſchrift: „Es ſcheint nicht mehr nötig zu ſein". Das Organ der italieniſchen Schwerinduſtrie und der franzöſiſchen Botſchaft bringt einen wutſchnaubenden Artikel, in dem die Oppoſition beſchuldigt wird, den Staat zu entwaffnen. Das Ganze ſieht danach aus, als ob die einen allzu gut wüßten, was ſie wollen, und die anderen an Halluzinationen und Zwangsvorſtellungen litten. Die offizielle Regierung ſteht in Gladiatorenſtellung gegen den Landesfeind und erweiſt ſich lenkbar wie ein Hypnotiſierter, während die Würdenträger der faſciſtiſchen Partei eine klar ſehende und gar nicht halluzinierte Nebenregierung darſtellen und ihre Schäfchen ins trockene bringen.

Die Regierung Seipel iſt vom deutſchöſterreichiſchen Nationalrat gegen die Stimmen der Sozialdemokraten wiedergewählt worden, natürlich mit weniger Miniſtern infolge der Zuſammenlegung einiger Miniſterien.

Severing und der Reichsgedanke.

Die „D. A. Z.", die bisher mit ihren Angriffen auf den preußiſchen Innenminiſter nur Spott geerntet hat, verſucht jetzt, den Rechtsgelehrten Heilfron als ſchwere Kanone in Front zu bringen. Herr Heilfron erteilt dem Genoſſen Severing nachträglich den guten Rat, er habe in der deutſchvölkiſchen Angelegenheit nicht ſelbſt vorgehen dürfen, ſondern die geſamte Materie dem Reichsinnenminiſterium zur Geſamtregelung überlaſſen müſſen. Genoſſe Severing wird für dieſe Belehrung ſicherlich äußerſt dankbar ſein, wir befürchten aber, daß die deutſchvölkiſche Kamarilla ihre Abſichten längſt in die Tat umgeſetzt hätte, wenn der Innenminiſter ſich für ſeine Entſcheidung ſo lange Zeit gelaſſen hätte, wie die „D. A. Z." und ihre Hintermänner für ihre ſo außerordentlich wohlwollenden Ratſchläge. Im übrigen mag das beleidigte Rechtsempfinden eines verehrten Herrn Heilfron ſich bei dem Gedanken beruhigen, daß ſowohl der Reichsinnenminiſter als auch das preußiſche Koalitionskabinett die mimoſenhafte Empfindlichkeit des Herrn Heilfron nicht teilen. Aber freilich, was wiegt eine Handvoll Miniſter gegen einen Rechtsgelehrten!

Umſtellung der preußiſchen Staatsbergwerke

Der Geſetzentwurf zur Umſtellung der preußiſchen Staatsbergwerke iſt im preußiſchen Handelsminiſterium ſo gut wie abgeſchloſſen und wird den Staatsrat am 20. April beſchäftigen. Es iſt alſo damit zu rechnen, daß der Entwurf Mitte Mai dem Preußiſchen Landtag vorliegen wird. Es handelt ſich bei dem Geſetzentwurf um eine Umſtellung der ſtaatlichen Bergwerke, Hütten und Salinen auf eine moderne Wirtſchaftsform. Der private Charakter der Betriebsform der neuen ſelbſtändigen, nach modernen techniſchen und kaufmänniſchen Grundſätzen arbeitenden Geſellſchaften ändert nichts daran, daß die Bergwerke nach wie vor im Beſitz und Eigentum des preußiſchen Staates bleiben. Das Geſetz umfaßt natürlich alle ſtaatlichen Bergwerke, nicht nur die oberſchleſiſchen.

„Die Leipziger Tſcheka".

Der Bayernſturm gegen den Staatsgerichtshof.

Lebten wir nicht in einer ſo ernſten Zeit, in der das Schickſal des Reiches von unbekannten außenpolitiſchen Faktoren abhängig iſt, und hätten nicht die von völkiſchen Verſchwörern begangenen Attentate auf Vertreter der Republik die große Gefahr erwieſen, die von dieſen Kreiſen der ruhigen Entwicklung unſeres Volkes droht, ſo könnte man oft einmal über die Mannigfaltigkeit der Einfälle ſich amüſieren, die der völkiſchen Preſſe in Bayern in ihrem Kampfe gegen das Reich zur Verfügung ſtehen. Der ſagenhafte „Arizonakicker" iſt gar nichts mit ſeiner Häufung von Kraftausdrücken aus dem wilden Weſten im Vergleich zu dem von Dietrich Eckart herausgegebenen „Völkiſchen Beobachter".

Dieſer Eckart hat mit dem „Getreuen Ekkehard" der deutſchen Sage nichts gemein. Er beſchimpft mit den unglaublichſten Ausdrücken nicht nur das Judentum, ſondern auch das ganze deutſche Volk, ſoweit es ſich zur Republik bekennt. Und daß dabei der preußiſche Staat und das Sündenbabel Berlin nicht zu kurz kommen, verſteht ſich am Rande.

Da nun Herr Eckart ſich wegen einer unglaublich gehäſſigen Beſchimpfung und Verächtlichmachung des Reichspräſidenten vor dem Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik verantworten ſoll, bekommt er es mit dem deutſchen Mut. Das heißt, er geht nicht nach Leipzig zur Verhandlung, ſondern ſtellt ſich nach Art eines Schulbuben unter den Schutz der Münchener Sturmtrupps auf die Gaſſe, droht nach Leipzig hinüber, nennt den Staatsgerichtshof „die Leipziger Tſcheka" und rückt der Regierung Knilling auf die Bude, um ſie zu veranlaſſen, die Ausführung des Haftbefehls zu verweigern und damit einen neuen Kriegszuſtand mit der Reichsregierung herbeizuführen. Warum ſollte er ſich auch vor dem Staatsgerichtshof verantworten und mutig die Verteidigung führen? „Mut zeiget auch der Mameluck", aber die Völkiſchen in Bayern wollen keine Mamelucken ſein und haben den Mut deshalb nur, wenn ſie zu Tauſenden in Sturmtrupps vereinigt ſind.

Die Hitler-Parade vom letzten Sonntag war ein großartiges Manöver, um die Regierung einzuſchüchtern. Und es iſt nicht ohne Intereſſe, aus der „Münchener Poſt" zu erfahren, daß an dieſer Parade auch einige mit Namen aufgeführte Reichswehroffiziere teilgenommen haben!

Indeſſen hat der Aufmarſch dieſer Hitler-Eckartſchen Truppen ſogar in den Kreiſen der „Bayeriſchen Volkspartei" einige Beängſtigung hervorgerufen, die bisher durch ſtille Duldung das Wachstum dieſer völkiſchen Banden in mehr als einer Beziehung begünſtigt haben. So hat denn jetzt im Haushaltausſchuß des Landtages der zur Bayeriſchen Volkspartei gehörige Abgeordnete Graf Peſtalozza die Regierung gefragt, ob ſie für den Fall rechtsradikaler Angriffe alle Vorbereitungen getroffen und alle Machtmittel in der Hand habe, um gegebenenfalls rechtsradikale Vorſtöße in den Schranken zu halten, und ob ſie insbeſondere der Landespolizei ſicher ſei. Man ſei vielfach der Meinung, daß in der Landespolizei nicht Leute mit ſtaatlichen Geldern unterhalten werden dürften, bei denen die Gefahr beſtehe, daß ſie im gegebenen Augenblick nicht auf ſeiten der Regierung ſtehen würden. Die Befürchtungen bezögen ſich nicht bloß auf die unterſten Stellen, ſondern auf die Spitzen ſelbſt. Der demokratiſche Abg. Hübſch kam auf die Haftbefehle des Staatsgerichtshofes zu ſprechen und erklärte, die Anſicht ſeiner Partei ſei, daß die Durchführung des Geſetzes zum Schutze der Republik erfolgen müſſe. Ueber die Selbſtſchutzorganiſationen könnten nur Reich und Staat letzten Endes verfügen. Andernfalls wären ſie nichts als Organiſationen des Bürgerkrieges.

Der Miniſter des Innern hatte auf dieſe für die Lage bezeichnenden Fragen Peſtalozzas zunächſt keine andere Antwort als die, daß die Geſetzgebung zum Schutze der Republik als ungerecht und für den Reichsgedanken ſchädlich erachte! Die Regierung werde in ihren Bemühungen um deren Beſeitigung nicht erlahmen. Nach allerhand Bedauern darüber, daß man Geländeübungen veranſtalte, die als Kriegsvorbereitungen gedeutet werden könnten, fügte er aber doch ſchließlich hinzu, daß die Regierung glaube, die Fragen Peſtalozzas durchaus bejahend beantworten zu können. Er ſei gewiß, daß alle Beamten, namentlich auch die Landespolizei, in vollem Maße ihre Pflicht tun würden. Der Haftbefehl müſſe nach Geſetz und Vertrag ausgeführt werden. Die beiden Redakteure hätten den Reichspräſidenten bzw. den früheren Reichsjuſtizminiſter mit ſchweren Beleidigungen bedacht, die mit der Betätigung vaterländiſcher Geſinnung nicht das geringſte zu tun haben. Die Forderung der „Vaterländiſchen Verbände", den Haftbefehl nicht auszuführen, ſei nach dem Geſetz unerfüllbar, und ihre Verwirklichung müßte ſchwere innere und äußere Erſchütterungen mit ſich bringen!

Herr Schweyer, der ſelbſt von den völkiſchen Blättern auf das heftigſte angegriffen zu werden pflegt, hätte ſich allerdings einen erheblichen Teil ſeiner Rede erſparen können, wenn er rechtzeitig die Anweiſung gegeben hätte, die beiden völkiſchen Helden alsbald durch Kriminalbeamte feſtnehmen und nach Leipzig transportieren zu laſſen. Während die ganze Welt über die Frage ſich unterhält, ob Hitler oder Schweyer-Knilling Sieger in dem Streite bleiben werden, hätte eine feſte Polizeigewalt, die wirklich ihrer Beamten ſicher iſt, längſt zugegriffen und praktiſch das Schutzgeſetz erfüllt. Inzwiſchen aber lachen ſich die geſuchten Ekkeharde ins Fäuſtchen und werden, wenn wirklich ein Münchener Poliziſt ſie ſuchen ſollte, wahrſcheinlich längſt über die Grenze gegangen ſein.

Mittlerweile hat das Volksgericht München den Völkiſchen ein Troſtpfläſterchen verabreicht. Es hat beſchloſſen, allen wegen des Sturmes auf die „Münchener Poſt" verurteilten angeblichen „Arbeitern aus dem Ruhrgebiet" Bewährungsfriſt vom 7. Mai ab zu gewähren. An dieſem Tage werden ſie erſt einen Monat ihrer ohnehin ſehr gelinden Strafe verbüßt haben.

Wie man ſieht, gibt es noch milde Richter in Bayern, und man kann es den Eckart und Weger nicht verargen, wenn ſie lieber vor einem derartigen Münchener Volksgericht als vor der „Leipziger Tſcheka" ſtehen!

Die Not des Geiſtes.

Von Michael Charol.

Die Not des Geiſtes iſt eins und die Not des Geiſtes ein anderes. Not der Geiſtigen iſt, wenn Menſchen, die materiell nicht bewertbare Güter ſchaffen, keine Mittel beſitzen, um das unentbehrliche materielle Lebensminimum zu erſchwingen. Von dieſer Not iſt in letzter Zeit viel und vielfach geſprochen worden, aber nicht von ihrer Urſache: von der Not des Geiſtes. Not des Geiſtes iſt, wenn Menſchen, die das materielle Lebensminimum beſitzen, ihre materiellen Bedürfniſſe ſo hoch anſetzen, daß ihr geiſtiges Leben unter das Minimum ſinken muß.

Die Not des Geiſtes iſt beſſer als die Not des Geiſtigen, weil doch nur ein verſchwindend kleiner Teil des Volkes materiell nicht bewertbare Kulturgüter produziert, ſo daß er im Notfalle entweder in andere materielle Güter ſchaffende Berufe übergehen kann, oder wenn er ſtarrköpfig untergeht, das Volk an ſich ſcheinbar nicht unmittelbar getroffen wird. Dagegen leiden an der Not des Geiſtes alle, die ihre Lebenshaltung gegenüber der Vorkriegszeit nicht auf allen Gebieten gleichmäßig eingeſchränkt oder vergrößert haben. Und das ſind nahezu alle. Bei der Verkleinerung des Etats wurden im allgemeinen zu allererſt die geiſtigen Poſten geſtrichen. Bibliotheken wurden nicht mehr ergänzt, Zeitſchriften abbeſtellt. Wenn die Not zur Veräußerung von Wertgegenſtänden zwang, ſo wurde ſelbſtverſtändlich eher auf Gemälde als auf Gold- und Silberſachen verzichtet. Ebenſo ſelbſtverſtändlich wurde der Erlös zuerſt zur Befriedigung der materiellen Bedürfniſſe verwendet. Und da dieſe doch nie vollauf befriedigt werden können, mußte der Geiſt darben.

Nun iſt aber der Geiſt anders als die Körper beſchaffen. Während der körperliche Hunger, ungeſtillt, ſich immer ſteigert, wird die geiſtige Leere mit der Zeit immer weniger empfunden. Dem von geiſtiger Nahrung Entwöhnten erſcheint bald jede Lektüre überflüſſig, jede Bildung zwecklos. Er verzichtet auf jede geiſtige Anregung, er verzichtet auf Bücher, ja, wie es heute bald traurige Mode geworden iſt, er gibt auch die Zeitung auf. — Senſationelle Ereigniſſe erfährt man auch ſo, denn ſie ſprechen ſich ſchnell herum und ſogar noch ſenſationeller, weil ſie auf ihrer Wanderung von Mund zu Mund ſich vergrößern. — Die Folge iſt, daß ſolche Geiſtesunterernährten bald jeden Zuſammenhang mit dem Zeitgeiſt, mit den Problemen der Gegenwart, mit allem, was nicht rein materiell iſt, verlieren.

Solange noch die paar Geiſtigen bereit ſind, ſich für ihre Ideale zu opfern, können wir ja noch vom Zeitgeiſt, von Gegenwartsproblemen ſprechen. Aber wenn ſie einmal müde geworden oder ausgeſtorben ſind — und dieſer Zeitpunkt iſt bei Fortdauer der heutigen Verhältniſſe nicht mehr fern — was dann? Dann wird die nächſte Generation ohne Zeitſchriften, ohne Zeitungen, ohne moderne, d. h. zeitgenöſſiſche Literatur und Kunſt aufwachſen. Dann können die materiellen Verhältniſſe beſſer werden, der Wohlſtand kann einkehren, die Ziviliſation kann fortſchreiten, aber den Geiſt, den toten Zeitgeiſt wachzurufen iſt ſchwerer. Wir kennen aus der Geſchichte ganze Epochen tiefſter Barbarei, und wir haben uns bis vor kurzem gewundert, wieſo es möglich war, daß nach einer Epoche der Kultur, der hohen geiſtigen Entwicklung, der Blüte aller Künſte plötzlich ein ſolcher Fall möglich war. — Nun, jetzt brauchen wir uns nicht mehr zu wundern, da wir doch ſelbſt einen ſolchen Uebergang erleben.

Vielleicht wird der Leſer meinen, es wäre nicht ſo ſchlimm. Es würde immer noch Menſchen geben, die Sehnſucht nach geiſtig Wertvollem haben werden, und die würden ſchon wieder dafür ſorgen . . . wenn die ſchlechte Konjunktur erſt vorbei iſt. Aber das iſt ein Irrtum. Es handelt ſich nicht um eine vorübergehende Kriſe, ſondern um den Beginn einer Abwärtsentwicklung. Konnten ſich die Wenigen nicht mehr gegen den Zeitſtrom erhalten, ſo werden ſpäter die Vereinzelten erſt recht in der Barbarei untergehen. Wenn nicht bald, wenn nicht ſofort ein Umſchwung eintritt, wenn nicht ſofort die materiell Begüterten Opfer, die materiell Minderbegüterten einen Beitrag für die Erhaltung des Geiſtes ſich auferlegen können, wie ſoll es dann möglich ſein, daß ſpäter, wenn die Menſchen die geiſtige Kultur noch viel weniger zu ſchätzen verſtehen, zehnfach ſo große Anſtrengungen machen ſollen. Nein, wenn jetzt nicht jeder ſich zwingt, Zeitungen und Zeitſchriften und Bücher zu kaufen, wenn jetzt nicht gemeinnützige Verlage gegründet werden, die unter Opfern billige und gute Geiſtesnahrung bringen werden, wenn jetzt nicht die alten Blätter erhalten und neue gegründet werden, wenn nicht ein jeder es für ſeine erſte Pflicht halten wird, mit der Kultur zu leben und nicht nur mit ihr zu leben, ſondern durch Kauf ihr Lebensmöglichkeit zu geben, dann iſt unſere Zukunft die finſterſte Barbarei.

Aus Juſtus von Liebigs Jugendtagen. Der Todestag des größten deutſchen Chemikers, des Begründers dieſer Wiſſenſchaft für Deutſchland, in der wir heute der Welt vorangehen, Juſtus von Liebigs, der ſich am 18. April zum 50. Male jährt, lenkt die Blicke zurück in jene Kindheitstage der chemiſchen Forſchung, da der Chemiker noch als eine Art Alchimiſt und Goldmacher galt. Liebig lag das Experimentieren von Kindheit an im Blut und er erbte dieſe bei ihm genial ausgebildete Kunſt bereits von ſeinem Vater, der mit Farbſtoffen handelte und allerlei Methoden nachſann, um ſeine Waren zu verbeſſern. Für die Schule hatte der kleine Juſtus gar keinen Sinn und ſchmückte beſtändig die letzte Bank, ſo daß man ihn ſchließlich für „ganz untauglich" erklärte und von der Schule entließ, weil er ſich zu viel mit „Spielereien" abgab. Dieſe Spielereien waren ſeine naturwiſſenſchaftlichen Verſuche. Chemiker wollte er werden. Aber wo gab es jemand — abgeſehen von dem fernen Paris, wo dieſe Wiſſenſchaft damals blühte — der ihn darin unterrichten konnte? Die einzige Form des Chemikers, die er kannte, war der Apotheker, der ja als Miſcher von Tränklein und wunderlichen Mixturen dem Knaben der von ihm geliebten Geheimlehre am nächſten zu ſtehen ſchien. So trat er alſo als Lehrling bei dem Apotheker in Heppenheim in der Nähe ſeines Geburtsortes Darmſtadt ein, merkte aber bald den großen Unterſchied, der zwiſchen dem gelehrten Studium und der beſchränkten praktiſchen Anwendung beſtand und kehrte enttäuſcht nach zehn Monaten nach Hauſe zurück. Während ſeines Studiums in Bonn und Erlangen gründete er unter den Studenten naturwiſſenſchaftliche und chemiſche Vereine und machte in Erlangen ſeinen Doktor. Die Freigebigkeit des Großherzogs von Heſſen geſtattete ihm dann, ſeine chemiſchen Studien in Paris fortzuſetzen. Seine Erſtlingsarbeit über das Knallgas erregte das Aufſehen der gelehrten Welt und brachte Alexander von Humboldt mit dem jungen Forſcher in Verbindung. Auf Humboldts Rat entſchloß er ſich, als Lehrer dieſer Wiſſenſchaft zu wirken.

Ein Profeſſor der Chemie war damals in Deutſchland ſo ſelten, wie ein weißer Rabe, und als er an der Landesuniverſität Gießen dieſen Poſten bekleidete, hatte er zunächſt unendlich viele Vorurteile zu überwinden. Er ſchuf hier mit Hilfe der Darmſtädter Regierung ein Laboratorium, an dem die Studenten eine praktiſche Ausbildung erhielten. Allmählich ſetzte ſich mit dem raſchen Wachſen ſeines wiſſenſchaftlichen Anſehens auch ſeine Lehrmethode durch, und hauptſächlich auf ſeine Forderung hin wurden die deutſchen Univerſitäten mit Laboratorien ausgeſtattet, die dann zu ſo hoher Vervollkommnung gebracht wurden. Liebigs Bedeutung für die Geſchichte der Chemie liegt nicht nur in der Errichtung des Gießener Laboratoriums und der Einführung des chemiſchen Unterrichts, ſondern in ſeiner Entdeckung neuer Tatſachen, in der Verbeſſerung der vorhandenen Methoden und Apparate, in der Ausbildung der theoretiſchen Chemie und in ihrer Anwendung auf alle Lebensgebiete. Der Landwirtſchaft brachte er mit ſeinen neuen Düngemethoden Aufklärung über den Haushalt des Bodens, ſein „Fleiſchextrakt", der ſeinen Namen über die ganze Welt trug, war das Ergebnis ſeiner Ernährungsforſchungen. Um die Verbreitung und Bekanntmachung ſeiner Wiſſenſchaft hat er ſich ein unſterbliches Verdienſt erworben durch die lichtvolle Darſtellung ſeiner „Chemiſchen Briefe", die für die populärwiſſenſchaftliche Literatur bahnbrechend wurden. Mit Gießen ſind ſeine größten Leiſtungen, iſt der Ruhm ſeines Namens verknüpft. Nur ungern entſchloß er ſich 1852 nach München überzuſiedeln, wo er bis zu ſeinem Tode gewirkt hat.

Selbſtſchreibende Funkſprüche. In der letzten Sitzung des Vereins der Elektroingenieure von London berichtete Dr. N. W. Mc Lachlan, Ingenieur bei der Marconi-Geſellſchaft, über eine von ihm erfundene automatiſche Niederſchrift drahtloſer Telegramme ohne Benutzung von Verſtärkern. Er führte dabei den von ihm konſtruierten neuen Apparat vor, der von Paris ausgeſandte, mit Hochfrequenzmaſchinen gegebene Funkſprüche ſelbſttätig in Morſeſchrift aufzeichnete. Soweit man ſich aus den bisher vorliegenden Meldungen ein Bild von der techniſchen Leiſtung des Apparats machen kann, werden die elektriſchen Wellen von einer Drahtſpule aufgefangen, mit der eine zylinderiſche, eiſerne Trommel beſponnen iſt. Dieſe Trommel iſt mit eiſernen Ringen umkleidet und wird durch ein Uhrwerk langſam in rotierender Bewegung gehalten. Dabei gleitet über ihre Oberfläche ein kleiner Stahlſchuh, der von den einzelnen Impulſen der drahtloſen Meldung jedesmal mit ſehr großer Kraft an die Trommel angedrückt wird. Hierdurch wird eine Schreibvorrichtung betätigt, die die Meldungen in Morſeſchrift auf einen Papierſtreifen druckt, und zwar mit einer Leiſtungsfähigkeit von etwa 350 Worten in der Minute. Der Streifen mit der Niederſchrift des Funkſpruchs kann überdies automatiſch jeder beliebigen Telegraphenlinie zugeführt werden, die den Funkſpruch nach Art der bekannten Schnelltelegraphen auf dem Draht weiterbefördert. Eine genauere

Ausſprache im ſächſiſchen Landtag.

Dresden, 17. April. (Eigener Drahtbericht.) In der heutigen Landtagsſitzung wurde die Ausſprache über die Regierungserklärung fortgeſetzt. Innenminiſter Genoſſe Liebmann: Der deutſchnationale Abgeordnete Beutler hat erklärt, er habe kein Vertrauen zur neuen Regierung. Das wünſche ich auch nicht. Wenn weiter Herr Beutler der Regierung eine kurze Lebensdauer prophezeit hat, ſo will ich mich mit ihm darüber nicht ſtreiten. Jedenfalls ſoll die Tätigkeit der Regierung, auch wenn ſie nur kurz ſein ſollte, ſo zum Wohl des Volkes gereichen, daß ſie Herrn Beutler und ſeinen Freunden noch lange im Magen liegen ſoll. Der Miniſter beantwortete dann verſchiedene Anfragen und Anträge. Der Polizei ſei für ihr Verhalten bei den Ausſchreitungen anläßlich der Wucherdemonſtrationen kein Vorwurf zu machen. Die Einſtellung der Strafverfolgungen erfolgte aus politiſchen Gründen, da neue Unruhen vermieden werden ſollten. Zu den Maßnahmen gegen jene Organiſationen, die ſich gegen den Beſtand der Republik richten, gehören auch die Verbote der Nationalſozialen Arbeiterpartei und der Deutſchvölkiſchen Freiheitspartei. Die deutſchvölkiſche Bewegung iſt in Sachſen mehr verbreitet, als allgemein angenommen wurde. Die allgemeine Gefahr für die deutſche Republik geht nicht bloß die Linksparteien, ſondern das geſamte deutſche Volk an. Jene Beſtrebungen gefährden die Reichseinheit aufs ſchwerſte. Der Miniſter erklärte dann, daß ihm bisher kein Land bekannt ſei, wo die Polizei verſagt hat. Die Polizei hat Schutz zu gewähren, aber nicht Leuten, die Angriffe gegen die Republik machen. (Zuruf rechts: Wo bleibt das Wohl des Volkes?) Das Wohl des Volkes deckt ſich mit der Sicherung des Beſtandes der Republik. Sachſen iſt von den Rechtsputſchiſten ein beſonders gefährdetes Gebiet. Es bildet das Aufmarſchgebiet für die Orgeſchleute. Gerade die Arbeiterſchaft würde unter einem Rechtsputſch zu leiden haben. Deshalb wäre es ein Verbrechen der Staatsregierung, wenn ſie nicht alle ihre Macht einſetzte, um den Beſtrebungen der Putſchorganiſationen gegen die Republik entgegenzutreten. (Bravo! links.)

Kultusminiſter Genoſſe Fleißner beantwortet dann ebenfalls einige Anfragen. Die Ausweiſung der Belgier und Franzoſen aus den Schulen lehne die Regierung ab, ebenſo, dieſen Ausländern den Zutritt zu den ſtaatlichen Muſeen, Sammlungen uſw. zu verweigern. Durch ſolche Methoden werden die leider beſtehenden Gegenſätze vergrößert. Man darf das franzöſiſche Volk nicht mit den franzöſiſchen Chauviniſten verwechſeln.

Wirtſchaftsminiſter Genoſſe Felliſch weiſt den Vorwurf wegen der Ungeſetzlichkeit der Kontrollausſchüſſe zurück. Die Rechtsgültigkeit der Kontrollausſchüſſe iſt bereits durch Rundſchreiben der Reichsregierung vom Jahre 1921 anerkannt.

Grenzregelung in Oberſchleſien.

Bei der Feſtſetzung der neuen Grenze in Oberſchleſien gab es, da die Grenze mitten durch wichtige wirtſchaftliche Reviere führt, eine Fülle von Schwierigkeiten. Um ſie zu beſeitigen und damit an der Grenze wirtſchaftlich halbwegs erträgliche Verhältniſſe herbeizuführen, mußte ſeit der Entſcheidung über das Schickſal Oberſchleſiens in der Stille viel Zeit und Mühe aufgewandt werden. Eins der wichtigſten der vielen oberſchleſiſchen Teilprobleme, nämlich die Frage der ſtrittigen Schächte im Hindenburger Bergwerksrevier, ſteht nun vor der Entſcheidung. Es handelt ſich um die ſtaatlichen Delbrück-Schächte, deren Friedensproduktion (1913) 800 000 Tonnen Kohlen betragen hat. Gegen Ende des vorigen Jahres war bei der endgültigen Regulierung der Grenzfrage nur die Frage der Zugehörigkeit dieſer Schächte zu Deutſchland oder zu Polen offengelaſſen worden. Der Völkerbundrat hat nun einen ſpaniſchen Sachverſtändigen, den in Fachkreiſen des Bergbaus wohlbekannten und angeſehenen Profeſſor der Bergakademie in Madrid, Pablo Fabregas, beauftragt, ein Gutachten in der Zuteilungsfrage zu erſtatten. Profeſſor Fabregas iſt am 15. April in Breslau eingetroffen. Er wird in den nächſten Wochen das Gutachten fertigſtellen und danach wird die Interalliierte Grenzkommiſſion ihre endgültige Entſcheidung treffen. Da ſchon bisher die ſtrittigen Schächte proviſoriſch Deutſchland zugeſprochen waren, darf man wohl die begründete Hoffnung hegen, daß das Gutachten des ſpaniſchen Sachverſtändigen ebenfalls zugunſten Deutſchlands ausfallen wird.

Völkiſche Völkerkunde.

In der geſtrigen Reichstagsſitzung beklagte ſich der völkiſche Herr v. Graefe über Paſſivität der Regierung. „In der Tſchechoſlowakei werden die Deutſchen ſyſtematiſch mißhandelt. Wann endlich wird man zu Repreſſalien greifen? Wie lange will man noch geſtatten, daß die Slowenen in Deutſchland Bünde gründen, die eigene ſloweniſche Schulen errichten?" Von links ertönt aus zahlreichen Kehlen die Belehrung: „Slowenen ſind keine Slowaken. Slowenen ſind Jugoſlawen!" Worauf der Redner ſich zornfunkelnden Auges an die Zwiſchenrufer wendet und ſie mit wahrhaft teutoniſchem Furor niederdonnert: „Ja, meine Herren, dafür haben Sie eben kein Verſtändnis!"

Aenderung der Umlegungsordnung?

In der Umlegungsordnung ſollte ſeinerzeit eine geſetzliche Grundlage für das Zuſammenlegen der Felder geſchaffen werden. Die Vorſchriften dieſer Umlegungsordnung haben ſich aber in der Praxis bisher wenig bewährt. Sie erlaubten es, den rückſtändigen Elementen der landwirtſchaftlich tätigen Bevölkerung durch alle Arten von Terror (Gewalttätigkeiten, Drohungen mit Brandſtiftung und dergleichen) die Umlegung zu verhindern und damit die landwirtſchaftliche Produktion zu hemmen. Faſt alle Landeskulturamtspräſidenten im Weſten — das Umlegungsverfahren hat in der Hauptſache nur für den Weſten Bedeutung — klagen über dieſen Terror. Wie ein Landeskulturamtspräſident berichtet, iſt z. B. allein in ſeinem Bezirk infolge des Widerſpruchs in Ortsterminen in neun Sachen mit 3346 Hektar das Verfahren geſcheitert, in vier Sachen mit 1277 Hektar konnte es einſtweilen nicht fortgeführt werden, und in 13 Sachen mit 6488 Hektar wurde die Fortführung des Verfahrens außerordentlich verzögert und erſchwert. Das preußiſche Staatsminiſterium hat deshalb dem Landtag einen Geſetzentwurf zur praktiſcheren und wirkungsvolleren Geſtaltung der Umlegungsordnung vom 21. September 1920 zugehen laſſen. Die Begründung des Geſetzentwurfs betont, daß die Aenderung der Umlegungsordnung alsbald vorgenommen werden muß, weil es nicht verantwortet werden kann, daß die allſeitig als beſonders produktionsſteigernd anerkannten Maßnahmen der wirtſchaftlichen Umlegung von Grundſtücken durch den Terror einiger nicht genügend einſichtiger Elemente verhindert wird.

Beamtenminiſterium in Oldenburg.

Oldenburg, 17. April. (Eig. Drahtbericht.) In Oldenburg hatten bekanntlich die Rechtsparteien unter Führung der Deutſchen Volkspartei gegen den Willen der Reichsregierung Neuwahlen zum Landtag trotz der Ruhrbeſetzung erzwungen. Darauf trat das Koalitionsminiſterium mit dem demokratiſchen Miniſterpräſidenten Tantzen zurück. In der Dienstagſitzung des Landtages wurde nun die Bildung eines aus Beamten beſtehenden Geſchäftsminiſteriums vorgenommen, das die Regierungsgeſchäfte bis zum Zuſammentritt des neuen Landtages führen wird. Zum Miniſterpräſidenten wurde Geh. Oberregierungsrat v. Finkh, zum Miniſter für Finanzen und ſoziale Fürſorge Geh. Regierungsrat Stein und zum Miniſter für Inneres und Handel Miniſterialrat Weber gewählt.

Verleumdungen vor dem Staatsgerichtshof.

Am kommenden Donnerstag beginnt, wie TU. meldet, vor dem Staatsgerichtshof in Leipzig der Prozeß gegen den Hauptſchriftleiter Adolf Lindemann und den Rechtsanwalt Dr. Hermann Cunio, denen zum Vorwurf gemacht wird, der ſächſiſchen Regierung Buck-Lipinſki und dem jetzigen Miniſterpräſidenten Dr. Zeigner Verfaſſungsverletzung und Korruption vorgeworfen zu haben. In einem Artikel Cunios in der „Leipziger Abendpoſt" waren auch einzelne Fälle von angeblicher Bevorzugung republikaniſcher und ſozialdemokratiſcher Perſonen bei der amtlichen Stellenbeſetzung angeführt worden. Die Reichsanwaltſchaft hat den Miniſterpräſidenten Dr. Zeigner als Zeugen geladen, dem beſonders vorgeworfen war, er habe ſich bei der Beſetzung von Poſten und Aemtern im Juſtizdienſt und bei ſeiner Begnadigungspolitik von politiſchen Zielen leiten laſſen.

Der Arbeitsplan des Landtags.

Der Aelteſtenrat des Preußiſchen Landtages hielt am Dienstag eine Beratung über die Geſchäftslage ab. Die Vollſitzungen ſollen bis zum 26. d. M. anhalten. Am Freitag ſoll der Haushalt des Miniſteriums des Innern zur Beratung kommen. Damit ſollen die Anfragen der Deutſchnationalen und der Kommuniſten gegen den Innenminiſter Severing verbunden werden. Vom 26. April bis zum 2. Mai ſollen die Vollſitzungen ausfallen, damit der Hauptausſchuß den Etat weiter fördern kann. Die Pfingſtferien ſollen am 17. Mai beginnen und bis zum 4. Juni dauern. Unter anderem ſoll auch der Bericht über die mitteldeutſchen Unruhen noch zur Beſprechung kommen. Der Hauptausſchuß ſoll bereits am 29. Mai ſeine Beratungen wieder aufnehmen.

Der Fall Puttkamer.

Was ſich ein bayeriſcher Miniſter erlaubt!

Nach einer Meldung der „Telegraphen-Union" hat ſich der bayeriſche Miniſter des Innern im Landtagsausſchuß auch über den Fall Puttkamer geäußert und dabei u. a. geſagt, daß der Haftbefehl gegen Puttkamer nicht wegen ſeiner journaliſtiſchen Tätigkeit gegeben worden ſei, ſondern wegen — Mordverdacht! Der Miniſter fügte hinzu:

„Im übrigen habe das Material allerdings ergeben, daß Puttkamer für Bayern als Schädling, Giftmiſcher und Spitzel anzuſehen ſei, da er an eine bekannte Berliner Stelle tendenziöſe politiſche Berichte erſtattet habe."

Wenn irgendwo, außer in Bayern, ein Miniſter ſich über eine gerichtliche Unterſuchung äußert, ohne ſich in Allgemeinheiten zu ergehen, dann pflegt man höchſt entrüſtet darüber zu ſein, daß er ſich „in ein ſchwebendes Verfahren eingemiſcht" hätte. Herr Schweyer aber, der bisher nicht die Kraft gehabt hat, mit all ſeinen Polizeimannſchaften die Hitler-Banden zur Vernunft zu bringen, erlaubt ſich, den verhafteten linksgerichteten Schriftſteller als „Schädling, Giftmiſcher und Spitzel" zu beſchimpfen, weil er an eine „bekannte Berliner Stelle" Berichte geliefert habe!

Nehmen wir einmal an, die unſinnige Anklage wegen Mordes oder vielmehr, wie es urſprünglich hieß, wegen Anſtiftung zum Morde würde vor einem bayeriſchen Volksgericht verhandelt werden: Wer könnte nach dem Fechenbach-Urteil noch zweifeln über das Los, das dem ſo vom Miniſter ſtigmatiſierten Angeklagten blühen würde?

Wir wiederholen deshalb unſere Forderung, daß die Unterſuchung gegen Puttkamer der Oberreichsanwalt in die Hand nimmt. Denn wenn wirklich der unſinnige Mordanſtiftungsverdacht berechtigt wäre, ſo würde es ſich um ein politiſches Delikt handeln, das vor den Staatsgerichtshof zum Schutz der Republik gehörte. Hat der Reichsjuſtizminiſter auch in dieſem Falle dem Oberreichsanwalt Weiſungen erteilt?

Saarbeſchwerden und Völkerbundrat.

Eine Saardelegation in Genf eingetroffen.

Genf, 17. April. (WTB.) Zu der Tagung des Völkerbundrats, die eine Reihe wichtiger ſaarländiſcher Angelegenheiten zu behandeln hat, iſt hier die Abordnung von Mitgliedern des Landesrats im Saargebiet eingetroffen. Neben der Frage der Notverordnung, durch welche die ſaarländiſche Preſſe unterdrückt wird, will die Abordnung vor allem die Frage des Nachfolgers für das bisherige ſaarländiſche Mitglied der Regierungskommiſſion Dr. Hector zur Sprache bringen ſowie gegen die Haltung der Regierungskommiſſion im Bergarbeiterſtreik und gegen die völlig ungerechtfertigte Verdoppelung der franzöſiſchen Truppen aus Anlaß des Streiks proteſtieren.

Genf, 17. April. (WTB.) Der Völkerbundrat eröffnete heute ſeine 24. Tagung unter dem Vorſitz des engliſchen Vertreters Ward. Belgien iſt durch Hymans, China durch Tſang Tſaiſu, Braſilien durch da Gama, Spanien durch Quinones de Leon, Japan durch Adatci und Uruguay durch Guani vertreten. Hanotaux-Frankreich, Salandra-Italien und Branting-Schweden werden erſt in einigen Tagen erwartet. Bis dahin nehmen an ihrer Stelle Gou, Garbaſſo und Unden an den Beratungen teil. Adatci widmete zu Beginn der Sitzung dem verſtorbenen braſilianiſchen Mitglied des ſtändigen internationalen Gerichtshofs, Baboſa, einen Nachruf. Der Rat erledigte dann in geheimer Beratung verſchiedene Verwaltungsfragen, darunter die Ernennung einzelner Kommiſſionsmitglieder.

Zwangsarbeit für Sabotage.

Bochum, 17. April. (WTB.) Der kommandierende General veröffentlicht durch Maueranſchlag die Verordnung 25 vom 20. März, in der es heißt, daß mit lebenslänglicher Zwangsarbeit oder mit Zwangsarbeit nicht unter 10 Jahren oder lebenslänglicher Gefängnishaft beſtraft wird, wer in den beſetzten Teilen des Ruhrgebietes irgendwie den Poſt-, Telegraphen- oder Fernſprechdienſt durch Zerſtörung unterbricht und infolgedeſſen die Sicherheit und den Unterhalt der Beſatzungstruppen oder die öffentliche Ordnung gefährdet. Liegen mildernde Umſtände vor, ſo kann auf eine Gefängnisſtrafe bis zu 5 Jahren und eine Geldſtrafe bis zu 10 Millionen Mark oder auf eine von beiden Strafen erkannt werden. Strafen, die auf über 5 Jahre Zwangsarbeit oder Gefängnis lauten, können in einer Strafanſtalt desjenigen Staates verbüßt werden, dem das urteilfällende Gericht angehört.

Franzöſiſch-belgiſche Konferenzen.

Paris, 17. April. (EE.) Aus Düſſeldorf wird der „Liberté" gemeldet: Heute vormittag fanden im Düſſeldorfer „Stahlhof" zwei wichtige Konferenzen ſtatt. Die eine hatte militäriſchen, die andere finanziellen Charakter. An der militäriſchen Konferenz nahm der franzöſiſche Kriegsminiſter Maginot, der Generalſtabschef Buat und General Degoutte, der belgiſche Landesverteidigungsminiſter Devoze und General Roucquoy teil. Zur Beratung ſtand die Frage der Verſtärkung der Ruhrtruppen und ihrer Verteilung. In dieſer Beziehung wurden ſehr wichtige Beſchlüſſe gefaßt, die die beiden Regierungen noch zu vollziehen haben werden. — Die zweite Konferenz wurde zwiſchen dem franzöſiſchen Finanzminiſter de Laſteyrie, dem belgiſchen Kabinettschef Gutte, den franzöſiſchen und belgiſchen Finanzſachverſtändigen der Rheinlandkommiſſion und den Vertretern der Wirtſchaftsmiſſion im Ruhrgebiet abgehalten. Man ſprach über die Kohlenſteuer, die Ausgabe von Ausfuhrbewilligungen und die Einrichtung der Rechnungslegung im beſetzten Gebiet. Nach Schluß der beiden Konferenzen begaben ſich alle Miniſter nach Eſſen, wo ſie mit Le Trocquer zuſammenkamen. Darauf ſpeiſten ſie bei General Henrys in der „Villa Hügel".

Der Handel mit England ſtockt.

London, 17. April. (WTB.) Im Unterhaus teilte Lord Wolmer auf eine Anfrage mit, er habe Grund zu der Annahme, daß die Einfuhr nach England aus dem unbeſetzten deutſchen Gebiet ſehr gering ſei. Es ſei kein Teil der Politik der Beſatzungsbehörde, die Ausfuhr aus dem beſetzten Gebiet nach England zu vermindern. Sie habe tatſächlich Schritte unternommen, um ſie zu erleichtern, aber die Ausfuhr ſei ſo gut wie unmöglich gemacht worden durch die Haltung der deutſchen Regierung (!), die ſich weigere, Firmen zu geſtatten, Waren unter Lizenzen zu liefern, die von der zuſtändigen franzöſiſchen Lizenzbehörde ausgegeben ſeien. — In Beantwortung einer Zwiſchenfrage erklärte Lord Wolmer, ihm ſei nicht bewußt, daß die britiſchen Beamten in Köln Erklärungen geben, die von der von ihm ſoeben abgegebenen ſehr verſchieden ſeien.

Auriol gegen die Staffelung der Reparationsſchuld.

Paris, 17. April. (WTB.) Der Finanzpolitiker der ſozialiſtiſchen Kammerfraktion Abg. Vincent Auriol, der den Beſprechungen zwiſchen den deutſchen und den alliierten Sozialiſten in Berlin beigewohnt hat, beſpricht im „Quotidien" die gleichzeitig mit der Reiſe Loucheurs nach England im „Daily Telegraph" und „Matin" veröffentlichten Reparationspläne. Er kommt zu der Schlußfolgerung, daß **gewiſſe franzöſiſche Kreiſe ein Intereſſe daran zu haben glauben, durch Staffelung der Reparationsſchuld auf eine lange Reihe von Jahren in Form von Annuitäten die franzöſiſchen Anſprüche gegenüber Deutſchland lebendig zu erhalten.** Das ſei, ſchließt Vincent Auriol, die Lehre der Zahlen, wenn ſie alles künſtlichen Beiwerks entkleidet würden. Hier liege, verſteckt unter den Milliarden, das Viperneſt. Dieſe Männer ſeien von dem eifrigen Wunſch beſeelt, daß Frankreich recht lange der Gläubiger Deutſchlands bleibe, ja, daß Deutſchland nie bezahle, **damit Frankreich die Beſetzung verewigen könne** und in dieſer Form einer durch gern geſehene Verfehlungen gerechtfertigten ſtändigen Beſetzung die tatſächliche Annexion der ſeit langem begehrten Gebiete erreiche. Frankreich breche zuſammen unter der Laſt der Anleihen. Es werde von Steuern erdrückt. Die Geſchädigten warteten auf Zahlungen. Die Beſetzung aber werde ein großes Heeresbudget rechtfertigen und den Haß und die Revancheſtimmung wachhalten. Morgen Ruinen, übermorgen Krieg, das ſei das Programm, das gewiſſe von wer weiß wem geleitete und kommandierte Männer heute zu verfechten wagten.

Beſchreibung der Erfindung bleibt abzuwarten; es ſcheint ſich aber hier, ſoweit bisher erſichtlich, in der Tat um einen bedeutungsvollen Fortſchritt zu handeln.

Vom amerikaniſchen Frauen-Friedensbund. Im letzten Mitteilungsblatt, das der Frauen-Friedensbund der weſtlichen Hemiſphäre ſoeben aus New York verſchickt, werden einige Fragen an die Mütter gerichtet. Die erſte lautet:

„Wenn dein Sohn getötet wird in einem Kriege, der um Oelquellen geführt wird, iſt es dir nicht gleichgültig, ob ſich das Oel in Moſul oder in Mexiko befindet? Oder macht es dir etwas aus, ob es Eigentum iſt der Königl. Holländiſchen Shell-Geſellſchaft oder der Standard Oel-Companie oder der Türkei?"

Die zweite Frage:

„Kann der Wert des Lebens junger Männer nach Oeltonnen berechnet werden? Wenn dies der Fall iſt, wieviel Soldaten muß Amerika opfern für ſoundſo viel Oeltonnen?"

Auf das ſchärfſte wird in dem Mitteilungsblatt gegen die Ruhrinvaſion Stellung genommen. Und es wird gefragt, wo die franzöſiſchen Gewerkſchaftler ſind, die die Reſolution des Haager Kongreſſes für den Frieden annahmen. Ob ſie jetzt Munition machen oder die Eiſenbahnen bedienen? Ueber Deutſchlands paſſiven Widerſtand heißt es:

„Wenn dieſe Politik bis zum Schluß durchgeführt wird, ſo ſagen wir im voraus, daß das Deutſchland von 1923, verarmt, beſiegt und entwaffnet, erfolgreicher ſein wird als das mächtige, anmaßende Deutſchland von 1914, das die Weltmärkte mit Waffengewalt erobern wollte."

Der feurige Fluß von Samoa. Auf der Inſel Savaii, der größten der Samoainſeln, gibt es eine vulkaniſche Erſcheinung von ſeltſamſter Art und grandioſer Gewalt. Savaii wird in ſeiner ganzen Ausdehnung von vulkaniſchen Höhen durchzogen, von denen verſchiedene impoſante Berge darſtellen, die bis zu mehr als 1200 Meter emporſteigen. Ein Teil dieſer Vulkane iſt erloſchen, andere befinden ſich ſeit Menſchengedenken in Ruhe; doch iſt ein Teil der Krater noch tätig. 1905 kam es zu einer heftigen Eruption, die mit Exploſionen begann, und in deren Verlauf eine enorme Maſſe ſehr flüſſiger Lava ausgeſtoßen wurde. Die Lava verwüſtete eins der fruchtbarſten Gebiete der Inſel in einer Ausdehnung von 20 Quadratmeilen; ſie entfloß einem neuen Krater nahe dem Mittelpunkt der Inſel, den man den Vulkan von Matavanu nennt. Das überaus ſeltene an dieſem Krater iſt die Erſcheinung eines Fluſſes von geſchmolzener Lava, der ſich innerhalb der Kraterwände einherwälzt, weißglühende Springfontänen emporſendet, ziſchend an den Kraterwänden brandet und dann mit großer Schnelligkeit in einen tunnelartigen Schlund rauſcht, der unter einem Lavafeld hindurch bis zum Meere reicht. Man kann den unterirdiſchen Lauf des feurigen Fluſſes deutlich an einer Linie großer Rauchwolken verfolgen, die die Lavadecke durchdringen. Mit exploſiver Gewalt und donnerartigem Getöſe ergießt ſich die Lava unter Entwicklung ſtarker Dampfwolken ſchließlich aus dem Tunnel in die See.

Die Frühjahrsausſtellung der Galerie Lutz, Unter den Linden 21, wird Mittwoch, vorm. 10 Uhr, eröffnet. Sie bringt Werke von Munch, Kokoſchka, Pechſtein, Haller, Delacroix, Piſſaro u. a.

Glaſenapps Nachfolger. Der Leiter der Theaterabteilung im Polizeipräſidium, Glaſenapp, der die Dienſtaltersgrenze überſchritten hat, hat ſein Amt niedergelegt. Sein Nachfolger wird der Oberregierungsrat Moſle.

Gewerkſchaftsbewegung

Die Beamtenrätegeſetzgebung.

Im Reichstagsausſchuß für Beamtenangelegenheiten wurde ein gemeinſamer Antrag der Sozialdemokraten und Demokraten angenommen, der beſtimmt, daß zur Schlichtung und Entſcheidung von Streitigkeiten bei jedem Dienſtvorgeſetzten höchſter Inſtanz ein Schlichtungsausſchuß (Hauptſchlichtungsausſchuß) zu bilden iſt. Ferner können Bezirksſchlichtungsausſchüſſe errichtet werden. Die Hauptſchlichtungsausſchüſſe tagen in der Beſetzung mit einem Vorſitzenden und acht Beiſitzern, von denen vier durch den höchſten Dienſtvorgeſetzten ernannt und vier von den Beamten jeder Verwaltung aus ihrer Mitte gewählt werden. Die Bezirksſchlichtungsausſchüſſe tagen in der Beſetzung mit einem Vorſitzenden und ſechs Beiſitzern, von denen drei der Präſident der Bezirksbehörde beſtimmt und drei von den Beamten jeder Verwaltung aus ihrer Mitte gewählt werden.

Die Vorſitzenden der Schlichtungsausſchüſſe bei Reichsbehörden und ihre Stellvertreter werden vom Präſidenten des Reichsverwaltungsgerichts, vorläufig vom Präſidenten des Reichsgerichts ernannt. Die Vorſitzenden der Schlichtungsausſchüſſe und ihre Stellvertreter bei den Behörden der Länder, Gemeinden, Gemeindeverbände und Körperſchaften des öffentlichen Rechts werden von dem Präſidenten des oberſten Verwaltungsgerichts des Landes oder von dem Präſidenten des zuſtändigen Oberlandesgerichts ernannt. Vor der Ernennung der Vorſitzenden und ihrer Stellvertreter iſt der höchſte Dienſtvorgeſetzte und der Hauptbeamtenrat gutachtlich zu hören. Die Amtsdauer der Vorſitzenden und der Beiſitzer der Schlichtungsausſchüſſe ſowie ihrer Stellvertreter beträgt drei Jahre. Die Verhandlungen der Schlichtungsausſchüſſe ſind öffentlich. Die Beamtenräte und die Behörden haben den Schlichtungsausſchüſſen ihre Akten zur Verfügung zu ſtellen.

Ein weiterer Antrag der Sozialdemokraten und Demokraten, der zur Annahme gelangte, beſtimmt, daß das Mitbeſtimmungsrecht der Beamtenräte nicht beſtehen ſoll

a) bei Entlaſſungen, die auf einer geſetzlichen oder vertraglichen oder durch Schiedsſpruch einer vereinbarten Einigung- oder Schiedsſtelle auferlegten Verpflichtung beruhen oder die durch ein ſtrafgerichtliches oder diſziplinargerichtliches Urteil ausgeſprochen ſind,

b) bei Entlaſſungen, die durch Auflöſung oder Umbildung von Behörden oder durch gänzliche oder teilweiſe Stillegung des Betriebes erforderlich werden,

c) bei friſtloſen Kündigungen aus einem Grunde, der nach dem Geſetz zur Kündigung des Dienſtverhältniſſes ohne Einhaltung einer Kündigungsfriſt berechtigt.

Ferner wurde eine Beſtimmung angenommen, daß in den Fällen, in denen eine Einigung nicht zuſtande kommt, die zuſtändige Beamtenvertretung berechtigt iſt, eine Schlichtungsſtelle anzurufen.

Bei der geſtrigen Fortſetzung der Beratung proteſtierte der volksparteiliche Abg. Morath, weil — für die Anträge der Sozialdemokraten und Demokraten eine ſichere Mehrheit vorhanden iſt, obwohl Zentrum (!), Volkspartei und Deutſchnationale geſchloſſen gegen dieſe Anträge ſtimmten. Dieſer Proteſt hinderte freilich nicht die Fortführung der Beratung und die Annahme der ſozialdemokratiſch-demokratiſchen Anträge.

Die Spaltung der Eiſenbahner!

Die Kommuniſten haben es nunmehr zur offenen Spaltung im Deutſchen Eiſenbahnerverband getrieben. Die „Rote Fahne" veröffentlicht einen langen Aufruf einer „Reichskonferenz der kommuniſtiſchen Eiſenbahner". Das bedeutet nichts anderes als die Zuſammenfaſſung der Mitglieder des DEV. auf Grund der von Moskau gegebenen Anweiſungen. Die Oppoſition in den einzelnen Zahlſtellen, die Fraktionsarbeit in den Verſammlungen waren nur das notwendige Vorſpiel zu dieſer offenen Spaltung.

Es klingt wie Hohn, wenn die ſich abſondernden kommuniſtiſchen Eiſenbahner ſich als die Verteidiger der gewerkſchaftlichen Einheitsfront gebärden. Das Machwerk einer Kritik zu unterziehen, hieße ihm zuviel Ehre antun. Es genügt, wenn wir feſtſtellen, daß die KPD. nunmehr offen zur Spaltung der Gewerkſchaften übergegangen iſt.

Wenn auch die Maſſe der Eiſenbahner aus erklärlichen Gründen gewerkſchaftlich noch ungeſchult iſt, ſo glauben wir doch nicht, daß ſie dieſen organiſatoriſchen Selbſtmord unterſtützen wird. Wir ſind überzeugt, daß die kommuniſtiſchen Schreier in dem Augenblick, wo ſie ſich außerhalb der Organiſation ſtellen, auch allein ſtehen und damit ihre Bedeutungsloſigkeit und ihre Ohnmacht offenbar ſein wird.

Geſcheiterte Lohnverhandlungen bei der „Mitropa".

Bei der am Montag ſtattgefundenen Verhandlung mit der Direktion der „Mitropa" wegen Aufbeſſerung der beſtehenden, ganz ungenügenden Märzlöhne der Lagerarbeiter und des Fahrperſonals konnte es wegen des Herrenſtandpunktes des Direktors zu keiner Verſtändigung kommen. Eine direkte Lohnerhöhung für den Monat April ſoll überhaupt nicht gewährt werden, ſondern es wurde nur eine Sonderzulage von 25 Proz. des Monatslohnes angeboten. Dieſe Sonderzulage ſoll den nun bereits ſeit 2½ Monaten bei geſtreckter Arbeitszeit Beſchäftigten nur anteilig gezahlt werden, was eine große Härte bedeutet, indem ſie eine kaum nennenswerte Zulage erhalten würden. Ferner ſoll bei einer ſpäteren Lohnregelung dieſe Sonderzulage nicht mit angerechnet werden.

Das Verhalten der Direktion iſt geeignet, die gemeinſame Abwehraktion von Arbeitgebern und Arbeitnehmern gegen die Ruhrbeſetzung auf das empfindlichſte zu ſtören, da ganz einſeitig die Laſten auf die Arbeitnehmer abgewälzt werden ſollen. Von der gemeinſamen Lohnkommiſſion des Deutſchen Verkehrsbundes und des Zentralverbandes der Hotel-, Reſtaurant- und Caféangeſtellten mußte die Art und Weiſe des Vorgehens der Direktion entſchieden abgelehnt werden und letzterer die volle Verantwortung in der Lohnangelegenheit auf Grund ihrer Einſtellung überlaſſen bleiben.

Betriebsrat und Arbeitsrecht.

Das moderne Arbeitsrecht ſtellt dem Betriebsrat eine Reihe von Aufgaben, denen er nur dann gerecht zu werden vermag, wenn er ſich hinreichende Kenntniſſe der geltenden arbeitsrechtlichen Beſtimmungen verſchafft und auch genügend Gewandtheit beſitzt, um die Intereſſen ſeiner Betriebsbelegſchaft in allen Konfliktfällen wahrnehmen zu können. Nur eine gründliche arbeitsrechtliche Schulung kann dem Betriebsrat die notwendigen Kenntniſſe und Fähigkeiten vermitteln. Doch nicht nur der Betriebsrat ſollte ſich um ſie bemühen, ſondern jeder einzelne Arbeiter und Angeſtellte.

Im neuen Lehrplan der Freigewerkſchaftlichen Betriebsräteſchule ſind eine Reihe arbeitsrechtlicher Kurſe vorgeſehen, die ſämtlich in der Woche vom 22. April beginnen. Folgende Gebiete werden in dieſen Kurſen behandelt: „Grundlagen des modernen Arbeitsrechts", „Inhalt und Praxis des modernen Arbeitsrechts", „Das Mitbeſtimmungsrecht der Betriebsvertretungen bei Einſtellung und Entlaſſung", „Praktiſche Fälle aus dem Arbeitsrecht", „Die Führung von Arbeitsſtreitigkeiten vor Schlichtungsausſchüſſen, Gerichten und anderen Behörden", „Arbeitsrecht und Bürgerliches Geſetzbuch".

Hörerkarten zu 300 M. (für Kurzarbeiter zu 250 M., für Arbeitsloſe unentgeltlich) und Unterrichtsverzeichniſſe werden in den Ortsverwaltungen der Gewerkſchaften und im Bureau der Betriebsrätezentrale, Engelufer 24/25, 2. Hof I, ausgegeben. Dort finden auch Montags und Freitags von 4 bis 7 Uhr Lehrberatungs-Sprechſtunden ſtatt.

Betriebsräte! Vertrauensleute! Werbt in Euren Betrieben für den Beſuch Eurer Schule!

Freigewerkſchaftliche Betriebsräteſchule.

Die Bauarbeiterlöhne.

Nachdem die Verhandlungen über die Aprillöhne am Sonnabend vor dem Demobilmachungsamt an dem hartnäckigen Widerſtand der Unternehmer geſcheitert waren, tagte geſtern vormittag ein freies Schiedsgericht, das nach ſtundenlangem Verhandeln folgenden Schiedsſpruch fällte: Vom 12. April bis 9. Mai für Maurer 1750 M., die anderen Kategorien folgen in der bisher üblichen Spanne. Die Arbeitgeber und Arbeitnehmer haben dieſem Spruch ſofort zugeſtimmt. Die Werkzeugentſchädigung für Maurer und Einſchaler beträgt wie bisher 10 M. pro Stunde, für Zementfacharbeiter ab 5. April ebenfalls 10 M. pro Stunde.

Baugewerksbund, Baugewerkſchaft Berlin.

Lohnzulage der Zimmerer.

Von der Zahlſtellenleitung des Zentralverbandes der Zimmerer wird mitgeteilt:

Auf Grund des Beſchluſſes unſerer Zahlſtellenverſammlung vom 15. April bezüglich Weiterverhandlungen tagte geſtern das aus 9 Perſonen beſtehende freie Schiedsgericht. Nach mehrſtündiger Verhandlung wurde vom Vorſitzenden, Gewerberat Körner, folgender einſtimmig gefaßter Schiedsſpruch verkündet:

„Mit Rückſicht auf die augenblicklichen beſonderen Verhältniſſe im Baugewerbe wird für die Zeit vom 12. April bis 9 Mai 1923 einſchließlich den Arbeitnehmern, die einen Stundenlohn von 1600 M. und mehr erhalten, eine Ausgleichszulage von 150 M. die Arbeitsſtunde, den Arbeitnehmern, die einen geringeren Stundenlohn erhalten, eine entſprechend niedrigere Ausgleichszulage je Arbeitsſtunde bewilligt. Die Werkzeugentſchädigung bleibt wie bisher."

Der erhöhte Lohn kommt erſtmalig am Freitag, den 20. April, zur Auszahlung.

Anſchluß an den ADB. Auf dem am 14. und 15. April in Chemnitz veranſtalteten 6. Bundestag des Bundes Sächſiſcher Staatsbeamter gelangte mit Zweidrittelmehrheit eine Entſchließung zur Annahme, die den Austritt des Bundes aus dem Deutſchen Beamtenbund vorſieht und in der der Hauptvorſtand beauftragt wird, ſofort mit dem Allgemeinen Deutſchen Beamtenbund in Verhandlungen zu treten. Im Falle eines befriedigenden Abſchluſſes der Verhandlungen ſoll der Anſchluß an den Allgemeinen Deutſchen Beamtenbund ſofort vollzogen werden.

Kampf der Glasarbeiter in Finnland. Wie der Finniſche Gewerkſchaftsbund mitteilt, ſtehen die Arbeiter der Karhula Glasfabrik im Kampfe. Zuzug iſt fernzuhalten, zumal die Möglichkeit beſteht, daß der Kampf noch weiter um ſich greifen kann.

Reichsverſicherungsanſtalt für Angeſtellte. VSPD.-Mitglieder: Donnerstag 4 Uhr im Lokal Niepold, Hohenzollernplatz, Verſammlung.

VSPD.-Maler, -Lackierer, -Anſtreicher. Am Freitag abend 7 Uhr bei Heinrich, Große Frankfurter Str. 30, Verſammlung ſämtlicher VSPD.-Genoſſen. Sehr wichtige Tagesordnung. Partei- und Gewerkſchaftsausweis legitimiert.

Deutſcher Werkmeiſterverband. Sämtliche Betriebs- und Vertrauensleute ſowie Funktionäre der Fachgruppe Metallinduſtrie haben Donnerstag abend 6½ Uhr in den Sophien-Sälen, großer Saal, Sophienſtr. 17—18, Verſammlung. Tagesordnung: „Die Lage in der Metallinduſtrie".

Verantwortlich für den redakt. Teil: **Victor Schiff**, Berlin; für Anzeigen: **Th. Glocke**, Berlin. Verlag Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei u. Verlagsanſtalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenſtr. 3
Hierzu 1 Beilage.

DUNLOP
CORD
Im Gebrauch die billigste Bereifung
Die Weltmarke bürgt für Qualität!

Theater, Lichtspiele usw.

Opernhaus
7 Uhr:
D. Zauberflöte

Schauspielhaus
7½ Uhr
Wilhelm Tell

Theater i. d. Königgrätzer Str.
8 U.: Kreislers Eckfenster

Komödienhaus
7.30: Madame
Pompadour

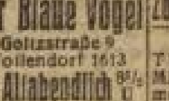
Berliner Th.
7.30 U.: Mädi

8 U. **Residenz-Theater**
Alb. Bassermann
in: Der Raub der Sabinerinnen

Trianon - Th.
8 Uhr:
Professor Bernhardi

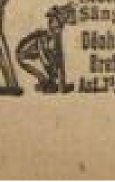
8 Uhr **Kleines Theater**
Das stärkere Band
[illegible]

Walhalla-Th.
7.45 Uhr: Die Liebe geht um
[illegible]



Der Blaue Vogel
Goltzstraße 9
Nollendorf 1613
8½ U. Allabendlich 8½ U.
Gem. Programm: zusammengest. aus d. 1. Nummern d. 1. 2. u. 3. Programms

Reichshallen-Th.
Allabendl. 7½ Uhr.
Sonntags nachm. 3 U. halbe Preise
Stettin. Sänger
Döhnhoff-Brettl!
[illegible]



Volksbühne
7½ Uhr:
Weh' dem, der lügt

Lessing - Th.
7½ Uhr:
Königin Christine
Do. u. Freitag 7½:
Bürger Schippel

Dent. Künstler - Th.
Allabendlich 7½ U.:
Der Fürst von Pappenheim

Theater des Ostens
(Rose-Theater)
7¾ Uhr:
Kaiserplatz 3 1.

Central-Theater
Tägl. 8 Uhr:
Försterchristel.

Komische Oper
7½ Große Revue 7½
Europa spricht davon!
65-70 Mitwirk.
Mister Jackson mit engl. Girls
Else Kaiser
Bruno Kastner
Arnold Rick
Kutzner, Flink u. a. Darsteller

Casino-Theater
Nur noch bis incl. 27. April, 8 U.
Zum blauen Kakadu

URANIA
Theater 8 Uhr: Mit Flugzeug u. Kamera z. d. Schädern der Nord- u. Ostseeküste. Kl. Saal 8 U. Mit d. Kamera durch Feld, Wald u. Wiese

Metropol-Varieté
Behrenstr. 54
7½ Uhr:
Das unübertreffliche April-Programm!

Deutsch. Opernhaus
Abends 7½ Uhr:
Entführung aus dem Serail

Große Volksoper
im Theat. d. Westens
6½: Tristan u. Isolde

Intimes Theater
8 Uhr: Kleptomanie
Zahnzieh. m. Musik

Lustspielhaus
8 U.: Bobby, sag' die Wahrheit

Metropol-Theater
7½: Die Schönste der Frauen
[illegible]

Neues Operetten-Th.
Täglich 7½ Uhr:
Der neue Gilbert:
Katja, die Tänzerin
mit Margit Suchy, Nordheim, [illegible], Paulsen, Beckmann, Gross, Mamelok

Neues Th. am Zoo
7½: Gilberts Oper.
Dorine u. der Zufall

Neues Volkstheater
7½ U. Emilia Galotti

Renaissance-Th.
8 Uhr: Kampf der Geschlechter
Gastsp. Em. Reicher

Schiller-Th. Charl.
8 U.: Krieg im Frieden

Thalia-Theater
7½ Uhr: Ein Jahr ohne Liebe

Th. a. Nollendorfpl.
7½ Uhr:
Die schön. Rivalin
[illegible]

Wallner-Theater
Uhr: Der kühne Schwimmer

Wintergarten
Varieté-Spielplan!
Rauchen gestattet!

Theater [illegible]
Abends 7½ Uhr,
und Sonntag nachm. 3 Uhr:
Elite-Sänger
[illegible]

Sommertheater
Schweizergarten
(am Friedrichshain)
mit Saal für 1. Mai noch zu vergeben. Ab 4 Uhr im Theaterbureau oder Amt Königstadt 671.

Admirals-Varieté
8⁰⁰ April-Programm
wie immer - erstklassig

Trabrennen Mariendorf
Mittwoch, den 18. April, nachm. 2½ Uhr

Betriebsräte des graphischen Gewerbes.
Freitag, den 20. April, nachmittags 5 Uhr, im Gewerkschaftshaus (Saal 1)
Versammlung.
Tagesordnung: Die Feier des 1. Mai.
20/11 Verein Berliner Buchdrucker.

Allgemeine Ortskrankenkaſſe für den Stadtbezirk Cöpenick.
Hiermit laden wir die Mitglieder des Ausſchuſſes zu der am Montag, 30. April, abends 6½ Uhr, im Schloßreſtaurant (Inh. Dranse), Berliner Str. 1, ſtattfindenden
ordentl. Ausſchußſitzung ein.
Tagesordnung: 1. Jahresbericht für 1922. 2. Abnahme der Jahresrechnung für 1922. 3. Satzungsänderungen: a) Änderung der §§ 27, 31a und 34 der Kaſſenſatzung; b) Änderung der Kaſſenſatzung gemäß den Beſtimmungen des Geſetzes vom 1. April 1923. 4. Wahl einer Kommiſſion gemäß § 102 Abſchnitt 2 der Kaſſenſatzung. 5. Geſchäftliches.
Die Ausſchußmitglieder erhalten noch beſondere Einladungen. 11/10
Cöpenick, den 17. April 1923.
Der Vorſtand. O. Rickel, Vorſitzender.

Sie brauchen
nicht mehr nach Berlin zu fahren, ſondern können Ihre
Hoſen
von jetzt ab in
Oberſchöneweide
Siemensſtr. 14
blauer Laden
bei der neu eingerichteten
München-Gladbacher Hoſen-Zentrale
kaufen
Neu eröffnet! 22 Geſchäfte in gleicher Verwaltung
Neu eröffnet! 22 Geſchäfte in gleicher Verwaltung

Metallbetten
Stahlmatratz., Kinderbetten dir. an Priv. Kat. 30A frei. Eiſenmöbelfabr. Suhl Thür.

Süßſtoff-Preiſe im April 1923.
1 H-Packung = Süßkraft von reichlich 1 Pfund Zucker
M. 200,—
Vorzüglich zum Kochen, Backen uſw.
Kann mitgekocht werden.
Tabletten haben die Süßkraft von je 1½ Würfel Zucker
Schachteln mit 100 200 500 Tabletten
M. 300,— 560,— 1300,—
zum Süßen von Kaffee, Tee uſw.
Erhältlich in Kolonialwaren-, Drogenhandlungen und Apotheken.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsſtelle Berlin N 54, Linienſtraße 83/85.
Geſchäftszeit norm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr.
Telephon: Amt Norden 833 bis 836 und 6202 bis 6206.
Achtung! **Gold- u. Silberſchmiede**
Morgen, Donnerstag, den 19. April, nachm. 4½ Uhr, im Dresdener Garten, Dresdener Straße 45:
Vertrauensmänner - Konferenz.
Die Kollegen werden erſucht, beſtimmt zu erſcheinen.
148/16 Die Ortsverwaltung.

Zur Verlobung
Fugenlose
Trauringe
Duk.-Gold 900 gest. v. 25000 M. an
einfache Trauringe, gest., von 6000 M. an.
Fast alle Preislagen am Lager. Namen u. Etui umsonst. Umarbeitungen und Anfertigungen von Trauringen bei Goldzugabe in 24 Stunden
Garantieschein für gesetzl. Goldgehalt!
Trauringfabrik Albert Thal & Co.,
C 19, Seydelstraße 5 (Spittelmarkt)

Nie wiederkehrend!
K'seidene Strickjumper ermäßigt auf 36000
Handgestr. reinw. Jumper ermäßigt auf 17500
Strickjacken ca. 700 gr. schwer, nur, Vorrat 31750
Covercoatmäntel mit Kleseverlierung. 42000
Reinwollene Cheviotröcke 24000
Gummimäntel für Herren 65000
Modelle!
Tuchmäntel, Kostüme, Capes, Fantasiemäntel teilweise Ermäßigung bis 50 Prozent!
Soweit Vorrat! **Jetzt spottbillig!** Soweit Vorrat!
Elegante Pelzmäntel, Plüschmäntel, Astrachanmäntel, Krimmermäntel usw.
Simon Westmann
Damenkonfektion und Trauermagazin
1. Geschäft: Berlin W, Mohrenstr. 37a 2. Geschäft: Berlin NO, Gr. Frankfurter Str. 115

Deutscher Metallarbeiterverband
Verwaltungsſtelle Berlin

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unſer Kollege, der Monteur

Karl Schendel

am 13. April geſtorben iſt.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 18. d. M., nachm. 3½ Uhr, von der Leichenhalle des Zentralfriedhofes in Friedrichsfelde aus ſtatt.

Unſer Kollege, der Dreher

Max Graf

iſt am 14. April geſtorben.

Die Einäſcherung findet Donnerstag, den 19. April, nachm. 3 Uhr, im Krematorium Berlin, Gerichtſtraße, ſtatt.

Unſer Kollege, der Schloſſer

Karl Kähler

ſtarb am 14. April.

Die Einäſcherung findet am Freitag, den 20. d. M., mittags 12 Uhr, im Krematorium Berlin, Gerichtſtraße, ſtatt. Rege Beteiligung wird erwartet.

Nachruf.

Unſer Kollege, der Metallarbeiter

Karl Laub

iſt am 10. April geſtorben.

Ehre ihrem Andenken!

146/15 Die Ortsverwaltung.

Graue Haare
erhalten ursprüngl. Farbe u. natürl. Jugendglanz durch uns.
Haarfarbewiederhersteller
„Youpla"
Nur eine Flüssigkeit
Man sieht nicht, daß das Haar gefärbt ist. Frei von all. schädl. einwirk. Bestandteil
Kopp & Joseph, Parfümeriefabr. Berlin W. 30

Nr. 179 ◆ 40. Jahrgang

Beilage des Vorwärts

Mittwoch, 18. April 1923

Der Bärenzwinger.

„Petz iſt wieder da!" So heißt es in Gellerts prächtiger Fabel, welche noch zu meiner Knabenzeit in Schulbüchern ſtand und uns viel Vergnügen machte. Bären bekamen wir damals häufiger zu ſehen, namentlich wenn ſie in Geſellſchaft von Kamelen, Affen und Stachelſchweinen von braunen Slowaken durch Stadt und Land geführt wurden und zu den Klängen des Dudelſackes ihre burlesken Tänze aufführten. Das iſt nun freilich ſchon ſehr lange her, und ſeitdem ſind ſolche Banden ſelten geworden. Wer heute lebende Bären ſehen will, muß Zoologiſche Gärten beſuchen, die ja leider auch ſchon auf den Ausſterbeetat geſetzt ſind.

Der Berliner Zoo beſitzt noch eine recht hübſche Bärenkolonie, der während des Weltkrieges durch wohlangebrachte Schenkungen wiederholt nachgeholfen worden iſt. Wir Alten erinnern uns noch lebhaft des einſtigen Bärenzwingers im Südweſten des Gartens, der immerhin zweckmäßig angelegt war, aber auf die Dauer für die zunehmende Zahl der Inſaſſen nicht mehr ausreichte und dieſe daher an den neuen ſtattlichen Bau am Oſtende abgeben mußte, der, umgeben von ſchattigen Bäumen, meiſt den vom Tiergarten nahenden Beſuchern zuerſt in die Augen fällt. Freilich, ſo manche Bärenart, die wir früher hier bewunderten, iſt nicht mehr vorhanden, ſo der große ſchwarze Baribal aus Nordamerika, der unheimliche graue oder Grislybär, über den in Indianergeſchichten ſo viel erzählt und auch geflunkert wird, und der zierliche Hufeiſenbär von den Malaiiſchen Inſeln. Dafür aber haben wir noch unſeren biederen braunen Bären in einer Anzahl von meiſt recht geſunden und kräftigen Exemplaren. Da er im öſtlichen Europa und gar erſt in Aſien noch ziemlich ſtark verbreitet iſt, auch die gute Eigenſchaft beſitzt, ſich in der Gefangenſchaft tapfer zu vermehren, brauchen wir nicht zu befürchten, daß unſer Zoo ihn jemals ganz miſſen wird. Der derbe, ſchwerfällige Geſelle mit dem braunen zottigen Pelz und dem gemütlich tölpiſchen Weſen liegt gewöhnlich in träger Ruhe zuſammengekauert, klettert aber auch oft auf dem künſtlichen Baum umher und richtet ſich bittend auf die Hinterbeine, wenn Beſucher, namentlich Kinder ihm Futter anbieten und ihm das übliche „Mach' ſchön!" zurufen. Früher war ein Stückchen Zucker ſeine Hauptpaſſion, wurde ihm aber bei der großen Zuckerknappheit immer ſeltener zuteil, und er mußte ſich mit Mohrrüben und, wenn es hoch kam, Brot begnügen. Während dieſe braunen Bären noch aus verhältnismäßiger Nähe ſtammen und in Menagerien und Zoologiſchen Gärten zu den häufigſten Erſcheinungen gehören, mahnt uns an ferne Gegenden der Kirgiſenbär, von dem wir ein kräftiges Exemplar beſitzen. In den weiten, von wilden Horden bewohnten Steppen Vorderaſiens iſt er heimiſch und beweiſt, daß dieſe doch nicht ſo tierarm ſind, wie man gewöhnlich annimmt. Gewiſſermaßen den Glanzpunkt, eben ſchon durch ſeine glänzend weiße Außenſeite, bildet aber der Eisbär, der im mittleren Teil des Zwingers hauſt und auch den Paſſanten außerhalb des Gartens ſichtbar wird. „Der Eisbär lebt nur in Sibirien," heißt es im Liede, doch iſt dies nicht zutreffend, da er im arktiſchen Amerika viel häufiger vorkommt als im nördlichen Aſien. Es war für unſeren Garten ein harter Schlag, als ihm bald nach Beginn des Weltkrieges der letzte Eisbär ſtarb, und faſt ſchien es, als ſollte kein Erſatz geſchafft werden. Doch da trat ein wackerer Gönner auf und ſchenkte uns ein neues Exemplar, die große Eisbärin, die ſich in ihrem ſchlanken Körperbau und ihrer ſtolzen Haltung wie die Königin des Zwingers ausnimmt. ch.

Das „Mädchen im Spiegel" vor Gericht.

Großes Aufſehen erregte in Kunſtkreiſen ſeinerzeit die Beſchlagnahme des auf der juryfreien Ausſtellung ausgeſtellten Bildes des bekannten Düſſeldorfer Kunſtmalers Otto Dix: „Mädchen im Spiegel". Das Bild ſtellt eine vor einem Spiegel ſtehende und ſich in demſelben ſpiegelnde ältliche halbentkleidete Kokotte dar. Auf eine Anzeige hin war das Bild, nachdem es mehrere Wochen unbeanſtandet öffentlich ausgeſtellt worden war, als unzüchtig beſchlagnahmt worden. Gegen den Maler war ein Strafverfahren auf Grund des § 184 (Verbreitung unzüchtiger Schriften) erhoben worden. In dieſer Sache ſtand geſtern vor der Strafkammer des Landgerichts I Termin zur Verhandlung an. Als Sachverſtändige waren eine Reihe bekannter Künſtler, Kunſtſchriftſteller und Kunſthändler geladen. Die Verhandlung ſtieß aber auf Schwierigkeiten. Die Verteidiger des Angeklagten, Rechtsanwalt Wolfgang Heine und Obuch-Düſſeldorf, beanſtandeten den Gerichtshof als befangen, da drei Mitglieder der Strafkammer, darunter der Vorſitzende Landgerichtsdirektor Toelk, an einem Beſchluß mitgewirkt hatten, der eine Beſchwerde gegen den Entſcheid des Amtsgerichts, daß das Bild als unzüchtig zu betrachten ſei, zurückwies. Dadurch hätten die drei Richter ihren Standpunkt derart feſtgelegt, daß ſie nicht mehr als unbefangen betrachtet werden könnten. Zur Entſcheidung dieſes Einſpruches wurde die Verhandlung mehrere Stunden ausgeſetzt. Die drei abgelehnten Richter erklärten, daß ſie ſich zwar perſönlich nicht für befangen hielten, wohl aber den Einſpruch des Angeklagten als berechtigt zugeben müßten. Es war nunmehr nötig, eine neue Kammer zu bilden. Da das aber geſtern nicht mehr möglich war, wurde ſchließlich der Termin vertagt und die Verhandlung wird erſt im Mai ſtattfinden.

Das kommuniſtiſche Sitzungsprotokoll.

Wieder einmal ein Reinfall der Deutſchnationalen.

Politiſche Schwindeleien wurden dem 23jährigen berufsloſen Wilhelm Bergholz zur Laſt gelegt, der ſich geſtern vor der 7. Strafkammer des Landgerichts I unter der Anklage des Betruges zu verantworten hatte, wobei es ſich ſchließlich ergab, daß es deutſchnationale ehemalige Offiziere waren, die ahnungslos dem Schwindler glatt auf den Leim krochen.

Bergholz iſt ein Hochſtapler, der in der Oeffentlichkeit durch ſeine Schwindelmanöver ſchon viel genannt worden iſt. Nach der Revolution gelang es ihm, der im Gefängnis ſaß, ſich die Freilaſſung aus dem Bremer Gefängnis zu erſchwindeln, indem er vorgab, daß er wichtige politiſche Enthüllungen machen könnte. Seine Enthüllungen beſtanden in Aktenſtücken in ſogenannter Heinzelmännchenſchrift, eine Geheimſchrift eigener Erfindung und waren natürlich gefälſcht. Im April 1922 trat er an die Deutſchnationale Volkspartei unter dem Namen von Witteck mit der Angabe heran, er gehöre der Kommuniſtiſchen Partei an, wolle ſich an dieſer rächen und ſei in der Lage, geheimes Material über bevorſtehende Aktionen zu liefern. Auch hierüber gab er Aktenſtücke in ſeiner Heinzelmännchenſchrift. Im Auftrage der Deutſchnationalen Volkspartei ſetzten ſich Major a. D. Hederich und Major a. D. Schnorrenpeil mit ihm in Verbindung. Auch dieſen übergab er ein umfangreiches Schriftſtück, das das Sitzungsprotokoll einer kommuniſtiſchen Geheimſitzung enthielt und mit 67 Unterſchriften verſehen war. Das Protokoll ſollte eine Sitzung des Bewaffnungsausſchuſſes der kommuniſtiſchen Internationale enthalten. Für dieſe Schriftſtücke erhielt der Angeklagte 12 000 Mk. Vor Gericht behauptete der Angeklagte, daß er nicht in gewinnſüchtiger Abſicht vorgegangen ſei, ſondern daß er im Auftrage der Kommuniſtiſchen Partei die Spitzeltätigkeit der Deutſchnationalen Volkspartei habe eruieren wollen. Er gab aber zu, die Protokolle ſelbſt angefertigt zu haben. Staatsanwaltſchaftsrat Dr. Burchardi beantragte ein Jahr ſechs Monate Gefängnis. R.-A. Dr. Halter hielt es nicht für widerlegt, daß der Angeklagte im Auftrage der Kommuniſtiſchen Partei gehandelt habe, um die Spitzeltätigkeit der Deutſchnationalen im kommuniſtiſchen Lager zu entlarven. Daß der Angeklagte die 12 000 M. angenommen habe, ſei nicht auf Betrugsabſicht zurückzuführen, ſondern eine Folge ſeines Planes. Wenn er dieſen durchführen wollte, mußte er auch eine Bezahlung für die umfangreichen Schreibarbeiten annehmen. Das Gericht kam zu einer Freiſprechung, da der Gegenbeweis fehle, daß der Angeklagte nicht bei der Kommuniſtiſchen Partei Verbindungen gehabt habe. Das Schriftſtück enthalte Einzelheiten, die erſt am nächſten Tage in den Zeitungen geſtanden hätten, ſo daß der Angeklagte irgendwelche Beziehungen gehabt haben müßte. Im übrigen habe der Angeklagte die 12 000 M. nicht gefordert, ſondern ſie ſeien ihm freiwillig gegeben worden.

Eine „Gans" für hunderttauſend Mark.

Eine außergewöhnlich hohe Strafe verhängte das Schöffengericht Berlin-Mitte gegen eine Frau F. wegen Beleidigung einer Fahrkartenverkäuferin. Als eines Tages am Bahnhof Alexanderplatz an einem Schalter großer Andrang herrſchte, und das Publikum ſehr lange warten mußte, geriet Frau F. über die ihrer Meinung nach zu langſame Abfertigung in gewaltigen Zorn und machte der Fahrkartenverkäuferin Vorhaltungen, die von dieſer energiſch zurückgewieſen wurden. In ihrer Erregung ließ ſich Frau F. hinreißen, die Fahrkartenverkäuferin „dumme Gans" zu nennen. Sie wurde feſtgeſtellt und bekam vom Staatsanwalt Anklage wegen öffentlicher Beamtenbeleidigung. R.-A. Bolinſki ſprach ſein Erſtaunen aus daß die Staatsanwaltſchaft in der heutigen Zeit ſich mit derartigen Bagatellſachen befaſſe und öffentliche Anklage erhob. Das Gericht hielt einen energiſchen Schutz der Beamtin für angebracht und verhängte über die Angeklagte nicht weniger als 100 000 M. Geldſtrafe.

Die Prozeſſe des Herrn v. Kähne.

Wie bereits kurz gemeldet, hat der berüchtigte Schloßherr am Schwielowſee, Karl v. Kähne, gegen eine ganze Reihe von Zeitungen Beleidigungsprozeſſe angeſtrengt wegen der Erörterungen, die in der Preſſe an den Fall des Arbeiters Rietert aus Glindow geknüpft wurden. Wie erinnerlich, wurde das Verfahren gegen Kähne damals eingeſtellt, weil das Gericht auf Grund der Unterſuchung zu der Ueberzeugung kam, daß er Rietert, den er beim Holzdiebſtahl betroffen hatte, in der Notwehr durch einen Schuß zu Boden geſtreckt hatte. Der erſte dieſer Beleidigungsprozeſſe fand jetzt vor dem Schöffengericht in Brandenburg gegen den Redakteur Seling von der „Brandenburger Zeitung" ſtatt. Kähne war zur Verhandlung nicht ſelbſt erſchienen, ſondern ließ ſich durch ſeinen Rechtsbeiſtand Juſtizrat Joſefſohn-Potsdam vertreten. Das Urteil gegen Seling lautete auf 30 000 M. Geldſtrafe wegen übler Nachrede und formaler Beleidigung. In der Urteilsbegründung wurde betont, daß die gerichtliche Unterſuchung feſtgeſtellt habe, Kähne hätte in der Notwehr gehandelt und alle gegenteiligen Behauptungen widerſprächen der Wahrheit.

Gegen Herrn v. Kähne ſchwebt bekanntlich noch immer ein Verfahren wegen des Falles Laaſe, des Pächterſohnes, der im Petzower Forſt als Leiche aufgefunden worden war. In dieſer Angelegenheit ſind ſeitens der Potsdamer Staatsanwaltſchaft noch weitere Ermittlungen angeſtellt und in der letzten Zeit mehrere neue Zeugen vernommen worden. Ob nach dem bisherigen Stand der Unterſuchung das Hauptverfahren gegen Kähne wegen Totſchlags eröffnet werden wird, ſteht bisher noch nicht feſt.

Mietsvorſchüſſe auf Betriebskoſten.

Von den Mietern wird vielfach die Zahlung der gemäß § 5a Abſatz 1 der Berliner Bekanntmachung zum Reichsmietengeſetz von den Vermietern geforderten Vorſchüſſe auf die am Ende jedes Vierteljahres umzulegenden Hausbetriebskoſten abgelehnt. Verſchiedentlich ſind bereits die ordentlichen Gerichte zur Entſcheidung über dieſe Streitfrage angerufen worden. Nunmehr hat, wie das ſtädtiſche Zentralamt für Wohnungsweſen mitteilt, der preußiſche Miniſter für Volkswohlfahrt in Erlaſſen vom 8. und 19. März 1923 zu dieſer Frage Stellung genommen. Er hat ſich damit einverſtanden erklärt, daß in den von den Gemeinden auf Grund der Ausführungsanweiſung zum Reichsmietengeſetz erlaſſenen Verordnungen ein angemeſſener Prozentſatz der Grundmiete, höchſtens aber in Höhe von vier Fünfteln der vormonatlich entſtandenen Betriebskoſten beſtimmt wird, den der Vermieter als monatlichen Vorſchuß auf die gemäß 4 der Ausführungsanweiſung zu § 3 Abſ. 1 Ziffer 2 und § 4 umzulegenden Betriebskoſten oder Nebenleiſtungen verlangen darf. In gleicher Weiſe hat er ſich mit der Erhebung eines vierteljährlichen Vorſchuſſes einverſtanden erklärt, der ebenfalls höchſtens vier Fünftel der im vergangenen Vierteljahr entſtandenen Betriebskoſten betragen darf. Der von dem Magiſtrat Berlin in ſeiner Bekanntmachung vom 30. Dezember 1922 zum Reichsmietengeſetz feſtgeſetzte Vorſchuß in Höhe der fünfzehnfachen Grundmiete und der in der Bekanntmachung vom 28. Februar 1923 feſtgeſetzte Vorſchuß in Höhe der fünfzigfachen Grundmiete erreichen bei weitem nicht die in den vorſtehenden Erlaſſen genannte Höchſtgrenze. Es iſt ſelbſtverſtändlich, daß der größte Teil der Vermieter nicht für ein Vierteljahr die aus der Verwaltung des Hauſes entſtehenden Koſten ohne Leiſtung von Vorſchüſſen ſeitens der Mieter decken kann; andererſeits liegt auch inſofern für die Mieter ein erhebliches Intereſſe für die Zahlung der Vorſchüſſe vor, als der auf ſie bei der am Vierteljahresende erfolgenden Umlage der Betriebskoſten entfallende Anteil bereits in erheblichem Maße durch die Vorſchußzahlungen gedeckt iſt.

Stiefelputzers Pech.

Eine 12köpfige Geſellſchaft von Einbrechern, Dieben und Betrügern wurde von der Kriminalpolizei unſchädlich gemacht. An ihrer Spitze ſtand ein 22 Jahre alter „Architekt" Rudolf Luzie. Die Bande verkehrte ſtändig im Weſten Berlins in Hotels, Cafés und Lokalen, deren Stammgäſte durchweg zu den Kokainſchnupfern zählen. So erfuhr Luzie, daß in einem Geſchäft in der Kalkreuthſtraße viel zu holen ſei. Er brach dann auch mit einem Max Werner und anderen

---

(Nachdruck verboten. Der Malik-Verlag, Berlin.)

Drei Soldaten.

88]

Von John dos Paſſos.

Aus dem amerikaniſchen Manuſkript überſetzt von Julian Gumperz.

Nach einer langen Zeit begann er an Geneviève Rod zu denken. Er hatte eine lange Konverſation mit ihr über Muſik, und in ſeiner Einbildung ſagte ſie zu ihm immer wieder, daß er die Königin von Saba fertigſtellen müſſe und daß ſie das Stück Monſieur Gibier geben werde, der Verbindung mit einer Konzertdirektion habe. Wie lange mußte es ſchon her ſein, daß ſie über ſo etwas geſprochen hatten.

Großer Gott, werde ich mein ganzes Leben lang an dieſe Dinge denken müſſen? „Bringt dem Kerl das Salutieren bei," hatte der Offizier geſagt, und Handſome war an ihn herangetreten und hatte ihn geſchlagen. Werde ich mein ganzes Leben daran denken müſſen?

„Wir haben die Uniform an ein paar Steine gebunden und über Bord geworfen," ſagte Roſaline und ſtieß ihn an der Schulter, um ſeine Aufmerkſamkeit zu erregen.

„Das war ein guter Gedanke."

„Wollen Sie aufſtehen? Es iſt faſt Eſſenszeit. Wie haben Sie geſchlafen?"

„Ja, aber ich habe nichts anzuziehen," ſagte Andrews lachend und fuhr mit einem nackten Arm durch die Luft.

„Warten Sie, ich werde irgend etwas von den Sachen des alten Mannes holen. Sagen Sie, haben alle Amerikaner ſo weiße Haut wie Sie? Schauen Sie!"

Sie legte ihre braune Hand auf Andrews Arm, der ganz weiß dagegen ſtand.

„Das iſt nur, weil ich blond bin," ſagte Andrews. „Es gibt doch auch blonde Franzoſen, nicht?"

Roſaline rannte kichernd weg und kam nach einem Augenblick mit ein paar Hoſen und einem zerriſſenen Flanellhemd, das nach Tabakspfeife roch, zurück.

„Das iſt für jetzt gut genug," ſagte ſie. „Es iſt heute für April recht warm. Heute nacht werden wir Kleider und Schuhe kaufen."

„Wo fahren Sie hin?"

„Gott, ich weiß nicht. Wir fahren nach Havre."

Sie legte beide Hände an den Kopf und begann ihr wirres rotes Haar in Ordnung zu bringen.

„O, mein Haar," ſagte ſie. „Das iſt das Waſſer, wiſſen Sie. Man kann in dieſen Kähnen nicht anſtändig ausſchauen. Sagen Sie mal, Amerikaner, warum bleiben Sie nicht eine Weile mit uns? Sie können dem alten Mann helfen das Boot führen."

Er fand plötzlich, daß ihre Augen mit zitterndem Eifer in die ſeinen gerichtet waren.

„Ich weiß nicht, was ich tun ſoll," ſagte er ſorglos. „Ob es ſicher iſt, an Deck zu gehen?"

Sie wandte ſich keck fort und ging die Leiter vor ihm hinauf.

„Ah, da iſt der Kamerad!" rief der alte Mann, der ſich mit aller Kraft gegen die Ruderpinne ſtemmte.

„Komm, hilf mir!"

Der Kahn war der letzte von vier, die in dem ſilbrigen Fluß eine große, weite Kurve beſchrieben. Andrews atmete den feuchten Geruch des Fluſſes ein und ſtemmte ſich in die Pinne hinein und beantwortete des alten Mannes kurze Fragen. Er blieb bei der Pinne, als die übrigen hinunter in die Kabine zum Eſſen gingen. Die blaſſen Farben und das ziſchende Geräuſch des Waſſers und die blaugrünen Ufer, die vorbeiglitten, beruhigten ihn faſt wie ein tiefer Schlaf. Doch ſie ſchienen nur ein Schleier zu ſein, der andere Wirklichkeiten bedeckte, wo Männer endlos in Reihen aufmarſchiert ſtanden, mit Beinen, die man alle gleich lang gemacht hatte auf den Drillplätzen, die alle dieſelbe Kleidung trugen und ſich von derſelben Hierarchie polierter Offizierskoppel, polierter Gamaſchen und Mützen mit ſteifen Schirmen mißhandeln laſſen mußten, die in dem ungeheuren Bureau voller Indexkarten und Kartothekkäſten ein genau kontrolliertes Leben führten, ein Schleier vor einer Welt voll vom Trampeln marſchierender Füße, in der kalte Stimmen immerzu ſagten: „Bringt den Kerls das Grüßen bei." Wie ein Vogel in einem Netz, ſo ſuchte Andrews ſich von dieſem Gedanken zu befreien.

Dann dachte er an den Tiſch in ſeinem Zimmer in Paris, wo ſein Notenpapier aufgehäuft lag, und er fühlte: es gibt nichts auf der Welt, was dem gleichgeſtellt werden kann: arbeiten.

Da ſtand er in die große Pinne hineingeſtemmt, ſah auf die blaugrünen Pappeln, die vorbeiglitten, fühlte den feuchten Geruch vom Fluß und dachte an nichts. Nach einer Weile kam der alte Mann aus der Kabine herauf mit rotem Geſicht und pufſte Wolken von Rauch aus ſeiner Pfeife.

„Gut, junger Kerl, geh' runter und iß," ſagte er.

Andrews lag flach auf dem Bauche auf Deck, das Kinn feſt in beide Hände geſtützt. Der Kahn war zwiſchen anderen Kähnen am Ufer feſtgemacht. Neben ihm bellte ein kleiner, haariger Hund wütend. Es war faſt dunkel, und durch den perligen Nebel, der aus dem Fluß aufſtieg, ſchien rotes Licht aus den Gaſtſtuben am Ufer. Ein Streifen Neumond zitterte in der Luft hinter den Pappeln. In all den verzweifelten Gedanken trat plötzlich die Erinnerung an den jungen Kameraden ihn an. Der hatte einen Fordwagen für fünfhundert Frank geſtohlen, war mit einem Mann, der einen Lebensmittelzug verkauft hatte, davongegangen und wollte italieniſche Filme ſchreiben. Kein Krieg konnte Leute wie dieſe unterkriegen. Andrews lächelte und ſchaute in das ſchwarze Waſſer. Seltſam, der Junge war wahrſcheinlich tot, und er, John Andrews, lebte und war frei. Und hier lag er nun verdrießlich und wimmerte noch über altes Unrecht. „Um Gottes willen, ſei ein Mann," ſagte er zu ſich ſelbſt. Er ſtand auf.

In der Kabinentür ſpielte Roſaline mit dem Papagei.

„Gib mir einen Kuß, Coco," ſagte ſie mit ſchläfriger Stimme. „Nur einen kleinen Kuß. Nur einen kleinen Kuß für Roſaline. Arme, kleine Roſaline."

Der Papagei, den Andrews in der Dämmerung kaum ſehen konnte, lehnte ſich an ſie und flatterte mit den Flügeln. Roſaline erblickte Andrews.

„Oh, ich dachte, Sie wären gegangen mit dem Alten einen trinken!" rief ſie.

„Nein, ich bin hier geblieben."

„Lieben Sie dies Leben?"

Roſaline ſetzte den Papagei wieder in ſeinen Käfig, wo er, von einer Seite auf die andere ſchwankte und proteſtierend ſchrie: „Das Bürgervolk an die Laterne, Donnerwetter!"

„Oh, es muß ein wundervolles Leben ſein. Dieſer Kahn erſcheint mir wie ein Himmel nach dem Armeeleben."

„Aber man bezahlt euch doch gut, euch Amerikaner."

„Sieben Frank den Tag."

„Das iſt ja richtiger Luxus."

„Ja, um den ganzen Tag herumkommandiert zu werden!"

„Aber ihr habt gar keine Ausgaben. Es iſt ein reiner Verdienſt. Ihr Männer ſeid ſeltſam. Der Alte iſt auch ſo. Es iſt ſchön, hier ſo ganz allein, nicht wahr, Jean?"

Andrews antwortete nicht. Er dachte daran, was Geneviève Rod ſagen wird, wenn ſie erfährt, daß er deſertiert ſei.

(Fortſetzung folgt.)

ein, nachdem er ſich genau unterrichtet hatte. In aller Ruhe kochten ſich die nächtlichen Beſucher im Keller Kakao, verzehrten dazu verſchiedene Delikateſſen und nahmen endlich für 7 Millionen Mark Waren mit. Auch ein Scheckbuch fiel den Einbrechern hier in die Hände. Nachdem das Geld aus dem Erlös der Beute wieder durchgebracht war, wollte man ſich mit Hilfe dieſes Buches neues verſchaffen. Luzie füllte einen Scheck über 250 000 M. aus und übergab ihn einem Mitglied der Bande, einem ehemaligen Stiefelputzer vom Potsdamer Platz, der aber damit Pech hatte. Die Unterſchrift erweckte Verdacht. Der Stiefelputzer wurde feſtgenommen und jetzt das ganze Treiben der Geſellſchaft aufgedeckt. 12 Mann wurden verhaftet. Aus einem Buche, das man bei Luzie fand, geht hervor, daß die Beute ſtets in Cafés an die Gäſte verkauft wurde und daß der Häuptling ſtreng auf genaue Abrechnung hielt. Mitteilungen nimmt Kriminalkommiſſar Quoos im Zimmer 96 des Polizeipräſidiums entgegen.

Mordverſuch auf die Ehefrau.

Geſtern nachmittag gegen 5 Uhr wurde der 55 Jahre alte Schriftſetzer Friedrich Somnitz, in Stralau, Friedrich-Junge-Straße, wohnhaft, im Friedrichshain in der Nähe des Großen Teiches durch die Schutzpolizei feſtgenommen, weil er dort auf ſeine 29 Jahre alte Ehefrau Agnes mittelſt Trommelrevolvers fünf Schüſſe abgegeben hatte. Zwei trafen die Frau in den Kopf und ſtreckten ſie zu Boden; ſie wurde ſchwer verletzt in das Krankenhaus Friedrichshain gebracht. Der Arzt ſtellte lebensgefährliche Kopfſchüſſe feſt. Das Motiv zur Tat ſind Eheſtreitigkeiten. Der Ehemann wurde nach dem Polizeirevier 82 übergeführt. Der Täter hatte die Piſtole fortgeworfen und ließ ſich ruhig feſtnehmen.

Die Verſchlechterung der Arbeitsmarktlage ſchreitet weiter fort. Die Zahl der Arbeitſuchenden iſt nach dem Bericht des Berliner Landesamtes für Arbeitsvermittlung über die Arbeitsmarktlage in der Zeit vom 9. bis 14. April 1923 ganz erheblich geſtiegen. Es waren 95 537 Arbeitſuchende bei den Arbeitsnachweiſen gemeldet gegen 87 962 der Vorwoche, alſo eine Zunahme von 7575. Die Nachfrage nach Arbeitskräften für die Landwirtſchaft erhöhte ſich. Auch bei Technikern, Werkmeiſtern und Ingenieuren nimmt die Arbeitsloſigkeit zu.

Die Bäderverteuerung erſchwert es der Arbeiterjugend außerordentlich, den der Geſundheit ſehr dienlichen Schwimmſport zu pflegen. Daher hat die ſozialdemokratiſche Stadtverordnetenfraktion folgenden Dringlichkeitsantrag eingereicht: „Die Stadtverordnetenverſammlung beſchließt, den Preis des Schwimmbades für Jugendliche auf 500 Mark, den Preis für einen reſervierten Abend für Sportvereine (1½ Stunden) auf 15 000 herabzuſetzen.“

Die Angelegenheit Wolpe iſt vom Bezirksamt Berlin-Wilmersdorf durch Vermittlung des Zentralamtes für Wohnungsweſen dem Oberpräſidenten auf deſſen Erfordern zur Prüfung unterbreitet worden, die ſich auf alle mit der Angelegenheit zuſammenhängenden Fragen erſtrecken wird.

Für die Angehörigen von taubſtummen, ertaubten, ſchwerhörigen und ſprachleidenden Kindern im vorſchulpflichtigen Alter hält mit Genehmigung des Ausſchuſſes für das Taubſtummenweſen der Direktor der Taubſtummenſchule, Schorſch, in ſeinem Arbeitszimmer (Berlin, Markusſtr. 49) jeden Freitag von 11—1 Uhr eine pädagogiſche Sprechſtunde ab.

Gemeinſchaft proletariſcher Freidenker Groß-Berlins. 2. proletariſche Freidenkerſchule Freitag, den 20. April, abends 7½ Uhr, Neukölln, Rütliſtraße. Leiter Genoſſe Lehrer Friedag: Praktiſche Erziehungsfragen.

Die Bezirksführer des Vereins für Feuerbeſtattung und die Funktionäre der Parteien und Gewerkſchaften, welche aufklärende Referate auf dem Gebiete des Freidenkertums, der Entwicklungsgeſchichte der ſozialiſtiſchen Ethik uſw. wünſchen, werden gebeten, ſich ausſchließlich an unſere Geſchäftsſtelle Genoſſen Hans Münnich, Berlin SO, Muskauer Str. 38, rechtzeitig, d. h. mindeſtens acht Tage vor dem betreffenden Termin, zu wenden.

Rück- und Ausblick in der Kriegsgefangenenfrage. Ueber dieſes Thema ſpricht am Freitag, 20. April, 8 Uhr abends in den Hohenzollernfeſtſälen Charlottenburg, Berliner Str. 105, zum Abſchied der langjährige Berliner Vorſitzende Großmann auf Einladung der Ortsgruppe Charlottenburg der Reichsvereinigung ehem. Kriegsgefangener. Alle ehem. organiſierten und unorganiſierten Kriegsgefangenen werden auf dieſe Veranſtaltung hingewieſen und gebeten, zu erſcheinen.

Letztes Konzert der Kunſtgemeinde Neukölln. Das Volksbildungsamt Neukölln veranſtaltet am Freitag, den 20. April, abends 8 Uhr, im großen Saale der „Neuen Welt“, Haſenheide, einen Konzertabend. Mitwirkende: Margarete Arndt-Ober (Staatsoper), Elſe v. Catopol (Staatsoper), Kammerſänger Waldemar Henke, Kammerſänger Alexander Kirchner, Theodor Scheidl (Staatsoper) und Kapellmeiſter Clemens Schmalſtich mit ſeinem Orcheſter. Eintrittspreiſe: Mitglieder 650 M., Gäſte 850 M. Mitgliedsmarken und Gaſtkarten in den bekannten Verkaufsſtellen ſowie beim Pförtner der „Neuen Welt“.

Jugendweihe Neukölln. Anmeldungen zur Jugendweihe werden in den Vorwärtsſpeditionen Neckarſtr. 2 und Siegfriedſtr. 29 entgegengenommen. Anmeldegebühr 50 M.

Neuanmeldung von Milchkarten. Das Ernährungsamt der Stadt Berlin teilt mit: Die bereits in dem Beſitz der Milchbezugsberechtigten befindlichen Milchkarten für den Monat Mai müſſen bis zum 24. April in den Milchkleinhandelsgeſchäften und in den Abmelkwirtſchaften (Kuhſtällen) neu angemeldet werden.

Märkiſche Leichtathletik-Vereinigung. Morgen, Mittwoch, abends 7 Uhr, Fichte-Diele, Treptow, erweiterte Sportausſchußſitzung.

Vorträge, Vereine und Verſammlungen.

Geſellſchaft für republikaniſch-demokratiſche Politik. Paſtor Francke und Stadtrat Alfons Horten ſprechen Mittwoch, 8 Uhr abends, im Zeichenſaal der Schule Kochſtr. 13. In der Diskuſſion ſpricht u. a. H. v. Gerlach. Gäſte willkommen.

Zentralverband der Freibad-Vereine Groß-Berlins. Freitag, den 20. April, abends 7 Uhr, öffentliche Verſammlung in der Aula Weinmeiſterſtr. 16—17. Tagesordnung: Der Zentralverband der Freibad-Vereine und ſeine Bedeutung für die Volksgeſundheit.

Verein der Freidenker für Feuerbeſtattung, e. V. 3. Bezirk: Freitag, den 20. April, abends 7 Uhr, in den Pharusſälen, Müllerſtraße (Großer Saal), öffentliche Verſammlung mit dem Lichtbildervortrag über „Feuerbeſtattung“.

Briefkaſten der Redaktion.

Grafuman. Deutſcher und öſterreichiſcher Alpenverein, Sektion Mark Brandenburg, SW. 48, Wilhelmſtr. 111; Touriſtenverein „Die Naturfreunde“, Obmann F. Barthelmann, SO. 36, Skalitzer Str. 123 II. — **B. B., Neuenhagen.** Kommen Sie mit dem Manuſkript abends nach 6 Uhr in die Redaktion. — **Geburtsurkunde aus Mecklenburg.** Die von Ihnen mitgeteilte Angelegenheit wäre wahrſcheinlich längſt in unſerem Blatt beſprochen worden, wenn uns Ihre Wohnung bekannt wäre. Weil uns eine perſönliche Rückſprache mit Ihnen nötig ſchien, baten wir Sie durch Briefkaſtennotiz in Nr. 146 vom 28. März um Angabe Ihrer Adreſſe. Offenbar haben Sie dieſe Anfrage nicht bemerkt, denn auch Ihre jetzt bei uns einlaufende Poſtkarte, die um Auskunft über den Grund der Nichtveröffentlichung bittet, gibt wieder nicht Ihre Wohnung an.

Lebensmittelpreise des Tages.

Zufuhr: Fleisch ausreichend, Geschäft mäßig. Fische ziemlich ausreichend, Geschäft rege. Obst und Gemüse reichlich, Geschäft rege.

Am Dienstag galten in der Zentralmarkthalle folgende Kleinhandelspreise:

Rindfleisch 2800—3300 M., ohne Knochen 3400—4300 M. **Schweinefleisch** 3500—4000 M. **Kalbfleisch** 3000—4200 M. **Hammelfleisch** 3000 bis 4000 M. **Rindertalg** 2800—3100 M. **Schellfisch** 800—1100 M. **Kabeljau** 600—1000 M. **Grüne Heringe** 400—600 M. **Dorsch** 350 bis 550 M. **Rotzungen** 1200—1500 M. **In Eis: Schleie** 2100—2500 M. **Hechte** 1400—2300 M. **Plötzen** 600—1200 M. **Lebende Schleie** 3500 bis 4300 M. **Hechte** 1800—3100 M. **Naturbutter** 7400—9000 M. **Margarine** 2100—3100 M. **Schweineschmalz** 3100—3900 M. **Eier** 290—320 M. das Stück. **Maisgrieß** 750—800 M. **Buchweizengrütze** 1000—1100 M. **Backobst:** Birnen 500 M., Pflaumen 750—1500 M., Gemischtes 700—1200 M. **Weißkohl** 200—250 M. **Wirsingkohl** 220—250 M. **Kartoffeln** 300 bis 400 M. zehn Pfund. **Äpfel** 300—700 M. **Zwiebeln** 90—110 M.

Beſchwerden

Das unzufriedene Berlin

Vorſchläge

„Soziale“ Einrichtungen.

Die minderbemittelten und bedrängten Mütter Berlins ſuchen für ihre kranken Kinder in der Charité in der Schumannſtraße 20—22 (Abt. Kinderklinik) Rat und Hilfe. Alles andere wird ihnen zuteil. Das Damenperſonal, das dem Arzt zur Hand geht, gebärdet ſich, als wenn alles Wohl und Wehe von ihm abhängig iſt. Eine Mutter wollte ihr krankes Kind unterſuchen laſſen; hatte aber ihre Karte, die man beim erſtmaligen Beſuch ausgehändigt erhält und die man bei jedem neuen Beſuch wieder vorzeigen muß, verloren. Darauf Vorwürfe. „Eine neue Karte bekommen Sie nicht, die koſtet uns allein hundert Mark und dann noch den Arzt frei, vielleicht wollen ſie gar noch die Straßenbahn erſetzt haben,“ bekundet die dienſttuende Schweſter. Zur Strafe werden ihr die Bücher vorgelegt, in denen die Patienten eingetragen werden. Nun ſuche, arme Mutter, bis du den Namen deines inzwiſchen fiebernden, vielleicht mit dem Tode ringenden Kindes unter den vielen Namen herausfindeſt. Wenn du Glück haſt, brauchſt du keine Karte mehr. Ich bin glücklicher Beſitzer einer Karte, auf der die Beſuchszeit von 4—5 Uhr nachmittags angegeben iſt. Mein zweijähriges Mädchen iſt ſeit drei Tagen krank und hat hohes Fieber. Wegen jeder Kleinigkeit rennt man nun nicht gleich zum Arzt. Weil aber das Fieber nicht nachließ, ging ich gleich des Morgens mit meiner Kleinen in die Charité. Dort ſpielte ſich folgender Wortwechſel mit der Empfangsdame ab, als ich mein Anliegen vorbrachte: „Sie können wohl nicht leſen, auf Ihrer Karte iſt doch die Beſuchszeit von 4—5 Uhr nachmittags angegeben.“ „Aber mein Kind hat doch ſchon ſeit einigen Tagen hohes Fieber.“ „Iſt ganz egal, ſie müſſen von 4—5 Uhr nachmittags kommen, und wenn Ihr Kind ſchon ſeit einigen Tagen Fieber hat, warum kamen Sie denn nicht geſtern nachmittag ſchon? Wenn auf der Karte drauf ſtände, es iſt Zucker abzuholen, dann würden Sie ſchon zur richtigen Zeit kommen!“ Ich drang doch darauf, daß mein Kind unterſucht wurde, weil doch für die Vormittagsſtunden die Unterſuchung im Gange war. Ich war die ſiebente Perſon an der Reihe. Man ließ mich bis zuletzt warten. Wahrſcheinlich, damit ich mir meine Beſuchszeit beſſer merken ſollte. Nach drei Stunden bangen Wartens kam endlich der Herr Doktor. Der Arzt ſagte ironiſch: „Ja, ſo geht's ſolchen Leuten, die ihre Beſuchszeit nicht abwarten können, Sie haben überhaupt Glück, daß ich noch hier bin.“ Dabei hatte ich drei volle Stunden auf ihn gewartet. Mit der Auskunft des Arztes wußte ich überhaupt nicht, was ich anfangen ſollte. Erſt als ich mich bei der Schweſter abmeldete und ſie fragte, was mit dem Kinde wäre, antwortete ſie mir: „Das Kind hat Lungenentzündung, machen Sie ſtubenwarme Umſchläge und legen Sie es ins Bett. Hierher können Sie mit dem Kinde nicht mehr kommen, das iſt zu weit, Sie müſſen ſich in der Nähe einen Arzt ſuchen.“ Dieſe Weisheit muß man ſich erſt nach ſtundenlangem Warten in der Charité holen. Nun weiß ich ſelbſt nicht mehr, warum ich in die Charité gegangen bin. H. K.

Charlottenburger Steuer-Myſterien.

Vorige Woche beſuchte mich der Gerichtsvollzieher, um einen Steuerreſt einzutreiben. Er fand mich nicht zu Hauſe, hinterließ aber ein Schreiben, in dem er verſprach, bei ſeinem nächſten Beſuch die Tür zu meiner Wohnung auf meine Koſten gewaltſam öffnen zu laſſen. Die Steuer, die er eintreiben will, habe ich bereits vor drei Monaten bezahlt. Ich gehöre nämlich zu dem weltberühmten „Finanzamt Charlottenburg-Oſt“, in dem ſeinerzeit die Steuerakten Erzbergers auf rätſelhafte, nie aufgeklärte Weiſe verſchwanden und in dem auch ſonſtige geheimnisvolle Begebenheiten ſich zutragen. Man höre weiter!

Drei Tage ſind vergangen. Die ſtolze Freude über den Beſuch des Vollziehungsbeamten zittert noch in meiner Seele nach, da werde ich wiederum durch ein ſteueramtliches Schreiben überraſcht. Diesmal handelt es ſich um eine Mahnung, die für 1922 rückſtändige Kirchenſteuer zu zahlen. Innerhalb einer Woche. Bei Vermeidung zwangsweiſer Einziehung. Ich bin einſt ohne mein Zutun in den Mutterſchoß der evangeliſchen Landeskirche hineingeboren worden, habe dieſen Mutterſchoß aber als nicht ganz zweckentſprechend ſchon vor 23 Jahren wieder verlaſſen. Ich teilte dieſes auf dem Steuerbureau mit, erhielt aber die Aufklärung, es handle ſich gar nicht um die evangeliſche Kirchenſteuer, ſondern um die jüdiſche. Nun ſtand ich ratlos da. Den Beweis, daß ich gewiſſen rituellen Anſprüchen nicht genüge, die die jüdiſche Kirche an ihre Angehörigen ſtellt, hätte ich zwar ſofort den auf dem Bureau amtierenden Herren und Damen liefern können. Da ich aber weiß, daß bei preußiſchen Behörden nur das gilt, was ſich bei den Akten befindet und es mir unmöglich war, das Beweisſtück auch nur auf wenige Tage und gegen Quittung zu den Akten zu geben, ſo mußte ich auf die definitive Klarſtellung verzichten und bin nun bis auf weiteres ſteuertechniſch der Synagoge verfallen. Wundern tut es mich nicht, denn ich gehöre zum Finanzamt Charlottenburg-Oſt. Es wird mich auch nicht wundern, wenn nächſte Woche ein paar tanzende Derwiſche meine Tür gewaltſam erbrechen, um den rückſtändigen Tribut für Allah und ſeinen Propheten einzutreiben. J. S.

Sind die Radfahrer „vogelfrei“!

Mit Vorliegendem möchten wir die Aufmerkſamkeit der Behörden auf die geradezu ſkandalöſen Zuſtände lenken, die ſich an Renntagen, beſonders Sonntagen, in der Frankfurter Allee abſpielen. Unbekümmert um das Leben ihrer Mitmenſchen raſen die Autoprotzen und Rennbahnſchieber zur Karlshorſter Rennbahn. Da in dieſem Jahre weit mehr Rennen ſtattfinden ſollen als in den Vorjahren, ſo können ſich die Bewohner des Oſtens und Friedrichsfelde noch auf nette Zuſtände an ſolchen Tagen gefaßt machen. Gegen Abend, wenn die Rennen vorbei ſind, iſt es noch weit ſchlimmer, weil die Autler auf einmal zurück wollen. Zu Zweien, Dreien raſen ſie nebeneinander durch die Straßenzüge, damit jeder nur möglichſt ſchnell zu ſeiner Schlemmerſtätte kommt. Auch die Autobuſſe ſeien hiermit genannt! Nicht zu vergeſſen die eleganten Breaks! Dafür ein Beiſpiel: Am Oſtermontag, mittags 1½ Uhr fuhr eine Abteilung des Arb.-Radf.-Bundes „Solidarität“ ziemlich langſam und im geſchloſſenen Zuge die Frankfurter Allee entlang. Vor der Eckertſchen Fabrik fuhr ein elegantes Fuhrwerk mitten auf dem Fahrdamm. Damit wir nicht von hinten angefahren wurden, rief unſer Fahrwart dem Lenker des Fuhrwerks zu, er ſolle doch ein wenig nach rechts fahren. Die Antwort war ein Peitſchenhieb! Selbſtredend ſetzte ſich unſer Genoſſe energiſch zur Wehr und da der Lenker des Fuhrwerks immer noch weiter mit der Peitſche ſchlug und ſein Begleiter ihm dabei ſekundierte, ſo entwickelte ſich am hellen Tage mittags 1½ Uhr eine regelrechte Schlägerei. Leider ergriffen auch einige anſcheinend dem Arbeiterſtande angehörende Paſſanten für dieſe Rennbahnſchieber Partei. Wir möchten nun die Frage aufwerfen: Gehören an ſolchen Tagen dieſer übermütigen Schiebergeſellſchaft ganze Straßenzüge? Kann nicht dem übermäßig ſchnellen Fahren endlich Einhalt getan werden? Rückſichtslos muß hier durchgegriffen werden. Leider muß auch in unſerem Falle feſtgeſtellt werden, daß Polizei erſt dann zur Stelle war, als wir ſchon ſelbſt Polizei geſpielt hatten. Auch möchten wir an dieſer Stelle immer wieder auf die mangelhafte Nummernbeleuchtung der Autos auf den Landſtraßen hinweiſen, im kraſſen Gegenſatze zu den luxuriöſen Scheinwerfern. Vielleicht greift der Polizeipräſident endlich einmal energiſch ein, bevor hier weiteres Unheil angerichtet wird.

Arb.-Radf.-Bd. „Solidarität“, Gau IX, Bez. 21.

Dunkle Straßen im Norden Berlins.

Unhaltbare Zuſtände in der Straßenbeleuchtung beſtehen ſeit einigen Monaten in der Exerzierſtraße und Schulſtraße. Während die Badſtraße, Schweden- und Kolonieſtraße noch einigermaßen beleuchtet ſind, brennt von der Ecke Badſtraße an gerechnet bis zur Seeſtraße in der Exerzierſtraße auf der linken Seite der Straße eine Laterne an der Ecke Gottſchedſtraße, die nächſte Laterne an der Reinickendorfer Straßen-Ecke und die letzte Ecke Seeſtraße. Auf der rechten Seite der Exerzierſtraße brennt eine Laterne an der Ecke Schulſtraße und dann die Transparentlaterne der Unfallſtation vor dem jüdiſchen Krankenhaus. Sonſt herrſcht in der ganzen langen Straße tiefe Finſternis. In der Schulſtraße brennt eine Laterne an der Ecke Chriſtianiaſtraße und dann iſt die nächſte erleuchtete Laterne auf der linken Straßenſeite, die oben erwähnte an der Ecke Schulſtraße. Eine weitere folgt in der Mitte zwiſchen Exerzier- und Reinickendorfer Straße, die aber nur hin und wieder angeſteckt wird. Auf der rechten Straßenſeite von der Chriſtianiaſtraße an gerechnet brennt bis zur Reinickendorfer Straßen-Ecke überhaupt keine Laterne. Dabei ſind ſowohl die Exerzier- als auch die Schulſtraße vollſtändig mit Häuſern bebaute Straßenzüge und die Schulſtraße ſogar teilweiſe mit Vorgärten verſehen, wodurch bei der herrſchenden Dunkelheit die Unſicherheit noch vergrößert wird. Weshalb werden gerade Straßen in den Arbeitervierteln ſo außerordentlich ſchlecht beleuchtet, während ſelbſt die kleinſten Nebenſtraßen im Weſten und in den weſtlichen Vororten auch heute noch ausreichende Beleuchtung aufweiſen. U. A. w. g. C. St.

Nationaliſtiſche Redner in der Urania.

Am 12. d. M. habe ich mir den Filmvortrag „Eine Reiſe mit dem Dampfer „Cap Polonia“ nach Südamerika“ angeſehen. Alles in allem der Film iſt gut bis auf den „Erklärer“, der in ſehr ſchwülſtiger Weiſe ſeinem innerſten Sehnen und Hoffen dadurch Ausdruck gab, daß für ihn nur die Fahne Schwarz-Weiß-Rot exiſtiert. Aber ganz abgeſehen davon, die Urania iſt ein wiſſenſchaftliches Inſtitut und der Film iſt ebenfalls eine reine techniſch wiſſenſchaftliche Vorführung; da ſollte jede chauviniſtiſche Aufreizung der Beſucher unterbleiben ſchon im Intereſſe der Ruhrarbeiterſchaft und des ganzen Volkes, das ſich gerade jetzt in ſchwerer wirtſchaftlicher und politiſcher Situation befindet. Den Haupttrumpf aber ſpielte der Erklärer dann zum Schluß noch aus, indem er eine ſelbſt gedichtete Strophe des Deutſchland-Liedes deklamierte, wozu der Pianiſt die Klänge des Liedes ertönen ließ und dann darauf „Deutſchland hoch in Ehren“ intonierte. P.

Poſtamt 48 kennt die Groß-Berliner Grenzen nicht.

Auf dem Poſtamt 48 erleidet das Publikum bei der Aufgabe von eingeſchriebenen Briefen fortgeſetzt Aufenthalt, weil die Beamten offenbar keine Ahnung davon haben, welche Orte zu Groß-Berlin gehören. Einer Angeſtellten wurden am Montag zwiſchen 4 und 5 Uhr am Schalter 2 neun genügend frankierte Briefe nach Berlin-Blankenburg, Berlin-Buchholz, Cladow an der Havel, Berlin-Falkenberg, Berlin-Lichtenrade, Berlin-Marienfelde, Rahnsdorf, Rudow und Wannſee zurückgegeben, weil dieſe Ortſchaften nach der Meinung des Beamten nicht zu Groß-Berlin gehören. — Als nach einer Stunde am anderen Schalter die Briefe aufgegeben wurden, gab es auch hier erſt längeren Aufenthalt, weil auch dieſer Beamte erſt im Amt herumfragen mußte. — Es wäre dringend zu wünſchen, daß der Herr Poſtdirektor eine genügende Anzahl Verzeichniſſe der zu Groß-Berlin gehörigen Ortſchaften beſorgt, damit dieſe Scherereien unterbleiben. A. P.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

11. **Kreis Schöneberg-Friedenau.** Donnerstag, den 19. April, 7 Uhr, in der Aula der Hohenzollern-Schule, Belziger Str. 46—52, öffentliche Verſammlung. Tagesordnung: „Paſſiver Widerſtand und Ruhrbeſetzung“. Referent Genoſſe Pfarrer Kleiſt.

95. **Abt. Neukölln.** Donnerstag, den 19. April, 7½ Uhr, öffentliche Verſammlung in der Kindl-Brauerei, Hermannſtraße. Vortrag des Genoſſen Künſtler, M. d. R.

2. **Kreis Tiergarten.** Heute, Mittwoch, den 18. April, abends, holen die Funktionäre die Eintrittskarten zur Maifeier von den Abteilungskaſſierern ab.

13. **Kreis Tempelhof, Mariendorf, Marienfelde und Lichtenrade.** Mittwoch, den 18. April, abends 7 Uhr, Sitzung der Bildungskommiſſion im Zimmer 10 des Polizeidienſtgebäudes in Mariendorf, Rathausſtraße. Da die Ausgabe der Eintrittskarten für den Kunſtabend am 1. Mai im Feſtſaal des Gymnaſiums Mariendorf, Kaiſerſtr. 21, ſtattfindet, werden auch die Bezirksführer gebeten, zu erſcheinen. Um 7½ Uhr findet noch eine Sitzung ſtatt, daher iſt pünktliches Erſcheinen Pflicht.

4. **Kreis Prenzlauer Berg.** Donnerstag, den 19. April, 7 Uhr, Kreismitgliederverſammlung im Kuppelſaal der Brauerei Pfefferberg, Schönhauſer Allee. Vortrag des Genoſſen Dr. Paul Levi: „Weltpolitik und internationaler Klaſſenkampf“. Mitgliedsbuch dient als Ausweis.

5. **Kreis Friedrichshain.** Elternbeiräte und Kreis Schulgemeinde: Donnerstag, den 19. d. M., 7 Uhr, Volksverſammlung in der Schule Petersburger Str. 4. Thema: „Die Bürgerfibel“. Referent Lehrer Gießler. Freunde der Schule ſowie Lehrer ſind eingeladen.

10. **Kreis Zehlendorf.** Donnerstag, den 19. d. M., 7½ Uhr, Kreisvorſtandsſitzung im Waldhüter, Wannſee, Königſtr. 34. Wichtige Tagesordnung.

14. **Kreis Neukölln.** Donnerstag, den 19. d. M., pünktlich 7½ Uhr, findet der 2. Vortrag des Genoſſen Dr. Seliſohn über „Das Strafrecht“ in der Fortbildungsſchule, Donauſtr. 120, ſtatt. Eintrittsgeld wird nicht erhoben.

6. **Kreis Kreuzberg.** Freitag, den 20. April, 7½ Uhr, erweiterte Kreisvorſtandsſitzung bei Reim, Urbanſtr. 30.

Heute, Mittwoch, den 18. April:

62. **Abt. Siemensſtadt.** 7½ Uhr Mitgliederverſammlung im Konſumverein Haſelhorſt. Vortrag des Genoſſen Reventlow über „Deutſcher und italieniſcher Faſcismus“.

120. **Abt. Friedrichsfelde.** Pünktlich 7 Uhr in der Mädchenſchule, Wilhelmſtr. 29, Mitgliederverſammlung. Vortrag des Gemeindeverordneten Granwald: „Kommunalpolitik im 17. Verwaltungsbezirk“. Diskuſſion. Geſchäftliches.

Morgen, Donnerstag, den 19. April:

16. **Abt.** 7½ Uhr Sitzung der Funktionäre, Betriebsvertrauensleute und Beamtenausſchüſſe bei Trümper, Flensburger Str. 3.

94. **Abt. Neukölln.** 7 Uhr Abrechnung, 8 Uhr Funktionärſitzung bei Taubel, Weiſeſtr. 28. Erſcheinen der Funktionäre Pflicht.

132. **Abt. Blankenburg.** 8 Uhr im Lokal Klug, Dorfſtraße, Zahlabend mit Frauen. Thema: „Geſundheitspolitik“. Referent Genoſſe Dr. Korach.

126. **Abt. Reinickendorf-Oſt.** 7½ Uhr Funktionärſitzung im Jugendheim, Seebad, Reſidenzſtr. 10.

Werbeausſchuß der Poſt- und Telegraphenbeamten. Freitag, den 20. d. M., 8 Uhr, im Jugendheim, Lindenſtr. 3, Mitgliederverſammlung. Tagesordnung: 1. Bericht von den letzten Parteiveranſtaltungen. 2. Konſtituierung des Werbeausſchuſſes. 3. Verſchiedenes.

Jugendveranſtaltungen.

Heute, Mittwoch, den 18. April:

Falkenberg: Jugendheim Roſeſtraße. Hauptverſammlung. — **Friedrichshagen:** Jugendheim Scharnweberſtr. 105. Vortrag: „Arbeiterjugend und ſexuelle Frage“. — **Karlshorſt:** Jugendheim Gemeindeſchule Auguſte-Viktoria-Straße. Vortrag: „Was hat uns die Revolution gebracht“. — **Landsberger Viertel:** Jugendheim Schule [illegible] Straße. Vortrag: „Welche Pflichten habe ich als Mitglied der Arbeiterjugend der Oeffentlichkeit gegenüber?“ — **Nordoſten:** Jugendheim Chriſtburger Str. 14. Vortrag: „Walt Whitman“. — **Prenzlauer Vorſtadt:** Schulentlaſſungsfeier heute abend in der Aula Danziger Straße. — **Roſenthaler Vorſtadt:** Jugendheim Gemeindeſchule Gipsſtr. 23a. Vortrag: „Das Mädel in der Jugendbewegung“.

Wetter bis Donnerstag mittag. Kühl und zunächſt überwiegend trübe. Im Oſten noch geringe Niederſchläge, ſonſt meiſt trocken. Später langſam aufklärend bei friſchen nordöſtlichen Winden. In der Nacht zu Donnerstag Froſt wahrſcheinlich.

Streſemann für poſitive Reparationspolitik.

Der Reichstag ſetzte geſtern die politiſche Ausſprache beim Auswärtigen Amt fort.

Abg. Gothein (Dem.) weiſt darauf hin, daß Poincaré mehrfach erklärt habe, daß Frankreich ein wiedererſtarktes Deutſchland zu fürchten habe. So erkläre ſich die Politik der franzöſiſchen Regierung. Frankreich glaube, daß jetzt die Zeit gekommen ſei, das durchzuſetzen, was es 1919 bei den Friedensverhandlungen nicht zu erreichen vermochte. Es wähle dabei die Pfänderpolitik bis zur Erledigung aller Zahlungen. Das iſt das Gefährlichſte von allem. Denn jetzt brauchen ſie der Bevölkerung keinerlei Wahlrecht und keinerlei Mitwirkung bei der Verwaltung zu geben. Sie können einfach auf Grund eines angemaßten Rechts eine Militärdiktatur ausüben. Das Verſprechen der Räumung nach Zahlung iſt alſo nur ein Verſchieben auf den Sankt Nimmerleinstag. Ueber die Forderung der etappenweiſen Räumung des Ruhrgebiets gibt es daher kein Paktieren. Ebenſowenig Zweifel darf der Miniſter darüber laſſen, daß ein Rheinſtaat unter Völkerbundskontrolle undiskutierbar iſt. (Zuſtimmung.) Aber unſere Aufgabe iſt, das ſchwere Joch der Bevölkerung ſo bald wie möglich abzunehmen. Das Unglück war, daß in der Kommiſſion die größte Macht, die Vereinigten Staaten von Amerika, ihren Platz nicht einnahm, ſondern nur die nackten Intereſſenten, denen es gar nicht darauf ankam, Deutſchland leiſtungsfähig zu erhalten, ſondern es wirtſchaftlich zu vernichten. Nun verlangt man von uns neue Vorſchläge. Die konkrete Grundlage für Verhandlungen iſt geſchaffen, denn der Reichskanzler hat wiederholt erklärt, daß wir uns an die Vorſchläge halten, die Bergmann im Januar vorlegen ſollte. Aber bei der jetzigen Einſtellung Poincarés und ſeiner Verbündeten kommen Verhandlungen ja doch nicht zuſtande. Solche Summen, wie ſie Poincaré fordert, gibt es in der ganzen Welt nicht.

Das reiche England, das im Kriege ſeine Kolonien noch ſogar vermehrt hat, hat ſich Amerika gegenüber nach langem Feilſchen bereit erklärt, ganze 19 Milliarden zu zahlen, und zwar verteilt auf 62 Jahre! (Hört! Hört!) **Was aber verlangt man von uns? In vier Monaten des vorigen Jahres haben wir 388 Millionen Goldmark für die Erfüllung des Friedensvertrages aufgebracht, alſo weit mehr als die Hälfte deſſen, was das reiche England in den Zeiten der höchſten Belaſtung im ganzen Jahre glaubt aufbringen zu können.**

Und trotzdem würden wir dieſe Leiſtungen weiter erfüllen, wenn man unſere Wirtſchaft nicht ſinnlos zerſtört hätte. Unſer Geld iſt durch die Gewaltpolitik der Entente völlig entwertet worden, und der Wert der Induſtrieaktien iſt — gemeſſen am Dollarkurs — auf ein Viertel zurückgegangen. (Hört! Hört!)

Abg. Dr. Helfferich (Dnl.): Das ſind die berühmten „Goldwerte“!

Abg. Gothein (fortf.): **Man kann Annuitäten nicht aus dem Vermögen, aus der Subſtanz leiſten, ſondern nur aus den Ueberſchüſſen der Wirtſchaft.** Das zeigte ſich, als wir die erſte Goldmilliarde aufgebracht hatten: man mußte uns ſofort ein Moratorium gewähren. Was nützen die 132 Milliarden Goldbons, wenn ſie von uns hergegeben werden und keine Deckung dafür vorhanden iſt? Sie ſind eben nicht verwertbar. Ein direktes Angebot Deutſchlands würde auf manche Kreiſe im Auslande und Inlande einen günſtigen Eindruck machen. Das darf man nicht unterſchätzen. Aber ein ſolches Angebot könnte doch nur ein ganz bedingtes ſein; wir ſind vollſtändig mit allem einverſtanden, was der Miniſter des Auswärtigen darüber geſagt hat. Dieſes Angebot müßte außerdem garantiert ſein von den Finanzmännern der Welt. Die Anleihe, die man uns gewährte, um Frankreich zu bezahlen, müßte außerdem auf einige Jahre unverzinslich ſein, damit der Wiederaufbau der deutſchen Wirtſchaft möglich iſt. Denn wenn Deutſchland nicht wieder leiſtungsfähig gemacht wird, ſchwebt ja auch die Anleihe in der Luft. Auch der Redner der Sozialdemkratie würde vielleicht weitergehende Forderungen nicht erhoben haben, wenn ihm der tatſächliche Text der Roſenbergſchen Rede bereits vorgelegen hätte.

Abg. Müller-Franken (Soz.): Das iſt ein Irrtum!

Abg. Gothein (fortf.): Das iſt bedauerlich. Durch weitergehende Angebote, die wir nicht erfüllen können, bringen wir uns ſelbſt um unſeren Kredit. Wir bekommen auch keinen Kredit, ſolange die Reparationen nicht auf ein erträgliches Maß zurückgeführt ſind und Frankreich nicht auf ſeine Sanktionen verzichtet.

Abg. Dr. Streſemann (Vp.):

Wir ſtimmen den Ausführungen über das Memelland lebhaft zu. Der junge litauiſche Staat ſollte kein Präjudiz ſchaffen, damit nicht einmal ſeine Nachbarn ihre Macht zu ſeinem Nachteil anwenden könnten. (Zuſtimmung.) Mit den geſtrigen Ausführungen des Außenminiſters ſind wir in allem weſentlichen einverſtanden. In unſerer internationalen Situation heißt Handeln, daß wir den Weg freimachen müſſen zu internationalen Abmachungen über die Reparationen und damit das Ruhrgebiet und das Rheinland freimachen. Das Handeln kann beſtehen in parlamentariſcher oder diplomatiſcher Fühlungnahme, in Reden und Noten. Mir ſcheint, daß der Außenminiſter geſtern die im Januar begonnene aktive Politik der Reichsregierung in günſtiger Weiſe fortgeführt hat. Ich ſehe das Entſcheidende darin, daß dieſe Politik eine geeignete Grundlage abgibt für internationale Abmachungen, falls die Entente und beſonders Frankreich eine Verſtändigung wollen. Man kann nicht die Frage der Reparationen irgendwie durch Nennung einer Ziffer begrenzen. Der Pariſer Vorſchlag gab einmal eine konſtante Summe. Die Verzinſung dieſer konſtanten Summe war abhängig gemacht von internationalem Bankkredit. Der Vorſchlag gab andererſeits zwei konditionelle Zahlen, die abhängig waren von der Entwicklung der Leiſtungsfähigkeit Deutſchlands. Hier beſteht wohl ein Zuſammenhang mit der Rede des Außenminiſters, der davon ſprach, daß das Pariſer Angebot doch wohl der Ausgangspunkt für neue Verhandlungen ſein könnte. **Beachtlich erſchienen die Ausführungen des Abg. Müller, wir könnten nicht den Geſamtkomplex der Fragen abhängig machen von internationalen Abſchätzungen, die ſich monate-, womöglich jahrelang hinziehen können. Wir können nicht verlangen, daß im Ruhrgebiet ein paſſiver Widerſtand geleiſtet wird, der wartet, bis internationale Sachverſtändige zu einem Ergebnis gekommen ſind.** (Sehr richtig!) Man kann die Frage aufwerfen: Wird man denn überhaupt einen ſolchen deutſchen Vorſchlag als beachtlich anſehen? Wir taumeln von einer Konferenz in die andere. In der Zeit aber verſchwindet immer ein Teil der deutſchen Leiſtungsfähigkeit nach dem anderen. (Sehr gut!) Dr. v. Roſenberg hat geſtern ein Beiſpiel angeführt, daß — wenn man es ſehr flüchtig lieſt — leicht einen falſchen Eindruck erwecken kann. Ich möchte deshalb hinzufügen, daß das erſte Angebot unter der Vorausſetzung gemacht wurde, daß die deutſchen Auslandsvermögen und die deutſchen Kolonien bei Deutſchland verblieben, und daß deshalb mehr als 100 Milliarden Goldmark von Deutſchland bereits geleiſtet worden waren. (Sehr richtig!)

Der Frieden wird für Frankreich immer teurer.

Soll das Reparationsproblem nach den Abſichten der Herren, die Frankreich regieren, tatſächlich gelöſt werden, oder treibt die franzöſiſche Politik abſichtlich dazu, die Reparationswunde offenzulaſſen, um dadurch das Ziel der Zerſtörung der deutſchen Einheit zu erreichen? Frankreich weiſt darauf hin, daß es durch den Krieg am meiſten gelitten habe. Darauf können wir fragen: Wer entſchädigt die Deutſchen, die deutſche Kriegsanleihe gezeichnet haben, die Hypothekengläubiger, die ihr Vermögen vollkommen verloren haben? Deutſchland konnte überhaupt aus der Situation, in die es durch den verlorenen Krieg gekommen war, nur herauskommen, indem es rückſichtslos das Staatsintereſſe über das Intereſſe ganzer Klaſſen ſtellte. Wenn man zugibt, daß Frankreichs Finanzen zerſtört ſind, daß es eminente Aufwendungen für ſeine zerſtörten Gebiete gemacht hat — wobei zweifelhaft bleibt, ob all dieſe Summen auch tatſächlich nur für die zerſtörten Gebiete aufgewendet ſind (lebh. Zuſtimmung) —, ſo iſt und bleibt es ein volkswirtſchaftlicher und politiſcher Unſinn, die Beſeitigung aller Schäden von Deutſchland zu fordern. Man ſtellt heute die franzöſiſchen Forderungen in den Vordergrund. Dieſe Rechnung kann nicht aufgehen. Vielmehr muß

Deutſchlands Leiſtungsfähigkeit der Ausgangspunkt

ſein. Das ſage ich nicht als deutſcher Parlamentarier, das iſt nicht die egoiſtiſche Meinung Deutſchlands. Auf der Pariſer Konferenz hat ja auch Bonar Law den Gedanken ausgeſprochen und es entſchieden zurückgewieſen, daß der Ausgangspunkt das ſein muß, was die Alliierten brauchten, ſondern er hat gemeint, der Ausgangspunkt müßte das ſein, was Deutſchland leiſten kann. Dr. Streſemann lenkte dann die Aufmerkſamkeit auf eine Entſchließung des internationalen Handelskammerkongreſſes in Rom, die mit den Stimmen der franzöſiſchen Wirtſchaftsvertreter angenommen worden iſt, und in der es heißt: **„Es iſt zwecklos, den Komplex der Reparationsfragen zu betrachten, ohne gleichzeitig diejenigen Maßnahmen in Betracht zu ziehen, die wirklich die endgültige Regelung gewährleiſten. Die Erfüllung der Reparationsverpflichtungen allein iſt nicht genügend, es iſt weſentlich, daß das Vertrauen wieder hergeſtellt und Sicherheiten geſchaffen werden, daß keine Grenzverletzungen mehr zu befürchten ſind und die Welt von der Laſt unmöglicher Rüſtungen befreit wird.“** — Der Internationale Handelskammerkongreß hat dabei wohl kaum an die deutſche Schutzpolizei gedacht. (Heiterkeit und Zuſtimmung.) Hier iſt doch in einer Entſchließung, der franzöſiſche Wirtſchafter mit zugeſtimmt haben, ganz deutlich die ſchärfſte Verurteilung des Ruhrabenteuers der Franzoſen ausgeſprochen worden. (Sehr richtig!) Zweierlei ſteht ſich alſo gegenüber: Die deutſche Leiſtungsfähigkeit, die auch Bonar Law zum Ausgangspunkt aller internationalen Diskuſſion machen will, und die franzöſiſchen Anſprüche, die einen Ausgleich dann unmöglich machen, wenn ihnen hinzugefügt werden die Anſprüche aller anderen Alliierten. Der „Temps“ hat die Behauptung aufgeſtellt, Deutſchland ſuche Zwietracht unter den Alliierten zu ſäen, um daraus Vorteile für ſich zu ziehen. Der „Temps“ darf den deutſchen Politikern wirklich zutrauen, daß ſie aus der Entwicklung der letzten Jahre gelernt haben, daß Streitigkeiten unter den Alliierten immer auf dem Rücken der Deutſchen ausgetragen werden.

Es iſt nicht unwichtig zu erwähnen, daß Bonar Law in dieſer ganzen Frage einen anderen Standpunkt eingenommen hat als Lloyd George, indem er ſagte, „wenn Deutſchland durch ein Erdbeben vollkommen verſchwinden würde, ſo würde das auf die engliſche Wirtſchaft nur den Eindruck machen, daß wir einen weſentlichen Rivalen verloren haben“. Mir ſcheint es, als wenn in einer Zeit, wo vom Rhein bis zum Ural nur kaufarme Völker leben, kein Land ein ſolches Intereſſe an der Sanierung der europäiſchen Wirtſchaft hat wie England. (Sehr richtig!) Man muß allmählich ſich von der Illuſion losmachen, daß die Erſchütterungen eines Weltkrieges an einem Volk allein vorübergehen.

Finanziell allein kann dieſe Frage überhaupt nicht gelöſt werden.

Ich weiſe darauf hin, daß vielleicht die ganze Entwicklung der europäiſchen Verhältniſſe überhaupt uns dazu bringen wird, ganz anders als früher die Frage zu erörtern, ob nicht alle Länder wirtſchaftlich zuſammenhängen und der Welthandel nicht länger durch Barrieren an den Grenzen abgeriegelt werden ſoll. (Lebhafte Zuſtimmung.) Auch die neuen Grenzen ändern abſolut nichts an der wirtſchaftlichen Zuſammengehörigkeit. Dieſer ganze Gedanke iſt für die franzöſiſche Wirtſchaft viel wichtiger als der rein ziffernmäßige Streit um einige Milliarden. Hier eröffnen ſich Ausblicke wirtſchaftlicher Art, die geeignet ſind, in ganz anderer Weiſe die Wunden des Krieges zu heilen. **Ein wirtſchaftliches Zuſammenwirken würde uns wenigſtens wirtſchaftlich mit Frankreich mehr zuſammenbringen**, ein politiſches Näherkommen hat ja die Politik des Herrn Poincaré für lange Zeit unmöglich gemacht. Nun wird man uns ſagen, wie könnt Ihr überhaupt angeſichts Eurer Valuta internationale Leiſtungen verſprechen? Man ſoll an ſolchen Dingen nicht vorübergehen. Es iſt ganz falſch zu glauben, daß man international Eindruck macht, wenn man die eigene Politik immer nur als den weißen, unſchuldsvollen Engel hinſtellt. (Lebhafte Zuſtimmung links.) Ich habe die größte Hochachtung vor der engliſchen Finanzpolitik, die im Kriege ebenſo vorbildlich war, wie nach dem Kriege. Das iſt vielleicht das Bedeutungsvollſte, nach einem gewonnenen Kriege ſolche Anforderungen an die Bevölkerung zu ſtellen. Das zeugt von eminentem Verantwortlichkeitsgefühl und Staatsgefühl. Bei uns zerfließt jetzt das Budget kurze Zeit nachdem es aufgeſtellt iſt. Wenn England über unſere Kapitalflucht ſpricht, ſo frage ich, welche Regierung denn die Kapitalflucht bekämpfen könnte bei den Zuſtänden, die uns durch die Ententepolitik zugefügt wird. **Wo ſoll die Autorität einer Regierung herkommen, wenn ſie ſo nach außen hin mit Füßen getreten wird?** (Sehr richtig!)

Wenn wir eine endgültige Löſung haben und klar ſehen, was Deutſchland zu leiſten hat, erſt dann können wir auch ein Höchſtmaß der Steuerfähigkeit in Deutſchland erzielen.

Schaffe man erſt Zuſtände, die uns eine geſunde Entwicklung gewährleiſten, dann wird auch das Kapital wieder nach Deutſchland zurückſtrömen. Gerade Frankreich, das uns Vorwürfe macht, hat uns zu dieſer Kapitalsflucht getrieben. (Zuſtimmung.) Das Höchſtmaß der Steuerfähigkeit ſehe ich nach zwei Richtungen, einmal nach der moraliſchen Richtung, weil der Staat, der weiß, daß die Steuern, die er verlangt, dem eigenen Staate zugute kommen, ganz anders einen moraliſchen Druck auf die Steuerzahler ausüben kann, und ferner können neue Wirtſchaftspläne heute erſt gefaßt werden, wenn die Welt weiß, mit welchem Deutſchland ſie zu tun hat. Heute iſt uns dieſe Steuerfähigkeit verſagt. Es iſt ſchon früher geſagt: Iſt die deutſche Freiheit und Selbſtändigkeit damit zu erringen, daß Induſtrie und Finanzen und Landwirtſchaft ſich dem Staat zur Verfügung ſtellen als Garanten für deutſche internationale Leiſtungen, dann werden ſie ſich nicht ſträuben. **Wenn Poincaré eine Löſung der Reparationsfrage will, ſo kann er uns ja auf die Probe ſtellen, ob es uns ernſt iſt mit einer ehrlichen Verſtändigung.** Mit jeder Woche, die das Ruhrgebiet länger beſetzt wird, verlängert ſich auch automatiſch das Moratorium, das Deutſchland fordern muß. Es iſt notwendig, gerade die Abſicht einmal vor der ganzen Welt feſtzuſtellen, daß eine Verſtändigung in der Frage der Reparationen nicht an Deutſchland ſcheitere. Aber die ganze Entſcheidung liegt in der Frage, die Dr. David am 7. März geſtellt hat: Was wollt Ihr? **Wollt Ihr Reparationen, dann iſt die Verſtändigung möglich. Wollt Ihr das Rheinland, dann gibt es keine Verſtändigung.** (Lebhafter. Beifall.)

Ganz entſchieden muß ich mich aber dagegen verwahren, wenn in der „Deutſchen Zeitung“ erklärt wird: Wir wollen nicht zahlen. (Hört, hört!)

Davon iſt keine Rede, daß irgendein verantwortlicher Politiker hier einen ſolchen Gedanken ausgeſprochen hätte. Nichts ſchadet uns im Kampfe um die Freiheit mehr. (Lebhafte Zuſtimmung.) Wir erſtreben mit aller Kraft die endgültige Löſung der Reparationsfrage. Ich habe erſt geſtern wieder von Führern der deutſchen Wirtſchaft, die den ganzen Ernſt dieſer Verhältniſſe am meiſten empfinden, gehört, daß ſie ſagen: Wir können überhaupt nicht disponieren, wenn wir nicht einmal wiſſen, wie und wo wir belaſtet ſind. Es iſt geradezu eine Depreſſion, die von außen auf Deutſchland kommt, daß man es nicht zu einer endgültigen Löſung kommen läßt. Man hat die Empfindung, daß dabei Abſichten, mindeſtens von manchen franzöſiſchen Politikern, mitſpielen.

Was uns ſo außerordentlich bedenklich macht — ich möchte beinahe ſagen: die Sicherheit gibt —, daß es keinen Reparationswillen in Frankreich gibt, das ſind die unerhörten Ausweiſungen im beſetzten Gebiet. Man hat Familien von Tauſenden von Beamten um Wohnung und Brot gebracht. **Iſt das nicht die Vorbereitung der Annexion?** (Sehr wahr!) Eins ſcheint mir doch die Empfindung aller zu ſein: Vorausſetzung internationaler Verhandlungen iſt die Freiheit aller derjenigen Deutſchen, die von Frankreich ihrer Freiheit beraubt worden ſind. (Lebhafter Beifall.) Die Räumung des Ruhrgebietes liegt auch im Intereſſe Frankreichs, wir lehnen die etappenweiſe Räumung nicht nur in unſerem Intereſſe ab. Wir ſind doch über die Stimmung der franzöſiſchen Truppen und Eiſenbahner auch einigermaßen unterrichtet. Vielleicht teilt uns Poincaré einmal die erbaulichen Ziffern darüber mit, wieviel Prozent der Eiſenbahner bereit waren, noch über den April hinaus im Ruhrgebiet zu bleiben. (Sehr gut!) Es liegt auch im Intereſſe der Stabiliſierung der wirtſchaftlichen Verhältniſſe, wenn das Ruhrgebiet vollſtändig geräumt wird. Unter Bajonetten hat ſich noch niemals eine wirtſchaftliche Proſperität entwickelt. Der Seelenzuſtand des deutſchen Volkes wird durch all die Ereigniſſe ſeit dem 11. Januar auf eine außerordentlich harte Probe geſtellt; auch politiſch. Man kann ſich gar nicht darüber wundern, wenn die Extreme im Innern geſtärkt werden durch dieſe Politik der Zerrüttung der deutſchen Verhältniſſe von außen her. Unendlich ſchwer iſt die Stellung jeder Regierung gegenüber dieſen Extremen. **Seltſam ſind diejenigen, die ſich auf Bismarck beziehen und in ihrer innen- und außenpolitiſchen Beurteilung von Bismarck keine Spur erkennen laſſen. Sonſt würden ſie alles daran ſetzen, alle Kräfte zuſammenzufaſſen, um die Einheit für den deutſchen Staat zu retten.** (Sehr richtig!) Die Regierung kann gegenüber zuweitgehenden nationalen Forderungen nur die Politik des Erreichbaren befolgen. Unſere Aufgabe iſt es, wie auch der Abgeordnete Hergt betont hat, den Staat zu verteidigen, wie er iſt, und durch nationale Beſonnenheit und Zuſammenfaſſung aller Kräfte den Staat zu retten für unſere Nachkommen, die uns dankbarer ſein werden als manche Kritiker der Gegenwart, die an ihm lediglich negative Kritik üben. (Lebhafter Beifall und Händeklatſchen auch auf den Tribünen.)

Abg. Dr. **Leicht** (Bayer. Volksp.): **Es gibt Leute, die ſchon empfindlich ſind, wenn man von Verhandlungen ſpricht. Das iſt politiſche Hyſterie.** Ich weiſe dieſe Heißſporne darauf hin, daß hier nur die Alternative gilt: Verhandlungen, bei denen wir dabei ſind, oder Diktat. **Alles, was die deutſche Einigkeit ſtören kann, mag es auch aus München — ich ſage das als Bayer — oder von rechts oder links kommen, lehnen wir ganz entſchieden ab.** Alles kommt darauf an, daß wir unſeren Rhein verteidigen, unſeren freien, deutſchen Rhein. (Beifall.)

Abg. Stöcker (Komm.) bezeichnet die Rede des Herrn v. Roſenberg als inhaltslos und fordert die Arbeiterſchaft auf, den Kampf gemeinſam mit der franzöſiſchen Arbeiterſchaft zu führen. **Die Arbeiterſchaft des Rheinlandes denkt nicht daran, die Beſtrebungen auf Loslöſung von Deutſchland oder Preußen zu unterſtützen.**

Nach weiteren Ausführungen der Abgg. **Alpers** (Dt.-Hann.) und **v. Graefe** (Dt.-Völk.) vertagt ſich das Haus auf Mittwoch 2 Uhr: Weiterberatung. Schluß 7 Uhr.

Soziale Fragen im Landtag.

Der Landtag trat geſtern zu der erſten Sitzung nach Oſtern zuſammen. Präſident **Leinert** legte namens des Landtages Verwahrung ein „gegen die franzöſiſch-belgiſche Gewaltpolitik an der Ruhr und ſprach den Opfern des Eſſener Blutbades die Teilnahme des Landtages aus. Die Erklärung hebt hervor, daß von den Menſchenrechten, von denen Poincaré in Dünkirchen geſprochen hat, im beſetzten Gebiet kein Schimmer zu verſpüren ſei. Wie wenig der franzöſiſche Imperialismus die Volksſouveränität achte, als deren Schöpfer Frankreich von Poincaré gefeiert worden ſei, ergebe ſich aus den früheren und aus den neuen Ausweiſungen von Mitgliedern des Preußiſchen Landtages. Neuerdings ſeien die Abgeordneten Walraff und Dr. Kalle ohne Angabe von Gründen aus dem beſetzten Gebiet ausgewieſen worden. Ich habe — betonte der Präſident — den Miniſter des Auswärtigen gebeten, ſchärfſten Einſpruch zu erheben, und ich habe die Antwort erhalten, daß die deutſchen Vertreter in Paris, London und Brüſſel entſprechende Anweiſungen erhalten haben.

Ein Antrag **Katz**, verſchiedene kommuniſtiſche Anfragen, darunter eine wegen des Verbots der „Roten Fahne“, ſofort zur Beratung zu ſtellen, wird abgelehnt.

Das Haus ſetzt nunmehr die zweite Beratung des Haushalts für Volkswohlfahrt fort. Bei der Beſprechung der Einnahmen von 6 Millionen Mark aus dem Anteil an den Erträgniſſen des Branntweinmonopols führte

Frau Abg. **Kunert** (Soz.):

aus: In einer Zeit ſchwerer Gefährdung der Volksgeſundheit durch Unterernährung muß die Zunahme des Alkoholkonſums beſonders verheerend wirken. Wichtige Lebensmittel werden der Volksernährung entzogen und zu Alkohol verarbeitet. Hätten wir nicht eine ſo gute Kartoffelernte gehabt, ſo würde ſich die Tatſache, daß 20 Proz. der diesjährigen Kartoffelernte zur Schnapserzeugung freigegeben ſind, ſehr unangenehm fühlbar machen. Sehr übel iſt auch die Verwendung und Vergeudung von Zucker, Melaſſe und Sirup bei der Herſtellung von Likör und Schnaps. Und wenn erſt das Verfahren, aus Zuckerrüben Rum herzuſtellen, der Fabrikation allgemein zugänglich gemacht wird, dann werden wir im Punkte der Zuckerverſorgung noch herrlicheren Zeiten entgegengehen. Die Mengen von Kernobſt aller Art, die zu Branntwein vergoren werden, ſind gleichfalls gar nicht abzuſchätzen. Für die Kinder ſtehen nicht ausreichend erwärmte Schulräume zur Verfügung, aber Kohle für die Spiritusherſtellung iſt genügend vorhanden. Wenn zur Herſtellung von einem Hektoliter Spiritus drei Zentner Steinkohle notwendig ſind, ſo werden **für die Fabrikation von 1,9 Millionen Hektoliter Trinkbranntwein nicht weniger als 5,7 Millionen Zentner Steinkohlen vergeudet.** Das Alkoholkapital hat goldene Tage, ſeine Aktien ſtehen glänzend. Der geſteigerte Schnapskonſum bringt eine geſteigerte Inanſpruchnahme der Trinkerfürſorgeſtellen in den Krankenhäuſern. Dieſe Anſtalten füllen ſich jetzt wieder in bedenklichſter Weiſe. Sogar unſere Schulkinder bekommen öfter Schnaps zu trinken. Aufklärung in den Schulen, vor allem in den Fortbildungsſchulen, über den Alkoholismus iſt dringend notwendig. Der Kampf gegen den Alkoholismus iſt zugleich ein Kampf um die Volksſittlichkeit. Wer es gut meint mit dem Volk, muß in die Front gegen den Alkoholismus eintreten. (Beif. b. d. Soz.)

Zu den dauernden Ausgaben fordert Abg. Dr. **Weyl** (Soz.) die Aufhebung der ärztlichen Ehrengerichte und verlangt, daß bei der Regelung der Beſoldung der Kreisärzte, die bei ausreichender Beſoldung auf Nebenbeſchäftigung verzichten müßten, ähnlich wie bei den Beamten eine feſte Grundlage geſchaffen werden müſſe. Zur Ausführung der Beſchlüſſe des Landesgeſundheitsrats fordert Genoſſe Dr. Weyl Erhöhung der Staatsmittel. Bisher ſeien die Beſchlüſſe des Landesgeſundheitsrates leider nur auf dem Papier geblieben. Wenn der Rat auch keine Exekutive habe, ſo ſei es doch möglich, daß von Preußen her für die Durchführung der Beſchlüſſe geſorgt werde.

Die Beihilfen zur Bekämpfung der Säuglings- und Kinderſterblichkeit werden nach dem Antrag des Hauptausſchuſſes mit 10 Millionen Mark, alſo mit dem doppelten Betrage, eingeſtellt.

Nächſte Sitzung Mittwoch 12 Uhr: Weiterberatung. Tuberkuloſegeſetz. — Schluß nach 6 Uhr.

Wirtſchaft

Der Zwang zu ſtaatlicher Wirtſchaftsregelung.

Während in Deutſchland ſtärker als je der Ruf nach freier Wirtſchaft und nach dem Abbau aller ſtaatlichen „Hemmungen" der vielgerühmten privaten Initiative des Unternehmers ertönt, hört man aus den Vereinigten Staaten, daß dort das Verſtändnis für die Eingriffe der Regierung in die Wirtſchaft immer mehr wächſt. Amerika hat die fragwürdigen Vorzüge der hemmungsloſen Konkurrenz anläßlich der Weltwirtſchaftskriſe derart zu ſpüren bekommen, daß man endlich einſieht, wieviele Aufgaben es gibt, denen der einzelne machtlos gegenüberſteht und die nur von der Staatsgemeinſchaft gelöſt werden können.

„Die Regierung Harding muß," ſo berichtet Virgil Jordan im F. P. S., „Induſtrie und Geſchäft immer ſchärfer überwachen und zwangsläufig ſich immer mehr darauf einlaſſen, ſelber Betriebszweige, Induſtrien, Transportanſtalten zu übernehmen, zu verſtaatlichen oder doch ſich an ihnen zu beteiligen, worüber manche Unterſchiede der Vereinigten Staaten gegenüber Europa verſchwinden.

Seit den Kriegsjahren hat Waſhington ſich in das Schiffahrtsgeſchäft eingelaſſen; da Harding mit ſeiner Schiffahrtsſubſidienbill nicht durchgedrungen iſt, wird die Regierung nun ſo leicht und ſo bald nicht wieder davon loskommen. Durch die mehrfachen Bewilligungen von Krediten für die notleidenden Farmer iſt der amerikaniſche Staat auch in das Bankgeſchäft hineingeraten. Die Zuſtände im Kohlenbergbau und an den Eiſenbahnen endlich werden notgedrungen zu irgendeiner Art von Verſtaatlichung führen.

Die ungeheure Entwicklung der amerikaniſchen Induſtrie in den letzten zwanzig Jahren hat zuſammen mit den Folgeerſcheinungen des Weltkrieges den einzelnen wie auch ganze Stände auf Gnade und Ungnade Faktoren ausgeliefert, die man ſelber nicht mehr zu überſehen, geſchweige denn zu kontrollieren vermag. Ganz auf ſich ſelbſt geſtellt ſein und das laisser faire (Gehenlaſſen) können im Zeitalter der modernen Induſtrie als leitende Prinzipien für das innerſtaatliche Leben nicht mehr in Frage kommen, und ſo müſſen ſich Individuen und Gruppen mehr und mehr an die Regierung um Hilfe, Unterſtützung und Schutz wenden. Es iſt ein gewiſſer und nicht gern zugeſtandener Glaube an die Allmacht der Regierung erwachſen und der Regierungsapparat ſeinerſeits iſt in zunehmendem Maße darauf eingeſtellt worden, das zu tun, was Individuen und Gruppen ſelber nicht mehr zu ſchaffen vermögen.

Während des Krieges verſtand es ſich natürlich ganz von ſelbſt, daß nur die Regierung alles tun könne und ſolle, was die Zeitumſtände erforderten. So leitete ſie Fabriken, baute Schiffe, übernahm den Betrieb von Eiſenbahnen, regulierte Löhne und Arbeitszeiten, kaufte und verkaufte die Ernten und überwachte den Bankkredit. Nach Kriegsende verſuchte ſie, ſich von dieſen unwillkommenen Laſten ſo weit als möglich freizumachen. Aber die Induſtrien und Betriebe, die ſie übernommen gehabt hatte, wollten nicht mehr funktionieren oder florieren; ſie konnte ihre allzu koſtſpielig gebaute Handelsflotte nicht an Private abſtoßen ohne große Opfer für den Staatsſäckel; den Eiſenbahnen mußte ſie auch noch nach der Entſtaatlichung eine Mindeſteinnahme garantieren und in großen Beſchäftigungszweigen ihre ſchiedsrichterliche Funktion über Lohnſtreitigkeiten auch in der Folge beibehalten.

Die Farmer haben nach der ſchlimmen Deflationszeit, der Zeit des Preisabbaues, die ſie am ſchwerſten betroffen hatte, und ſeit der Verſchlechterung der ausländiſchen Abſatzmöglichkeiten neuerdings durch den Farm-Block, die Vertretung der Landwirtſchaft im Kongreß, ihre Zuflucht bei der Regierung geſucht. Hinſichtlich der Mittel und Wege zur Unterſtützung der Farmer haben ſich zweierlei Meinungen herausgebildet. Nach der einen ſoll die Regierung einen richtigen Bankendienſt für die Farmer und ihre Verbände einrichten, der ſich auf Fonds gründet, die unmittelbar aus ſtaatlichen Mitteln bereitgeſtellt werden, und der dem Farmer es ermöglichen ſoll, auf ſeine Ernteerträge hin langfriſtige Kredite aufzunehmen, oder ihm den Abſatz ſeiner Erzeugniſſe nach dem Ausland erleichtern würde. Nach anderer Anſicht ſollte mit Hilfe der Kreditmöglichkeiten, wie ſie das Bundesreſerveſyſtem darbietet, das Privatkapital angeregt werden, zu längerfriſtigen Darlehen an einzelne Farmer und Farmgenoſſenſchaften ſich zur Verfügung zu ſtellen. Ein bundesſtaatliches Finanzierungsinſtitut ſpeziell für Farmer beſteht bereits, und zwar noch vom Kriege her — die „War Finance Corporation" (Kriegsfinanzgeſellſchaft) —, die befugt iſt, landwirtſchaftlichen Organiſationen Darlehen zu gewähren; doch genügt dieſe Einrichtung dem Farmer-Block nicht entfernt, der raſch noch im letzten Kongreß eine Art Kompromißgeſetzgebung durchgedrückt hat; damit wurde ein recht kompliziertes Syſtem der Finanzhilfe für die Landwirtſchaft ins Leben gerufen, in deren Nützlichkeit man berechtigte Zweifel ſetzen darf.

Die traurige, aber nicht zu beſtreitende Tatſache iſt die, daß die amerikaniſche Landwirtſchaft als Stand ſo gut wie andere Stände in den Vereinigten Staaten das Opfer von Umſtänden geworden iſt, auf die irgendwelche private Initiative keinerlei effektiven Einfluß mehr auszuüben in der Lage iſt, und das Opfer von neuen ökonomiſchen Geſetzen, die jene alten abgelöſt haben, auf die die Gründer der Union und die Generationen nach ihnen geſchworen haben. Die politiſchen Umwälzungen der letzten vierzig Jahre haben das ganze ökonomiſche Gefüge der Staaten aus den Fugen gebracht und haben ſchließlich in einem Weltkrieg kulminiert, der die Auflöſung völlig gemacht hat. Darüber hat ſich logiſcherweiſe und unvermeidlich das Gefühl eingeſtellt, daß die Politiker und Regierungen das, was ſie angeſtellt haben, auch ungeſchehen machen können. Das iſt natürlich eine Illuſion; aber die Regierungen ernten jetzt einmal, was ſie geſät haben. Die Regierenden in den Vereinigten Staaten haben, direkt oder indirekt, die Geſundheit und Produktivität der Landwirtſchaft ihres Landes zerſtört, und die Farmer ſind nun der Meinung, daß, wenn das Land eine Landwirtſchaft will, es dafür aufkommen muß.

Das gleiche gilt in der Hauptſache auch vom Bergbau, hauptſächlich dem Kohlenbergbau, und von den Eiſenbahnen des Landes. Die Regierung hat zugelaſſen, daß dieſe lebenswichtigen Wirtſchaftszweige durch private Ausbeuter und durch den Mangel an einer Planwirtſchaft im höheren Sinne, d. h. ein Zuſammenwirken mit allen übrigen Induſtrien des Landes, ruiniert worden ſind, und ſie wird nun an eine Löſung herangezwungen werden."

Die Großhandelspreiſe ſteigen wieder. Die Großhandelspreiſe zeigen Mitte April gegenüber dem Stande vom Anfang des Monats bei leicht aufwärtsgerichteter Bewegung nur geringe Veränderungen; das Preisniveau hat ſich nach der Großhandelsindexziffer des Statiſtiſchen Reichsamts von dem 4844fachen des Friedensſtandes am 5. April auf das 4923fache oder um 1,6 Proz. am 15. April gehoben. Von den Hauptgruppen ſtiegen in der gleichen Zeit die Lebensmittel von dem 3578fachen auf das 3694fache oder um 3,3 Proz., während die Induſtrieſtoffe mit dem 7221fachen etwa auf dem Stande vom 5. April (7215fach) verharrten. Die Gruppenindexziffer der Inlandswaren ſtieg von dem 4489fachen auf das 4563fache oder um 1,6 Proz., diejenige der Einfuhrwaren von dem 6623fachen auf das 6699fache oder um 1,2 Proz.

Die Roggenrentenbank legt in der Zeit vom 18. bis 25. April die dritte Ausgabe ihrer 5proz. Roggenrentenbriefe durch ein unter Führung der Preußiſchen Staatsbank (Seehandlung), Berlin, ſtehendes Konſortium zur Zeichnung auf. Als Zeichnungspreis ſind 40 000 M. pro Zentner Roggenrentenbrief in Ausſicht genommen, er ermäßigt ſich, wenn etwa während der Zeichnungszeit der Roggenpreis erheblich unter den jetzigen Stand ſinken ſollte, auf 95 Proz. des durchſchnittlichen Preiſes für märkiſchen Roggen an der Berliner Börſe. Die mittlere Roggennotiz an der Berliner Getreidebörſe lag in der letzten Zeit um 43 000 M. herum, während an der Berliner Börſe Roggenrentenbriefe der erſten Emiſſion ſeit Anfang April ſich zwiſchen 45 500 und 48 000 M. pro Zentner im Preiſe bewegten, alſo den Preis des Roggens um mehrere tauſend Mark im Kurſe überſchritten. Die Erklärung liegt darin, daß den Roggenrentenbriefen ein Zinsgenuß von 5 Proz. anhaftet und mit ihnen nicht dieſelben Aufbewahrungskoſten und -verluſte verbunden ſind, wie mit der Lagerung des Roggens ſelbſt.

Eine gemeinſame Neugründung der Deutſchen Werke und der AEG. Die Allgemeine Elektrizitätsgeſellſchaft und die Deutſche Werke Aktiengeſellſchaft haben eine Aktiengeſellſchaft unter der Firma AEG.-Deutſche Werke Aktiengeſellſchaft gegründet. Das Stammkapital der neuen Geſellſchaft, die ihren Sitz in Berlin hat, beträgt 110 Millionen Mark und gehört den beiden gründenden Geſellſchaften je zur Hälfte. Die neue Geſellſchaft wird unter Uebernahme der bisherigen Schreibmaſchinenfabrikation der Allgemeinen Elektrizitätsgeſellſchaft in dem der Deutſche Werke Aktiengeſellſchaft gehörenden Werke Erfurt Schreibmaſchinen herſtellen.

Deviſenkurſe. Unſerer geſtrigen Kurstafel iſt nachzutragen: 1 finniſche Mark 590,52 Geld, 593,48 Brief; 100 öſterr. Kronen 29,87 Geld, 30,03 Brief; 1 ungariſche Krone 4,72 Geld, 4,76 Brief; 1 bulgariſche Lewa 159,10 Geld, 159,90 Brief; 1 jugoſlawiſcher Dinar 217,40 Geld, 218,55 Brief. — Eine polniſche Mark koſtete im freien Verkehr etwa 49½ Pf.

Bei **Korpulenz** ◆ **Fettleibigkeit** sind
Dr. Hoffbauers ges. gesch. **Entfettungs-Tabletten**
ein vollkommen unschädliches und erfolgreiches Mittel ohne Einhalten einer Diät. Keine Schilddrüse. Kein Abführmittel. Ausführliche Broschüre gratis.
Elefanten-Apotheke BERLIN SW. Leipziger Straße 74 (Dönhoffplatz)

Zeichnung
auf
5% Roggenrentenbriefe der Roggenrentenbank
Aktiengeſellſchaft zu Berlin
lautend über den Geldwert von insgeſamt 100 000 Zentner Roggen
ausgefertigt in Stücken zu 1, 5 und 10 Zentner
— Tilgung in längſtens 50 Jahren —
Zinsſcheine fällig am 1. Januar und 1. Juli, erſtmalig am 1. Januar 1924.
Zeichnungsfriſt: vom 18.—25. April d. J.
Früherer Schluß bleibt vorbehalten.

Der Zeichnungspreis wird nach dem an der Berliner Börſe während der Zeichnungsfriſt amtlich notierten Durchſchnittspreiſe für märkiſchen Roggen mit einem Abſchlag von 5% feſtgeſetzt, beträgt jedoch höchſtens M. 40 000 für einen Zentner.

Für die Zeit vom 1. Juli d. J. werden dem Zeichner 5% Stückzinſen mit rund M. 350 für jeden Zentner vergütet.

Die Zuteilung wird ſogleich nach Schluß der Zeichnung bewirkt werden und bleibt dem Ermeſſen einer jeden Zeichnungsſtelle überlaſſen. Die Bezahlung der zugeteilten Beträge hat ſpäteſtens bis zum 5. Mai d. J. bei derjenigen Stelle, welche die Zeichnung entgegengenommen hat, zu erfolgen. Ein Schlußſcheinſtempel iſt von dem erſten Erwerber nicht zu entrichten. Falls die Roggenrentenbriefe nicht rechtzeitig geliefert werden ſollten, erhalten die Käufer zunächſt Kaſſenquittungen, gegen deren Rückgabe ſpäter die endgültigen Schuldverſchreibungen ausgehändigt werden.

Die Verzinſung und Tilgung der Roggenrentenbriefe erfolgt in deutſcher Reichswährung zum jeweiligen an der Berliner Börſe notierten amtlichen Preiſe für märkiſchen Roggen. Der Auszahlung der Zinsſcheine wird am 1. Januar der Durchſchnittsroggenwert für die Zeit vom 15. Oktober bis zum 14. November des vorhergehenden Jahres, am 1. Juli der Durchſchnittsroggenwert für die Zeit vom 15. März bis zum 14. April des laufenden Jahres zugrunde gelegt.

Die Zulaſſung der Roggenrentenbriefe zum Handel und zur Notiz an der Berliner Börſe wird beantragt werden.

Zeichnungen werden von den unterzeichneten Banken und Bankfirmen entgegengenommen.

Berlin,
Königsberg, im April 1923.

Preußiſche Staatsbank (Seehandlung) **Berliner Handels-Geſellſchaft** **S. Bleichröder**
Commerz- und Privatbank A.-G. **Darmſtädter und Nationalbank Komm.-Geſ. a. A.**
Delbrück Schickler & Co. **Deutſche Bank** **Direction d. Disconto-Geſellſch.** **Dresdner Bank**
Mendelsſohn & Co. **Mitteldeutſche Creditbank** **Oſtbank für Handel u. Gewerbe**

12. D. M. 21/2
Der Molkereibeſitzer **Hermann Glaſow** in Bln.-Reinickendorf, Scharnweberſtr. 41/42, iſt wegen Nahrungsmittelverfälſchung zu einer Geldſtrafe von zweiundvierzigtauſend Mark koſtenpflichtig verurteilt. Im Nichtbeitreibungsfalle tritt an die Stelle von je eintauſend Mark ein Tag Gefängnis.
Berlin, den 9. April 1923.
Amtsgericht Berlin-Wedding.

Salem!
und alle bekannten,
Äußerſt günſtig!
Zigarren
von 95 an
Tabak
von 400 an
Steuerlager **Kei-Ko**
Wiener Str. 3

Tauſende befreit von
Bandwurm
durch Reichels Bandwurmmittel. 30jähr. Erfolge. M. 2500.—, für Kinder 2000.— (n. Alter). In Drog. und Apoth., ſonſt bei **Otto Reichel**, Berlin 43, Eiſenbahnſtr. 4.

Rote Blumen f. Mai. % 1000 M.
Hesse, Dresden, Scheffelstraße.

Schokoladen
in großer Auswahl von 800 M. pro Tafel an, sowie alle anderen Artikel der Branche gibt ab
Splotter & Co.
Urbanstr. 63
Mpl. 7160.
Lagerbesuch lohnend.
[illegible]
Geschäftsz. v. 8—4½, Sonnabends v. 8—1.

Kleingärtner
Siedler u. Pächter
erhalten in allen vorkommenden Rechtsfragen zuverlässige Auskunft durch den Kommentar von
DR. ED. DAVID
Die Siedlungsgesetzgebung
einschließlich Heimstättengesetz, Kleingarten- und Pachtschutzordnung
Preis-Grundzahl
geb. . . . M. 1.—
brosch. . M. 0,60
Buchhandlg. Vorwärts
Berlin SW 68, Lindenstr. 3

KLEINE ANZEIGEN

Jedes Wort 200 M. Fettgedrucktes Wort 375 M. (zulässig 2 fettgedruckte Worte). Stellengesuche das erste Wort (fettgedruckt) 150 M., jedes weitere Wort 100 M. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen für zwei Worte.

Anzeigen die für die nächste Nr. bestimmt sind, müssen bis 4½ Uhr nachmittags in der Haupt-Expedition des Vorwärts, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Diese ist an Sonntagen von morgens 9 Uhr bis nachmittags 5 Uhr ununterbrochen geöffnet.

Verkäufe

Kredit-Roth. Künstler-Gardinen, Stores, Bettdecken, Tisch- und Chaiselonguedecken, große Auswahl, aparte Muster, bequeme Teilzahlung. Elsässer Straße 44, I. Oranienburger Tor.

Teppiche, herrliche Persermuster, Diwandecken, Brücken billige Gelegenheit. Reschke, Neukölln, Kaiser-Friedrich-Straße 5 III. 181/17*

Tafelwagen, Dezimalwagen, Gewichte preiswert. Auswahl. Wegner, Köpenickerstraße 71, Hof.

Drum prüfe, wer sich ewig bindet!
Als Selbsthersteller liefere ich in Qualität und Preis einzig dastehend
Trauringe
ges. gesch.
1 Ring Dukatengold v. M. 25000 an
1 Ring 585 gestempelt v. M. 13000 an
1 Ring 333 gestempelt v. M. 7500 an
Einfache Ringe 4800 Mk.
H. Wiese, Juwelier Berlin N. Artilleriestr. 30 Berlin W. Passauer Str. 12
Bitte auf Hausnummer achten.
Ausführliche Preisliste nach außerhalb gegen Rückporto.
Anfragen u. Bestellungen ohne Rückporto können nicht erledigt werden.
Garantieschein für gesetzlichen Goldinhalt.
Telegr.-Adr.: Trauringkanone Berlin.

Kinderwagen, Klappsportwagen, Kinderdrahtbettstellen, Kinderstühle, neue und gebrauchte, verkauft Schwarzmann, Kottbuserdamm 93.

Bekleidung

Wenig getragene Jackettanzüge, Sommerpaletots. Staunend billige Preise. Kleiderhalle Grüner Weg 2.

Versuch macht klug! „Leihhaus" Brunnenstraße 5. Firma achten! Täglich großer Verkauf maßmäßig hergestellter Anzüge, Paletots, Schlüpfer, Cutaways, Hosen. Riesen-Auswahl. Pelzwaren: Gehpelze, Sportpelze konkurrenzlos billig! Keine Lombardware.

Leihhaus Friedrichstraße 2 (Hallesches Tor) verkauft elegante Herrenanzüge, Covercoats, Schlüpfer, Gummimäntel, Hosen, Sportpelze, Gehpelze, Autojacken, Sealmäntel, Kreuzfüchse, Graufüchse, Blaufüchse, Wäsche zu enorm billigen Preisen. Keine Lombardware.

Große Vorteile in neuen sowie wenig getragenen Jackettanzügen, Paletots, Schlüpfern und Gummimänteln bietet Ebners Monatsgarderobenhaus, Brunnenstraße 47, am Rosenthaler Tor. Auch Verleih von Gesellschaftsanzügen.

Pelzwaren 50 Prozent herabgesetzt! Kreuzfüchse, Wölfe, Weißfüchse, Pelzmäntel, Fohlenjacken, Sportpelze, Gehpelze, ferner Herrenanzüge, Schlüpfer, Kostüme, Mäntel verkauft Leihhaus Moritzplatz 58a. Keine Lombardware.

Leihhaus Rosenthalertor, Linienstraße 203—204, Ecke Rosenthalerstraße, verkauft Anzüge 43 000.—, Sommerschlüpfer 65 000.—, Gummimäntel 51 000.—, Kreuzfüchse 17 000.—, [illegible], Wäsche. Alle Waren Hälfte herabgesetzt. Keine Lombardware.

Damenpelzwaren, Herrenpelzwaren enorm hohe Rabattabzüge. Neuwaren. Viele Gelegenheiten. Pelzwarenwagner, Potsdamerstraße 43.

Garten :: Laube :: Balkon

Abessinierpumpen und Ersatzteile, Flügelpumpen, Erdbohrer leihweise, Brinn, Pumpenfabrik, Grüner Weg 2.

Abessinierpumpen. Ersatzteile. Erdbohrer billig. Pumpenfabrik, Gartenstraße 73.

Möbel

Möbel, Polsterwaren: Kasse, Teilzahlung. G. Gran, Friedrichstr. 7.

Möbel-Schaer, Brunnenstraße 7, offeriert Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer, Klubgarnituren, Küchen usw. Große Auswahl. Besuch lohnend. Auf Wunsch Zahlungserleichterung.

Metallbetten 30 000.—, Chaiselongues 49 000.—, Patentmatratzen, Polsterauflagen, Kinderdrahtbett. Weiss, Auguststraße 33a, Quergebäude.

Möbel (auch Teilzahlung), komplette Zimmer, Einzelmöbel, Metallbetten. Wenger, Marsiliusstr. 8 (Alexanderplatz).

Gelegenheit. Kleiderschrank 25 500.—, Vertiko 21 600.—, Umbau, Büfett 89 500.—, Trumeaus, Schreibtisch 77 500.—, Waschtoiletten 18 000.—, Flurgarderoben, Speisezimmer, große Auswahl in Einzelstücken, Plüschsofa 39 500.—, Küche 41 500.—, Chaiselongue 44 500.—, Bettstellen verkauft Gottlieb, [illegible] 13, Bahnhof Gesundbrunnen. Versand auch nach außerhalb. Lieferung frei Haus. Bei Kauf Fahrtvergütung.

Chaiselongues. Metallbetten, Auflegematratzen, Patentmatratzen. Walter, Stargarderstraße achtzehn.

Teilzahlung. Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer, farbige Küchen, Einzelmöbel, Riesenauswahl, bei kleinster Anzahlung und Abzahlung, bis 25 Prozent Rabatt, kostenlose Lagerung, verkauft Möbel-Cohn, Große Frankfurter Straße 58 (3 Minuten vom Alexanderplatz), Badstraße 47—48 (3 Minuten vom Bahnhof Gesundbrunnen).

Musikinstrumente

Pianos preiswert. Klaviermacher Lint, Brunnenstraße 53.

Fahrräder

Görickeräder, Brennaborräder, Weltfahrräder beispiellos preiswert. Schlome, Weinmeisterstraße vier.

Fahrradgummi, Fahrräder, Wiederverkäufer-Bezugsquelle. Schlome, Weinmeisterstraße vier.

Karbidlampen 50 500.—, Schlome, Weinmeisterstraße vier.

Damenfahrräder 235 000.—, Schlome, Weinmeisterstraße vier.

Kaufgesuche

Feldstecher, feldgraue oder [illegible] kauft Rose, Gollnowstr. 18.

Perser und deutsche Teppiche kauft höchstzahlend Reschke, Neukölln, Kaiser-Friedrich-Straße 5. Tel. Neukölln 9125.

Pianos, Flügel kauft zu höchsten Tagespreisen Pianomagazin, Barbarossaplatz 2. Nollendorf 2097.

Schallplatten, Stück bis 1000.—, Kilo 2000.—, Plattentausch, zahlt Wessely, Friedrichstraße 9.

AOW-Zinnschmelze kauft Lötzinn, Geschirrzinn, Weichblei und sämtliche Metalle. Andreasstraße 49.

Säcke kauft Holzamm, Neukölln, Kaiser-Friedrich-Straße 42.

Kaufe alle Arten Säcke, Packleinwand, Roßhaare, Felle. Swinemünderstraße 7. Humboldt 489.

Honiggläser, Marmeladegläser, Weinflaschen, Literflaschen, Kopfwasser-, Mundwasser-, Brunnenwasser-, Saftflaschen, allerhand kauft Glashandlung Ette, Jüdenstr. 75.

Metallschmelze, Neanderstraße 33 (nur im Laden), kauft Zahngebisse, Platinabfälle, Goldsachen, Silbersachen, Quecksilber, sämtliche Metalle.

Felleinkauf. Suche dringend Schafwolle, Roßhaare, Felle bis 5000.—, Hasen 800.— Mark. Woldenbergerstraße 2, zwei Minuten vom Bahnhof Weißensee, Alexander 1857.

Fahrradankauf, höchstzahlend. Gitschinerstraße 78.

Säckeinkauf, Emballage, [illegible] Neukölln, Fuldastr. 23.

Zahngebisse bis 750 000.—, Platinabfälle, Silberbruch, Quecksilber, Altmetalle, Schlesischestraße 39 (Hochbahnstation), sowie Köpenickerstraße 29 (nahe Adalbertstraße). „Goldschmelze Christionat". Fahrtvergütung!

Sektkorke, Weinkorke, Stanniol kauft Brauch, Linienstr. 201a (Rosenthalertor).

Möbeleinkauf, Wirtschaften, Nachlässe, Klaviere, Teppiche, Einzelmöbel, Küchen. Woldenbergerstr. 2. Alexander 1857.

Felleinkauf, höchstzahlend, Dieffenbachstraße 32, Laden, gegenüber Zentralhalle.

Werkzeuge u. Maschinen

Kugellager, Boschzündkerzen, Magnete, Vergaser, Schmirgelleinen kauft höchstzahlend Zeibler, Gartenplatz 5.

Zündkerzen, Glühbirnen kauft Kösler, Friedrichsgracht 5—6.

Motor, Schellack, Leim, Tischlerwerkzeug, Tischlereimaschinen kauft Ernst, Oranienstr. 166, III.

Kugellager kauft höchstzahlend Wilg, Reinickendorferstr. 93, Hof parterre.

Kugellager kauft höchstzahlend Elbingerstraße 9 (Ringbahnhof Landsberger Allee).

Nägel, Maschinenschrauben, Holzschrauben kauft Krause, Wichertstraße 40.

Kurbelmaschinen (Tambur), gebraucht, zu kaufen gesucht. Anruf Moritzplatz 6222. 2565

Unterricht

Heinrich Maurers Privat-Zuschneideschule, Alexanderplatz, Eingang Königsgraben. Fernsprecher Königstadt 339.

Verschiedenes

Detektivbureau Stolchel, Chausseestraße 77. Fernsprecher Norden 7856. Beobachtungen, Ermittlungen, Auskünfte allerorts.

Spezialist für Wohnungsnotrecht (Räumung, Beschlagnahme, Zwangsvertrag), Gerichtstraße 31 (Nettelbeckplatz). Sprechstunden 4—6.

Vertrauenssache: Auskunft, gewissenhaft Frau Ehm, Hebamme a. D., Stargarderstraße 73 (Schönhauser Allee).

Geldverkehr

Sofort Geld, Ratenrückzahlung, durch Pügner, Große Frankfurterstraße 141.

Arbeitsmarkt

Stellenangebote

Facharbeiterinnen, erste, auf Kleider verlangt Henning, Königgrätzerstraße 86.

Automateneinrichter und
auf Wotlig- u. Offenbacher-Automaten, nur perfekte Fassondreher aus der Schraubenbranche, sucht **Schraubenfabrik Wolf,**
Wiener Str. 1-6, Eingang Skalitzer Str.

„Vorwärts"-Austrägerinnen
werden sofort eingestellt
Berlin, Wilhelmshavener Str. 48,
Tempelhof, Kaiser-Wilhelm-Str. 18